



ULTIMA RATIO: DER 13. AUGUST 1961

DER MAUERBAU, DIE BLOCKKONFRONTATION
UND DIE GESELLSCHAFT DER DDR

GERHARD SÄLTER | MANFRED WILKE



ISBN 978-3-942775-26-7

Aus Kostengründen erscheint die Internetfassung ohne Bildmaterial.

In der Printfassung der Publikation finden sich zusätzlich zu den Bildunterschriften auch alle notwendigen Quellenhinweise.

Aus Kostengründen erscheint die Internetfassung ohne Bildmaterial.

In der Printfassung der Publikation finden sich zusätzlich zu den Bildunterschriften auch alle notwendigen Quellenhinweise.

REDAKTION

Nadine Birner
Tobias Montag



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-942775-26-7

INHALT

5 | VORWORT

7 | EINLEITUNG

11 | DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS NACH KRIEGSENDE

17 | DER WEG ZUM MAUERBAU

- Die erste Berlin-Krise und die Blockade West-Berlins 1948/49..... 17
- Die Entwicklung der DDR in den 1950er Jahren 25
- Die Fluchtbewegung und die Gegenmaßnahmen der SED-Führung 27
- Die eingeschränkte Souveränität der SED-Führung..... 32
- Die zweite Berlin-Krise von 1958 bis 1961 34
- Die Entscheidung für die Grenzschießung und konkrete Planungen 39

44 | DER 13. AUGUST:
GRENZSCHLIESSUNG UND MAUERBAU

- Die Sperrung der Grenze 44
- Eine Generalmobilmachung der DDR 47
- Vom Stacheldraht zur Mauer: Die ersten zehn Tage 49
- Veränderung der Fluchtbewegung..... 55
- Stabilisierung des Grenzregimes bis Jahresende 59

62 | DIE REAKTIONEN IN BERLIN UND IN DER DDR

- Demonstrationen und Protest in Ost-Berlin und der DDR..... 62
- Die Ambivalenz der intellektuellen Elite 65
- Ein gewisses Unwohlsein selbst im Parteiparat 67

69 | DIE REAKTIONEN DES WESTENS

- Die Bundesregierung und die Frage der Teilung 69
- Die Gelassenheit der Westmächte..... 70
- Dramatische Szenen in West-Berlin..... 73
- Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie..... 76
- Bilaterale Verhandlungen und Ende der zweiten Berlin-Krise 78

81 | DIE STABILISIERUNG DER HERRSCHAFT DER SED IN DER DDR

- *Siegeseuphorie und innenpolitisches Durchgreifen* 81
- *Polizeiliche und strafrechtliche Repression*..... 84
- *Werbekampagne für den Militärdienst und Wehrpflichtgesetz*..... 86
- *Unterbindung der freien Kommunikation zwischen Ost und West* 87
- *Das Vorgehen gegen die Grenzgänger und Arbeitszwang* ... 89
- *Die Werktätigen der DDR: Intensivierung der Produktivität*..... 91

94 | DAS GRENZREGIME BIS 1989

- *Das Grenzregime an der innerdeutschen Grenze*..... 94
- *Grenzausbau in Berlin*..... 96
- *Der Schießbefehl*.....101
- *Hinterlandsicherung: Die flächige Überwachung der DDR*..104
- *Die Ausreisebewegung und ihre Bekämpfung*.....106
- *Die Todesopfer und die strafrechtliche Aufarbeitung*.....109

112 | SCHLUSS: VOM MAUERBAU ZU MAUERFALL UND EINHEIT

120 | ANHANG

- *Publikationen der Gedenkstätte Berliner Mauer*.....120
- *Verwendete und weiterführende Literatur*.....121

126 | BILDNACHWEIS

127 | DIE AUTOREN

128 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Kann man ein Ereignis wie den Bau der Berliner Mauer und die zunehmende „Abdichtung“ der innerdeutschen Grenze durch das SED-Regime der DDR im August 1961 fünfzig Jahre später als „Weichenstellung in die Zukunft“ würdigen? Die Mauer mit ihren vielen Toten, zahlreichen gescheiterten Fluchtversuchen, Zwangsumsiedlungen und der bitteren Trennung von Familien und Freunden gehört zu den düsteren Kapiteln unserer Geschichte und war Gegenstand nicht nur deutsch-deutscher Auseinandersetzungen, sondern auch der Weltpolitik. Mit ihr verlor die Bevölkerung der DDR weitgehend die Option, den zunehmenden Repressionen und der gesellschaftlichen Umgestaltung durch eine „Abstimmung mit den Füßen“ zu entkommen. So gesehen ermöglichte die Mauer der ungeliebten SED, ihre Herrschaft zu konsolidieren. Zu den großen Leistungen der Deutschen gehört deshalb ohne Zweifel, dass es ihnen gelang, diese Grenze 1989 in einer friedlichen Revolution zu Fall zu bringen und 1990 die Einheit Deutschlands zu vollenden. Letztlich kann die Überwindung der Teilung Deutschlands nicht ohne Kenntnis der Umstände, die zum Mauerbau führten, und der Folgen des Grenzregimes verstanden werden. In diesem Sinne handelt es sich auch bei den Ereignissen des 13. August 1961 um eine Weichenstellung, die für die Teilung Deutschlands stand und zugleich zu den Ursachen für den Untergang der DDR zählt.

Der Aufgabe, diese Ambivalenz des Mauerbaus zu beleuchten, haben sich die beiden Autoren des vorliegenden Bandes gestellt. Sie betten die Entscheidung der sowjetischen Führung und der SED für die Errichtung des Grenzregimes sowie die um Deeskalation bemühte Reaktion der Westmächte in die weltpolitischen Zusammenhänge ein. Den 13. August 1961 beschreiben sie als Ultima Ratio, die zwar den Status quo zementierte und damit der Wiedervereinigung zunächst im Wege stand, zugleich aber ein militärisches Übergreifen der Sowjetunion auf Westeuropa und eine atomare Auseinandersetzung zwischen den Supermächten

verhinderte. Die Eindämmung des Konflikts der beiden Blöcke um Berlin war eine der zentralen Voraussetzungen für die folgende Entspannungspolitik und die Schaffung jener außenpolitischen Rahmenbedingungen, die der friedlichen Revolution schließlich zum Erfolg verhalfen.

Die Publikation erscheint in der Reihe „Weichenstellungen in die Zukunft“, mit der wir die zentralen Entscheidungen und politischen Entwürfe seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 wieder verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken wollen. Die Themenreihe zur deutschen Einheit erinnert nicht nur an die erste erfolgreiche deutsche Freiheitsrevolution, sondern thematisiert auch die vergangene, vier Jahrzehnte andauernde DDR-Diktatur.

Die Bände wenden sich an alle, die sich für die historischen Ereignisse interessieren oder um die politische Bildung bemühen. Dabei geht es jedoch nicht nur um die Erinnerung an vergangene Schlüsselereignisse, vielmehr auch um ihre Auswirkungen in Gegenwart und Zukunft.

Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle den beiden Autoren, Dr. Gerhard Sälter und Professor Dr. Manfred Wilke. Sie führen den Leser kompetent in die Geschichte des Mauerbaus ein und bieten für alle Interessierten im Anhang ein umfangreiches Literaturverzeichnis, das einen tieferen Zugang zu dem Thema erleichtert.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine erkenntnisreiche und anregende Lektüre.

Berlin, im Mai 2011

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und
Beratung

Tobias Montag
Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und
Beratung

EINLEITUNG

Wer heute durch das Brandenburger Tor in Berlin flaniert, vermag kaum noch Spuren zu erkennen, welche die Teilung Berlins an dieser Stelle hinterlassen hat. Und dies, obwohl sich hier viele Erinnerungsorte der jüngeren Zeitgeschichte geradezu zusammendrängen. Direkt neben dem Tor steht das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das symbolhaft an die Zeit des nationalsozialistischen Deutschlands und des von ihm initiierten Weltkrieges erinnert. Zweihundert Meter vor dem Tor befindet sich das sowjetische Ehrenmal für den Sieg über Hitler-Deutschland. Es markiert den Übergang vom Ende der Nazi-Diktatur zur Besatzungs- und Teilungsgeschichte. Die dort aufgestellten Panzer erinnern zugleich an die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953, im Zuge dessen solche Panzer eingesetzt worden waren.

Die Berliner Mauer selbst ist verschwunden, nur noch eine Doppelreihe aus Kopfsteinpflaster markiert in der Straßendecke vor dem Tor ihren Verlauf. Im Mittelstreifen der Straße des 17. Juni erinnert ein häufig übersehenes Mahnmal an die Opfer der Mauer. Wenige Schritte weiter, nahe dem Reichstag am Ufer der Spree, stehen Kreuze zur Erinnerung an die Menschen, die an der Mauer starben. Außerdem haben sich die Bilder vom Mauerfall, als Berliner von beiden Seiten der Mauer im November 1989 auf ihr feierten, als Bildikonen in das kollektive Gedächtnis nicht nur der Deutschen, sondern auch der Weltöffentlichkeit eingebrannt.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Menschen auf der Mauer, November 1989.

Fünfzig Jahre später bedarf es erheblicher Anstrengungen und einiger Fantasie, sich in die Zeit zurückzusetzen, als Deutschland geteilt war und die Mauer gebaut wurde. Dieses Buch lädt seine Leser zu einer Zeitreise in diese Periode der Geschichte unseres Landes ein.

Am 13. August 1961 marschierten kriegsmäßig ausgerüstete Polizeiformationen zusammen mit Einheiten der Kampfgruppen der DDR an den Grenzen West-Berlins auf und leiteten damit den Bau der Berliner Mauer ein. Diese Maßnahme bedeutete einen erheblichen Einschnitt in das Leben der Bevölkerung Berlins und der DDR. Mit der Mauer änderte sich das Verhältnis der Bevölkerung der DDR zu der von ihr wenig geliebten Staatspartei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – das Tor zum Westen war geschlossen. Darüber hinaus markiert der Mauerbau eine Zäsur in der Geschichte des Kalten Krieges. Die mit der deutschen Teilung verbundenen Probleme lassen sich in den größeren Zusammenhang der Blockkonfrontation zwischen Ost und West und der damit verbundenen Grenzziehung zwischen beiden Systemen in Europa einbetten. Mit der Mauer verfestigte sich die Nachkriegsordnung in Europa und das Verhältnis der von den beiden atomar bewaffneten Supermächten angeführten Militärblöcke begann sich zu entspannen.

Der Mauerbau war nicht der erste Versuch der Führungen der Sowjetunion und der DDR, das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zu ihren Gunsten zu revidieren. Mit der ersten Berlin-Krise und der Blockade West-Berlins 1948 und 1949 waren sie an den drei Westalliierten (USA, Großbritannien und Frankreich) gescheitert, die mit der Luftbrücke die Versorgung West-Berlins sicherstellten und damit das Ziel der Blockade unterliefen. Sie wurden dabei von der Bevölkerung West-Berlins unterstützt. Wenig später, im Jahr 1952, hatte der sowjetische Diktator Josef W. Stalin der DDR-Regierung angeordnet, die Demarkationslinie zur Bundesrepublik militärisch zu sichern, wobei hinter den deutschen Einheiten eine zweite Linie aus sowjetischen Soldaten zu schaffen sei. Der ostdeutsche Staats- und Parteichef Walter Ulbricht wollte gleichzeitig West-Berlin abriegeln. Mit diesem Vorhaben war er bisher an der Sowjetunion gescheitert, die den Vier-Mächte-Status von Berlin vorerst respektierte. Berlin blieb auch deswegen eine offene Stadt, weil Stalin die propagandistische Wirkung einer Abriegelung fürchtete. Dahinter stand die Überlegung, dass man der Weltöffentlichkeit die DDR als den besseren deutschen Staat präsentieren wollte. Eine Abriegelung hätte dieses Vorhaben konterkariert.

Die zunächst mit Stacheldraht, dann mit einer Mauer vollzogene Teilung Berlins besaß eine außerordentliche Symbolkraft. In der öffentlichen Erinnerung überlagern die spektakulären Bilder von Stacheldraht und Flucht die Erinnerung an die internationale Krise, deren Ergebnis sie war. Die zweite Berlin-Krise war 1958 durch ein Ultimatum des auf Stalin folgenden sowjetischen Staatschefs Nikita S. Chruschtschow eingeleitet worden. Dieser hatte gefordert, dass die Westmächte sich aus West-Berlin zurückzögen. Andernfalls werde die Sowjetunion mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abschließen, in dem sie alle ihre als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges bestehenden Rechte auf die Regierung der DDR übertragen würde. Damit war die Drohung verbunden, dass die Westmächte dabei ihre Rechte ebenfalls verlören – oder sie mit bewaffneter Gewalt durchsetzen müssten. Der Mauerbau, bei dem die Westmächte in Berlin blieben und die Freiheiten der West-Berliner nicht angefasst wurden, war somit für die östliche Seite nur die zweitbeste Lösung, mit der sie sich jedoch widerstrebend zufrieden gab.

Im Krisenverlauf waren die Interessen der beiden Ostblockstaaten nicht unbedingt identisch. Die in der SED organisierte Herrschaftselite der DDR reagierte mit dem Bau der Mauer auf die zunehmende Fluchtbewegung

und auf eine innere Krise. Gleichzeitig versuchte sie einem Souveränitätsdefizit abzuweichen, das zugleich Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Deutschlands war. Zum Zeitpunkt des Mauerbaus war die DDR als zweiter deutscher Staat nur von den Ostblockstaaten anerkannt. Die innere Ursache dieses Defizits lag hingegen im fehlenden gesellschaftlichen Konsens über die soziale Ordnung in der DDR, die die SED mit sowjetischer Unterstützung der Bevölkerung aufgezwungen hatte. Und dass die Parteidiktatur der SED nicht von einer Mehrheit oder wenigstens von einer großen Minderheit gestützt wurde, hatte sich spätestens im Aufstand vom 17. Juni 1953 gezeigt.

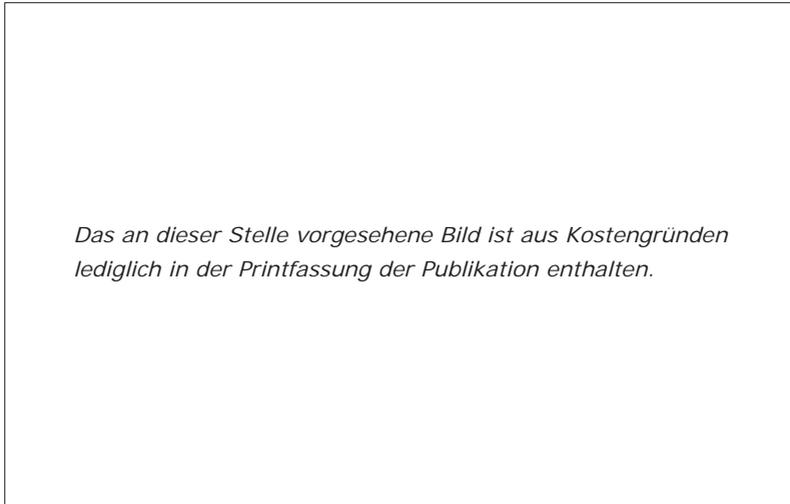
Die Sowjetunion verfolgte dagegen höher gesteckte Ziele als die SED. 1958 bestand noch Einigkeit in Hinsicht auf das Bestreben, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben und West-Berlin in eine „entmilitarisierte Freie Stadt“ unter Kontrolle der DDR zu verwandeln. In dieser Phase ging es Ulbricht um die vollständige Souveränität über die DDR einschließlich Berlins und um die Kontrolle der Transitwege zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin, die dafür notwendig war. Die Sowjetunion dagegen verfolgte bis zum Treffen Chruschtschows mit dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy 1961 in Wien zwei strategische Ziele: Zum einen ging es um die Konsolidierung des eigenen Imperiums, dessen Schwäche sich nach Stalins Tod 1953 unter anderem in den nationalen Erhebungen gegen die kommunistische Diktatur in der DDR 1953 sowie in Polen und Ungarn 1956 gezeigt hatte. Das zweite strategische Ziel war, den Konflikt um Berlin zu nutzen, um den Einfluss der USA in Westeuropa zurückzudrängen und, wenn möglich, mit dem Mittel eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten die gerade entstandene NATO zu sprengen. Der Mauerbau am 13. August 1961 war für die Sowjetunion und die DDR die Ultima Ratio zur Existenzsicherung des sozialistischen deutschen Staates, den die Sowjetunion sonst nur mit einem siegreichen Krieg um Berlin hätte stabilisieren können.

DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS NACH KRIEGSENDE

1945 kehrte die von den Nationalsozialisten mit Billigung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung entfesselte Kriegsgewalt nach Deutschland zurück. Im Mai war der Krieg für Deutschland endgültig verloren. Nachdem Adolf Hitler Selbstmord begangen hatte, kapitulierte die Wehrmacht bedingungslos. Deutschland wurde nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft von den vier Siegermächten besetzt. Die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich bezogen ihre Besatzungszonen, in denen sie die oberste Regierungsgewalt übernahmen. Im Alliierten Kontrollrat berieten sie gemeinsam über ganz Deutschland betreffende Fragen. Alle deutschen Behörden hörten entweder auf zu existieren oder agierten unter der Hoheit der jeweiligen Siegermacht.

Die späteren Siegermächte legten die Außengrenzen und die Demarkationslinien zwischen den Besatzungszonen bereits im September 1944 fest. Vor allem die Westmächte hatten darauf gedrängt, weil sich die sowjetische Armee in einem unaufhaltsam scheinenden Vormarsch auf die Grenzen Deutschlands zubewegte, während die Westalliierten noch in Frankreich kämpften. Sie befürchteten, die Rote Armee könnte einen großen Teil des Landes besetzen, bevor sie selbst die Grenzen Deutschlands erreicht hätten. Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 einigten sich die späteren Siegermächte (noch ohne Frankreich) auf die Verteilung

der Besatzungszonen, in denen jeweils nur eine Besatzungsmacht die oberste Regierungsgewalt ausüben sollte; des Weiteren wurde über den Zuschnitt der Außengrenzen verhandelt. Als wesentliche territoriale Veränderungen sind festzuhalten, dass Österreich und das Sudetenland wieder aus dem Reichsverband ausgegliedert und im Osten alle Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, aus denen die deutsche Bevölkerung ausgesiedelt wurde, an Polen und die Sowjetunion abgetreten wurden.

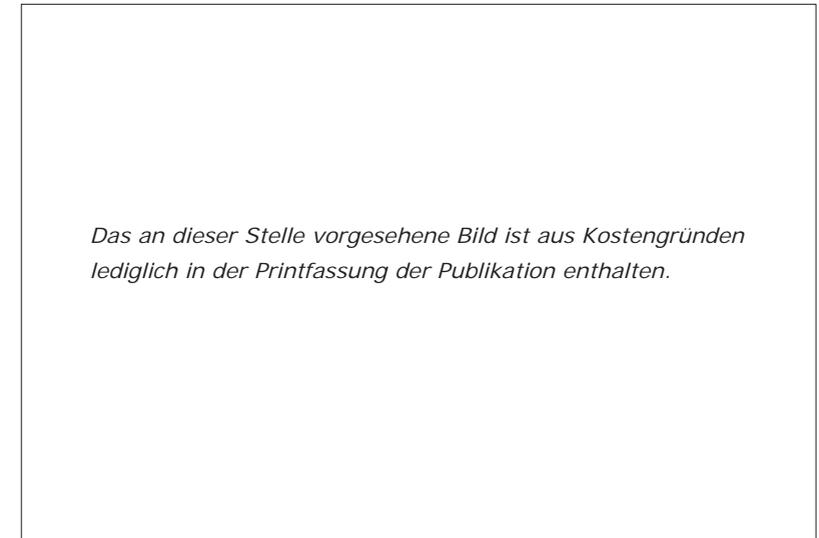


Besatzungszonen nach dem Krieg, Karte 1945.

In Jalta wurde festgelegt, dass die Sowjetunion den verbliebenen Osten Deutschlands besetzen sollte, Großbritannien sollte den Nordwesten erhalten, die USA den Südwesten Deutschlands (zusätzlich Bremen und Bremerhaven als Versorgungshäfen) und Frankreich den Westen. Die vier Zonen unterschieden sich hinsichtlich ihrer Größe, Wirtschaftskraft und Bevölkerung. Dies wurde zu diesem frühen Zeitpunkt nicht als Problem angesehen, weil der Besatzungsstatus nur als geordneter Übergang zu einem vereinigten demokratischen Deutschland angedacht war.

Die ehemalige Hauptstadt Berlin wurde Sitz des Alliierten Kontrollrats, in dem die Siegermächte über die Geschicke ganz Deutschlands gemeinsam beraten und entscheiden wollten. Als Hauptstadt und Sitz des obersten Besatzungsgremiums wurde Berlin keiner der vier Zonen zugeschlagen.

Es sollte von einer alliierten Kommandantur der vier Mächte gemeinsam regiert werden. Dennoch wurde die Stadt ebenfalls in vier Sektoren eingeteilt. In ihren jeweiligen Sektoren kontrollierte jede der vier Besatzungsmächte die deutschen Verwaltungsorgane. Diese Grenzziehung wurde die völkerrechtliche Grundlage für den Anspruch aller vier Mächte auf ihre Präsenz in Berlin.



Aufteilung Berlins in vier Sektoren, Karte 1946.

Schon bald nach Kriegsende zeigte sich, dass die Siegermächte recht unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands hatten und sich aufgrund ihres unterschiedlichen Demokratieverständnisses auf keine gemeinsame Besatzungspolitik einigen konnten. In politischer sowie wirtschaftlicher Hinsicht war die Differenz zwischen der Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in den drei Westzonen am größten. Mit dem zwischen den demokratischen Westmächten und der kommunistischen Sowjetunion entstehenden Systemkonflikt rückten die Westmächte näher zusammen. Schnell wurde deutlich, dass die neue Konfliktlinie in Europa zwischen Ost und West verlaufen würde. Der englische Premierminister Winston S. Churchill brachte diese Entwicklung 1946 in der Metapher, dass sich ein „Eiserner Vorhang“ auf Europa herabsenke, zum Ausdruck.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Antrittsbesuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer bei den drei westlichen Hohen Kommissaren im Sitz der Hohen Kommission: v.l. – während der Ansprache Adenauers – John McCloy (USA), André François-Poncet (Frankreich) und Brian Robertson (Großbritannien). Schloss Petersberg in Königswinter, 21. September 1949.

Da sich die vier Besatzungsmächte nicht auf eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland einigen konnten, verlief der staatliche und wirtschaftliche Wiederaufbau in den vier Besatzungszonen unterschiedlich. Die Westmächte etablierten in ihren Besatzungszonen ein marktwirtschaftliches Wirtschaftsmodell und implantierten eine demokratische Gesellschaftsordnung, die auf freien Wahlen beruhte. Die amerikanische und die britische Besatzungszone wurden 1947 zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossen, der die französische 1948 im Zuge der Währungsreform angegliedert wurde. Die sowjetische Besatzungsmacht dagegen verfolgte die Etablierung eines zentral gelenkten Wirtschaftsmodells. Sie gründete im Februar 1948 die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), die als „zentrale Wirtschaftsplanungs- und Verwaltungsbehörde mit Regierungsvollmachten“ für die gesamte Sowjetische Besatzungszone fungierte. Die DWK begann als Vorläuferin des entstehenden Oststaates eine zentrale Wirtschaftsplanung für die SBZ aufzubauen, sie organisierte den Geldumtausch nach der Währungsreform und zentralisierte die Geld- und Kreditwirtschaft. Die Besatzungs-

macht konzentrierte in ihrer Zone die Machtausübung zunächst auf die KPD und seit 1946 auf die aus ihr hervorgegangene SED. Die Besatzungsmacht und die künftige Staatspartei unterdrückten die freie Betätigung demokratischer Parteien und die Ausübung der Meinungsfreiheit. Der Aufbau einer kommunistischen Diktatur in der SBZ war der erste Schritt auf dem Wege zur Bildung zweier deutscher Staaten. Deutlich wurde die Spaltung Deutschlands spätestens bei der Währungsreform 1948, als in den westlichen Besatzungszonen die Deutsche Mark und in der östlichen die Ost-Mark eingeführt wurde. Diese Entscheidung der Besatzungsmächte nahm die Gründung von zwei deutschen Staaten vorweg.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Bundeskanzler Konrad Adenauer verlässt Schloss Petersberg, nachdem er den Hohen Kommissaren die Bildung einer Bundesregierung mitgeteilt und von diesen das neue Besatzungsstatut in Empfang genommen hatte, 21. September 1949.

Im Mai 1949 konstituierte sich unter Billigung der drei Westmächte mit der Annahme des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat und den ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag die Bundesrepublik. Die demokratischen Parteien in Westdeutschland lehnten die Verhältnisse in der DDR ab, weil sie diese als sowjetische Verwaltung ohne eigene demokratische Legitimation ansahen. Da im Osten Deutschlands die politische Gewalt nicht auf freien Wahlen beruhte, beanspruchte die Bundesrepublik, die einzig legitime Vertretung aller Deutschen zu sein. Mit der eigenen demokratischen Legitimation und der Ablehnung einer neuen Dikta-

tur begründete der Weststaat international seinen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland. Bis zu den Ostverträgen 1972 gelang es der Bundesregierung weitgehend, die Anerkennung des anderen deutschen Staates zu blockieren. Im Grundgesetz verpflichtete sich die Bundesrepublik, alles für eine Wiedervereinigung des geteilten Landes zu tun.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Massenkundgebung und Fackelumzug anlässlich der Gründung der DDR, Ost-Berlin, Oktober 1949.

Kurze Zeit später konstituierte sich auch die Besatzungszone im Osten als eigener Staat: Im Oktober 1949 entstand dort unter Führung der SED die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Wie die Bundesrepublik beanspruchte auch die DDR, der Kernstaat für ein künftig wiedervereinigtes Deutschland zu sein. Die Staatsordnung, die von der Sowjetunion in ihrer Besatzungszone implantiert und von der SED mit sowjetischer Unterstützung fortgeführt wurde, beruhte auf dem Machtmonopol der kommunistischen Partei. Die nur der Form nach abgehaltenen und propagandistisch begleiteten Wahlen hatten auf die politischen Entscheidungsprozesse keinen nennenswerten Einfluss; die tatsächlichen Entscheidungen behielt sich die SED-Führung vor.

DER WEG ZUM MAUERBAU

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs im Mai 1945 schied dieses als europäische Großmacht aus. Dadurch entstand eine neue Mächtekonstellation in Europa: Es kristallisierte sich eine bipolare Weltordnung heraus, in der sich die von den USA geführten Westmächte und die von Stalins Sowjetunion dominierten Ostblockstaaten gegenüberstanden. Die Grenze der Interessensphären dieser beiden sich um die neuen Supermächte gruppierenden Militärblöcke verlief mitten durch Deutschland.

In dieser neuen Konstellation zerbrach die alliierte Koalition gegen Hitler. Die ersten Risse zeigten sich bereits, als man sich auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 nicht auf eine Friedensregelung für Deutschland einigen konnte. 1946 wurde deutlich, dass die amerikanischen und die sowjetischen Vorstellungen für die Gestaltung der Nachkriegsordnung in Deutschland nicht miteinander vereinbar waren. 1947 kam es zum endgültigen Bruch zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Der Kalte Krieg begann und einer seiner ersten Brennpunkte wurde Berlin.

DIE ERSTE BERLIN-KRISE UND DIE BLOCKADE WEST-BERLINS 1948/49

Als die vier Mächte 1945 gemeinsam die Verwaltung der in vier Sektoren unterteilten Stadt übernahmen, dachte keine von ihnen an eine endgültige Teilung Berlins. Nachdem sich 1947 abzeichnete, dass in Deutschland zwei Staaten entste-

hen würden, stellte sich die sowjetische Führung allerdings die Frage, was aus Berlin werden sollte. Die Westsektoren und die Anwesenheit westlicher Truppen in der Stadt waren ein Fremdkörper in der sie umgebenden Sowjetischen Besatzungszone, den die Sowjetunion beseitigen wollte.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Die großen Drei stellen sich der Presse. V.l.n.r.: Der britische Premierminister Winston Churchill, der Präsident der USA Harry S. Truman und der sowjetische Staatschef Josef W. Stalin, Potsdam, 1945.

Die erste Berlin-Krise begann mit Planungen im sowjetischen Außenministerium im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz vom Dezember 1947. Wladimir S. Semjonow, politischer Berater des Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), und Andrej A. Smirnow, stellvertretender sowjetischer Außenminister, erwarteten ein Scheitern der Konferenz: „Die Position des anglo-amerikanischen Blocks in der Frage der Reparationen, des Ruhrgebietes, der bizonalen Vereinigung sowie der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands schließt die Möglichkeit einer Einigung von vornherein aus“.¹

Das sowjetische Außenministerium entwickelte daraufhin eine neue Interpretation des Vier-Mächte-Status von Berlin. Dieser wurde nach sowjetischer Auffassung durch den Sitz des Alliierten Kontrollrats als oberster Hoheitsträger für ganz Deutschland gerechtfertigt. Ohne ihn

entfiel der Anspruch der Westmächte auf eine Präsenz in Berlin. Diese Interpretation der alliierten Vereinbarungen wurde das sowjetische Argument für die Forderung nach einem Abzug der Westmächte aus Berlin. 1947 behauptete Fedor T. Gusev, ebenfalls stellvertretender Außenminister, wegen des zu beobachtenden Prozesses der Aufteilung Deutschlands „bestünde auch keine Notwendigkeit, die Sonderzone unter Einschluß der Engländer, Amerikaner und Franzosen aufrecht zu erhalten.“

Gusev formulierte auch die Gründe, warum sich die Sowjets an der westlichen Präsenz störten: „Die Präsenz der Engländer und Amerikaner in der Zone von Groß-Berlin erlaubt es ihnen nicht nur, Informationen über die Situation in der sowjetischen Zone zu erhalten, sondern über ihre Sektoren in Berlin auch einen gewissen Einfluß auf die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone auszuüben. Über solche Möglichkeiten verfügt die sowjetische Militäradministration in Deutschland im Hinblick auf die Westzonen nicht. [...] Wenn die Engländer und Amerikaner auf der bevorstehenden Tagung des Rates der Außenminister den durchaus legitimen Forderungen der Sowjetunion insbesondere im Hinblick auf die Reparationen, die gemeinsame Kontrolle des Ruhrgebiets unter anderem nicht nachkommen, so könnte die Sowjetunion gezwungen sein, die Beseitigung der Zone von Groß-Berlin und die Eingliederung des gesamten Berliner Territoriums in die sowjetische Zone zur Diskussion zu stellen.“²

Die Londoner Außenministerkonferenz 1947, auf der die Siegermächte sich ein letztes Mal über die Zukunft Deutschlands zu verständigen versuchten, scheiterte an den unterschiedlichen Auffassungen über die in Deutschland zu errichtende staatliche Ordnung und an der Reparationsfrage. Damit waren die letzten Weichen für eine Teilung Deutschlands gestellt und der Weg zur Gründung zweier deutscher Staaten bereitet.

Seitdem stand für die sowjetische Seite der Rückzug ihrer früheren Verbündeten aus Berlin auf der Tagesordnung. Im Frühjahr 1948 tagten in London die Vertreter der drei Westmächte und der drei Benelux-Staaten Belgien, Luxemburg und die Niederlande, um sich auf die Grundzüge der Nachkriegsordnung in Westdeutschland zu verständigen. Die Sowjetunion war nicht eingeladen und für sie endete damit die gemeinsame Verantwortung für Deutschland. Deshalb verließ ihr Vertreter am 20. März 1948 den Alliierten Kontrollrat. Seitdem setzten die ersten Behinderungen im Verkehr zwischen West-Berlin und Westdeutschland ein.

Für die Bevölkerung begann die Spaltung Berlins mit der Währungsreform. In Vorbereitung der beiden Staatsgründungen begannen die Sowjetunion und die Westmächte für jeweils ihren Teil die Einführung einer neuen Währung im Juni 1948 vorzubereiten. Im Juni 1948 führten die drei Westmächte in ihren Besatzungszonen die Deutsche Mark (D-Mark, auch West-Mark genannt) und die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone die Ost-Mark (die offiziell ebenfalls Deutsche Mark hieß) ein. Damit gab es in Deutschland zwei unterschiedliche Währungen.

Die Frage war nun, welches Geld die Berliner künftig im Portemonnaie haben würden. Die Sowjetunion vertrat die Ansicht, dass mit der Teilung Deutschlands die Westmächte ihre Rechte und Zuständigkeiten in Berlin verloren hätten und nunmehr ganz Berlin in sowjetische Verantwortung fiel. Um diesen Standpunkt zu verdeutlichen, verließ ihr Vertreter am 16. Juni die für die gemeinsame Verwaltung Berlins zuständige Alliierte Kommandantur. Außerdem wollte die Sowjetunion die Ost-Mark in ganz Berlin einführen. Die Westmächte hatten bei ihrer Planung Berlin zunächst ausgeklammert. Um die angespannte Lage nicht weiter zu verschärfen, neigten die Amerikaner dazu, das neue Ostgeld auch in West-Berlin zu akzeptieren. Der Berliner SPD-Politiker Ernst Reuter widersprach, da dies bedeutet hätte, Berlin wirtschaftlich in die sowjetische Zone zu integrieren. Die drei westlichen Stadtkommandanten ließen sich überzeugen und führten in ihren Sektoren die D-Mark ein – vorläufig mit dem Aufdruck „B“ (für Berlin) versehen – und akzeptierten gleichzeitig die Ost-Mark als Zahlungsmittel. In Berlin gab es daraufhin zwei unterschiedliche Währungen und West-Berlin hatte zunächst eine Doppelwährung.

Die Einführung der Westmark in West-Berlin nahm die Sowjetunion zum Anlass, die Machtverhältnisse in Berlin zu ändern. Ihre Streitkräfte blockierten die Zufahrtswege von Westdeutschland nach West-Berlin, um durch das Aushungern der Bevölkerung die Westmächte zum Rückzug aus West-Berlin zu zwingen. Die Westmächte beantworteten die Blockade nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, mit einem militärischen Vorstoß, sondern indem insbesondere die Briten und Amerikaner West-Berlin mit Flugzeugen aus der Luft versorgten. Bis zum Mai 1949 wurden in mehr als einer Viertelmillion Flüge etwa 1,5 Millionen Tonnen Fracht, hauptsächlich Kohle und Lebensmittel, in die Stadt gebracht – eine Leistung, die niemand für möglich gehalten hätte. Damit war der sowjetische Versuch, die Westmächte aus Berlin hinauszudrängen, gescheitert.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Amerikanischer „Rosinenbomber“ im Anflug auf den West-Berliner Flughafen Tempelhof, 1948.

Parallel zur Blockade versuchte die Führung der SED, unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, die politische Macht in ganz Berlin zu erringen. Die meisten zentralen Ämter und das Stadtparlament hatten ihren Sitz in der zum Ostsektor gehörenden Berliner Mitte. In den ersten Monaten der Blockade hoffte die SED-Führung unter Ulbricht noch auf einen schnellen Abzug der Westmächte – danach würden sie Zeit genug haben, die Verhältnisse in den Westsektoren nach ihren Vorstellungen neu zu gestalten. Im August 1948 jedoch begann die Erkenntnis zu reifen, dass die Westmächte bleiben würden. Seitdem verschärfte sich die politische Auseinandersetzung in Berlin.

Diese Auseinandersetzung wurde vor dem Hintergrund geführt, dass die Mehrheit der Berliner die Präsenz der Westmächte in West-Berlin schätzten und sie zunehmend als Garant gegen eine sowjetische Vereinnahmung ansahen. Aufgrund der Tatsache, dass im Dezember in ganz Berlin Wahlen bevorstanden, stand die SED zudem unter starkem Druck. Im August intensivierte sie daher mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht ihre Bemühungen, zumindest die Verwaltung Ost-Berlins vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen.

Am 26. August blockierten von der SED mobilisierte Demonstranten das Stadthaus und hinderten die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung am Betreten des Hauses. Es war der Auftakt zu der von SMAD und SED betriebenen politischen Spaltung der Stadt. Am 6. September fanden die Abgeordneten das Stadthaus erneut von Demonstranten besetzt vor. Proteste beim sowjetischen Stadtkommandanten blieben erfolglos.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Demonstration vor dem Neuen Stadthaus in der Parochialstraße / Ecke Klosterstraße, Berlin, 6. September 1948.

Die demokratischen Parteien Berlins protestierten am 9. September mit einer Großkundgebung vor der Ruine des Reichstages gegen die Spaltungspolitik der SED. Ernst Reuter formulierte vor Hunderttausenden von Zuhörern den politischen Gegensatz zwischen der SED und den demokratischen Parteien im Westen. Er artikuliert den Freiheitswillen der Berliner auch gegenüber den westlichen Besatzungsmächten. Pathetisch appelliert er mit den oft zitierten Sätzen an die Westmächte: „Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Land nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben

könnt! Es gibt nur eine Möglichkeit für uns alle: Gemeinsam solange zusammenzustehen, bis dieser Kampf gewonnen, bis dieser Kampf endlich durch den Sieg über die Feinde, durch den Sieg über die Macht der Finsternis besiegelt ist.“³

Otto Suhr, Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, verlegte wegen der Behinderung der demokratisch gewählten Abgeordneten den Sitz des Stadtparlaments in den britischen Sektor, um dessen ungehinderte Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die Abgeordneten von SPD, CDU und LDP folgten Suhr in den Westen. Die Abgeordneten der SED hingegen blieben in Ost-Berlin. Nachdem die Mehrheit der gewählten Abgeordneten in West-Berlin ein neues Stadtparlament für West-Berlin formierte, tagten die SED-Abgeordneten am 30. November zusammen mit Delegierten der ihnen nahestehenden Organisationen im Admiralspalast und konstituierten sich als neues Stadtparlament für Ost-Berlin. Sie erklärten den gewählten Magistrat für abgesetzt und wählten einen neuen Magistrat mit Friedrich Ebert als neuem Stadtoberhaupt von Ost-Berlin.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Kundgebung gegen die Blockade Berlins auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag am 9. September 1948. Ernst Reuter fordert Beistand für das blockierte Berlin.

Während die Auseinandersetzungen in Berlin noch andauerten, bemühten sich alliierte Politiker bereits um eine friedliche Beilegung der Krise. Am 3. Oktober 1948 schlug der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow die Einberufung des Rats der Außenminister vor, um in der Berlin-Frage eine Einigung zu finden. Die Westmächte verlangten, dass die Blockade zuvor aufgehoben werden müsse. Dem stimmte die sowjetische Seite schließlich zu und erhielt dafür ein anderes Zugeständnis. Die Westmächte hatten die Blockade mit einem Boykott des innerdeutschen Handels zwischen den Westzonen und der SBZ beantwortet. Die Westmächte akzeptierten, dass dieser Handel nach Beendigung der Blockade wieder in vollem Umfang aufgenommen wurde. Bevor am 23. Mai 1949 der Rat der Außenminister in Paris zusammentrat, hob die Sowjetunion am 12. Mai die Blockade Berlins auf; zugleich beendeten die Westmächte den Boykott des Interzonenhandels.

Bei Beendigung der Blockade im Mai 1949 war die Verwaltung Berlins geteilt. Es gab zwei Stadtregierungen: den Regierenden Bürgermeister und den Senat von West-Berlin sowie den Oberbürgermeister und den Magistrat von Ost-Berlin. Auch die Behörden waren seitdem geteilt: Es

gab zwei Polizeien, zwei Feuerwehren, zwei Sozialverwaltungen usw., die zunehmend – in dem Maße wie sich die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Ordnung in beiden Stadthälften auseinanderentwickelte – unterschiedlichen Regeln folgten. Die Stadt selbst war jedoch noch nicht geteilt. Auch wenn es seit 1948/49 Grenzkontrollen unterschiedlichen Umfangs und Intensität gab, konnten die Berliner ungehindert die jeweils andere Stadthälfte besuchen, so oft und so lange sie wollten. Es blieb normal, in der einen Hälfte zu wohnen und in der anderen zu arbeiten. Familien und Freunde wohnten häufig über die ganze Stadt verstreut – je nachdem, wo man im weitgehend zerstörten Nachkriegsberlin eine Wohnung hatte finden können. Die Berliner arrangierten sich damit, dass es alles doppelt gab und manch einer zog auch seinen Vorteil daraus. Bis 1961 blieb der soziale Körper der Stadt ungeteilt und die Berliner verstanden sich zumeist nicht als West- oder Ost-Berliner.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Grenzkontrollen im zerstörten Berlin, 1953.

In der ersten Berlin-Krise war es primär um die Einflussphären der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Deutschland gegangen. Durch die Blockade hatte die Sowjetunion versucht, die Westmächte zum Abzug aus Berlin zu zwingen, um ganz Berlin in ihre eigene Besatzungszone zu integrieren. Durch ihre Luftbrücke vereitelten Amerikaner und Briten dies. Die Versorgung der Bevölkerung der Westsektoren von Berlin durch die Luft konnte sich auf den Durchhaltewillen der meisten West-Berliner stützen. Zum personifizierten Symbol der Selbstbehauptung der Demo-

kratie in der Stadt wurde Ernst Reuter, der 1948 mit überwältigender Mehrheit zum ersten Regierenden Bürgermeister von West-Berlin gewählt wurde. Auch wenn keine der vier Siegermächte 1945 die Stadt durch eine Mauer teilen wollte, legten sie in dieser frühen Nachkriegsphase die Fundamente für eine Teilung. Die politische Spaltung der Stadt 1948 war nicht nur Teil des Konfliktes zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, sondern auch zwischen der im Osten regierenden SED und den demokratischen Politikern Berlins. Die Spaltung Berlins bescherte der SED West-Berlin als dauerhaftes Problem für die innere Stabilität der DDR.

DIE ENTWICKLUNG DER DDR IN DEN 1950ER JAHREN

Nach dem Krieg hatte die sowjetische Besatzungsmacht als Erste demokratische Parteien wieder zugelassen und damit – mit gewissen Veränderungen – eine Restauration des Weimarer Parteiensystems herbeigeführt. Bald wurde jedoch deutlich, dass die KPD den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Wahlen unterliegen würde. Seit Ende 1945 korrigierte Stalin daher den Kurs. Die sowjetische Besatzungsmacht setzte das Machtmonopol der KPD mit massivem Druck durch. Ihre wichtigste Konkurrentin, die SPD, wurde zwangsweise der KPD einverleibt, die seitdem SED hieß. Die bürgerlichen Parteien wurden als „Blockparteien“ 1947 und 1948 gleichgeschaltet.

Bis Ende der 1940er Jahre festigte sich die Herrschaft der SED in Ostdeutschland. Damit verbunden war der Beginn einer tiefgreifenden Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Viele Industrie- und Gewerbebetriebe wurden enteignet. Hierbei wurden die Entnazifizierungsmaßnahmen instrumentalisiert, um bestimmte Betriebe enteignen zu können. Unternehmer zum Beispiel wurden in Schauprozessen als „Wirtschaftsverbrecher“ öffentlich verurteilt, um sie enteignen zu können. Im Ergebnis stammten schon 1948 nur noch knapp 40 Prozent der Produktion aus Privatbetrieben. Die SED gründete zahlreiche sogenannte Massenorganisationen, die dazu dienten, ihre Politikvorstellungen zu propagieren und umzusetzen. In den folgenden Jahren wurde das Wohlergehen der Bevölkerung daran gemessen, ob und wie weit sie in solchen Organisationen tätig war. Dies förderte die Integration der Bürger in die neue Ordnung, auch wenn sie dieser mit Ablehnung gegenüberstanden.

Nach der Ablehnung der Stalin-Note vom März 1952 durch die Westmächte begann die abschließende Integration beider deutscher Staaten in die jeweiligen Militärbündnisse. Die DDR wurde in das osteuropäische Militärbündnis eingegliedert und ihre Westgrenze wurde 1952 endgültig zur Grenze des östlichen Bündnisses und des sowjetischen Einflussbereichs in Europa. In Moskau und Ost-Berlin wurde der „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ in der DDR beschlossen. Anfang April 1952 ordnete Stalin bei zwei Besprechungen mit der SED-Führung an, die DDR als eigenen Staat dauerhaft zu festigen und eine eigene Armee aufzubauen. Der von Walter Ulbricht daraufhin am 9. Juli 1952 angekündigte Aufbau des Sozialismus bedeutete eine forcierte Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR, was die weitere Zentralisierung staatlicher Strukturen und wirtschaftspolitischer Kompetenzen bei gleichzeitigem Zurückdrängen privatwirtschaftlicher Elemente implizierte. Die politische Neuorientierung war durch eine stärkere Zentralisierung der politischen Führungsstrukturen gekennzeichnet und beinhaltete beispielsweise die Auflösung der bis dahin noch bestehenden Länder.

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 ging zunächst eine Schockwelle durch die Führung der SED, die nicht wusste, wie sich die neue sowjetische Führung zusammensetzen und welchen Kurs sie in ihrer Deutschlandpolitik verfolgen würde. Eine Konsequenz war der Beginn der Entstalinisierung, die der SED als „Neuer Kurs“ verordnet wurde und die unter dem Einfluss Moskaus zustande kam. Auch unter dem Eindruck wachsender Flüchtlingszahlen korrigierte die SED-Führung den schnellen Aufbau des Sozialismus und einige damit verbundene Zumutungen für die Bevölkerung. Ihre bisherige Politik hatte in der ostdeutschen Gesellschaft erhebliche Missstimmungen entstehen lassen und der Wandel der Politik ließ Hoffnungen aufkommen. Beides zusammen führte zum versuchten Aufstand vom 17. Juni 1953, von dem die SED-Führung völlig überrascht wurde. Aus anfänglichen Protesten gegen eine Erhöhung von Arbeitsnormen wurde schnell eine republikweite Aufstandsbewegung, die demokratische Reformen forderte und in der auch das Verlangen nach Wiedervereinigung hörbar wurde. Die staatliche Ordnung brach in der DDR weitgehend zusammen und nur sowjetische Panzer und die Verhängung des Ausnahmezustands konnten die Macht der SED dauerhaft sichern.

Die Verurteilung von Stalins Verbrechen, die er gegen die Kader der kommunistischen Partei begangen hatte und die durch Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 ausgesprochen wur-

den, führte in der DDR kein „Tauwetter“ herbei. Die SED-Führung blieb trotz einiger äußerlicher Reformen ihren stalinistischen Prinzipien treu. Innerparteiliche Kritik, die besonders in den Jahren 1956 und 1957 aufkam, wurde mit Parteiausschlüssen und Gefängnisstrafen beantwortet. In der Folge wurde die Verstaatlichung der Wirtschaft langsam vorangetrieben und die Kollektivierung der Landwirtschaft, bei der Bauern zumeist gegen ihren Willen in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammengefasst wurden, forciert. Die von den LPG bewirtschaftete Nutzfläche stieg von 25 Prozent im Jahr 1957 auf 45 Prozent Ende 1959 und erreichte ein Jahr später bereits 84 Prozent.

Die sozialen Spannungen, die aus diesem Umbau der Gesellschaft entstanden, versuchte die SED-Führung mit Gewalt zu lösen: Sie regierte die DDR mit einer Politik der Drohung, der Enteignung und der Unterdrückung. Sie wurde von einer relativ kleinen Gruppe von Parteimitgliedern unterstützt und konnte sich darüber hinaus – vor allem in der Euphorie des Neubeginns – auf eine nicht genau bestimmbare Gruppe in der Bevölkerung stützen, die die nationalsozialistische Diktatur überwinden wollte und den auf Frieden und sozialen Fortschritt gerichteten Parolen der SED zunächst Glauben schenkte. Allerdings bildete diese soziale Basis der SED wahrscheinlich auch in der direkten Nachkriegszeit keine Mehrheit der Bevölkerung. Deshalb setzte die SED-Führung ihre Vorstellungen von der sozialen Ordnung mit Hilfe der von ihr neu aufgebauten Polizei, der seit 1950 entstehenden Geheimpolizei – dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – und einer gleichgeschalteten und politisierten Justiz durch.

DIE FLUCHTBEWEGUNG UND DIE GEGENMASSNAHMEN DER SED-FÜHRUNG

Seit der Gründung der DDR im Oktober 1949 veränderte sich langsam der Charakter der Wanderungsbewegungen. Seit 1945 hatten sich die Menschen mit unterschiedlichen Motiven in verschiedene Richtungen innerhalb der früheren Besatzungszonen bewegt. Die SBZ musste rund 4,5 Millionen Umsiedler aus den verlorenen Ostgebieten und dem Sudentenland aufnehmen. Die durch den Krieg oder durch die Gewaltpolitik der Nationalsozialisten und später durch Flucht und Vertreibung Entwurzelten versuchten, in ihre Heimat zurückzukehren oder sich eine neue zu suchen. Andere bemühten sich, in den weitgehend zerstörten Städten ihre Familien wiederzufinden. Und viele waren von der Not der unmittel-

baren Nachkriegszeit auf dem Land unterwegs, um sich Lebensmittel zu verschaffen.

Die Durchsetzung der Herrschaft der SED in der DDR, der von ihr eingeleitete Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die die beiden Prozesse sekundierende Repression führten zu einer Fluchtwelle, in deren Verlauf im Durchschnitt jährlich über ein Prozent der Bevölkerung die DDR verließen – bis 1961 zusammen über drei Millionen Menschen. Da die SED keinen Spielraum für Aushandlungsprozesse ließ, blieb vielen nur die Flucht nach Westdeutschland – was man damals die Abstimmung mit den Füßen nannte. Hierzu gehörten in erster Linie die Enteigneten und die aus politischen Gründen Verfolgten, zu denen sich mit Einsetzen des westdeutschen Wirtschaftswunders andere gesellten, die von der zunehmend amerikanisch geprägten Konsumkultur angezogen wurden oder sich größere wirtschaftliche Chancen versprachen. Sie versuchten sich im Westen ein neues Leben aufzubauen. Bis 1961 hatte in einem immer breiter werdenden Strom etwa ein Sechstel der Bevölkerung die DDR in Richtung Westen verlassen. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge war jünger als 25 Jahre und die DDR verlor damit ihre Zukunft, bevor diese begonnen hatte.

Die SED-Führung reagierte auf die Fluchtbewegung, indem sie an der Grenze zu Westdeutschland ein neues Grenzregime einführte. Stalin ordnete 1952 an, die Westgrenze der DDR stärker zu sichern. Seit 1952 ließ die DDR die knapp 1.400 Kilometer lange Demarkationslinie, die 1949 zur innerdeutschen Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik geworden war, durch den Aufbau von befestigten Grenzanlagen zunehmend abdichten. Seitdem wurde die Grenze mit Drahtsperrn, Wachtürmen und den ersten Signalanlagen versehen.

Der Ministerrat der DDR erließ am 26. Mai 1952 eine Verordnung über „Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen“, in der das MfS als vorgesetzte Behörde der Grenzpolizei mit einer intensiveren Bewachung beauftragt wurde. Am selben Tag wurde der Grenzbevölkerung eine Polizeiverordnung bekannt gegeben. Sie definierte eine in sich gestaffelte Sicherheitszone entlang der Grenze: Diese setzte sich zusammen aus einem zehn Meter breiten Kontrollstreifen, einem etwa fünfhundert Meter breiten „Schutzstreifen“ und einer fünf Kilometer breiten „Sperrzone“. Diese Territorien waren hauptsächlich durch Verbote gekennzeichnet. Der Kontrollstreifen war

eine vegetationsfreie Fläche direkt an der Grenze, die vor Betreten zu schützen war: Alle Personen, die ihn beträten, seien als „illegale Grenzgänger“ notfalls unter Einsatz der Schusswaffe zu verhaften. Er wurde gerodet, gepflegt und geeegt, um Spuren von Grenzübertritten feststellen zu können. Er erstreckte sich von der Ostsee bis zur tschechischen Grenze und bei seiner Herstellung wurden Straßen und Schienen unpassierbar gemacht und Gebäude zerstört.

Der sogenannte Schutzstreifen wurde von der Grenzpolizei überwacht, wohingegen die Volkspolizei für die Kontrolle der sogenannten Sperrzone zuständig war. Das Sperrgebiet war an den Zufahrtsstraßen durch Verbotsschilder und Schlagbäume gekennzeichnet. Die dort ansässigen oder arbeitenden Personen mussten sich registrieren lassen, denn das Recht zum Aufenthalt sollten nur überprüfte Personen erhalten. Besucher durften das Gebiet nur mit polizeilichen Passierscheinen, die im Vornhinein zu beantragen waren, betreten. Westdeutsche, West-Berliner und Ausländer durften das Sperrgebiet nicht betreten. Jeder nicht genehmigte Aufenthalt in diesem Gebiet führte zur vorläufigen Festnahme. Im Schutzstreifen waren öffentliche Veranstaltungen aller Art untersagt und Wirtshäuser, Kinos und ähnliche Einrichtungen wurden geschlossen; in der Sperrzone waren sie genehmigungspflichtig. Im Schutzstreifen wurden kirchliche Veranstaltungen einschließlich der sonntäglichen Gottesdienste zunächst überhaupt nicht mehr erlaubt. Dort war der Aufenthalt im Freien nur bei Tageslicht gestattet. Von diesen Maßnahmen waren 375.000 Menschen betroffen, die 1952 im Sperrgebiet wohnten.

Mit der Registrierung der Bevölkerung war ihre Überprüfung nach politischen Loyalitätskriterien verbunden. Diejenigen, die als politisch unzuverlässig galten, mussten im Juni 1952 in der als „Aktion Ungeziefer“ bezeichneten Zwangsausiedlung das Gebiet verlassen. Davon waren etwa 8.400 Menschen betroffen, weitere 3.000 entzogen sich der Umsiedlung durch die Flucht nach Westdeutschland. Auf diese Weise hatte die SED in den Grenzkreisen eine Atmosphäre von Furcht und Unsicherheit geschaffen und den politischen Anpassungsdruck deutlich erhöht. Damit verbunden war eine Säuberung der lokalen Verwaltungen und der Parteileitungen. Gleichzeitig wurde die Polizeidichte erhöht, indem die „besten Volkspolizisten aus den inneren Gebieten der DDR“ in das Sperrgebiet kommandiert wurden und somit in jeder Ortschaft mindestens ein Volkspolizist stationiert war.⁴

Mit den 1952 eingeleiteten Maßnahmen wurde das Grenzgebiet selbst im Maßstab der DDR zu einem intensiv überwachten Territorium. Als zusätzliches Element der Überwachung wurden sogenannte freiwillige Helfer der Grenzpolizei eingesetzt, die ihre Nachbarn überwachten, Spitzeldienste übernahmen und ehrenamtlich in ihrer Freizeit im Hinterland der Grenze Streife liefen. Dazu kamen später die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS an der Grenze (Grenz-IM). Die Bestimmungen des Grenzregimes galten mit leichten Modifikationen bis 1989.

Flankierend zum neuen Grenzregime begann die SED-Führung in den 1950er Jahren Flüchtlinge zunehmend zu kriminalisieren. Zwar garantierte die Verfassung der DDR ihren Bürgern bis 1968 nicht nur Freizügigkeit, sondern ausdrücklich auch das Recht auf Auswanderung, doch wurde dieses Gebot in der Rechtswirklichkeit schnell und effizient umgangen. Zunächst war das später als „Republikflucht“ kriminalisierte Verlassen der DDR ohne behördliche Genehmigung noch nicht strafbar. Allerdings forderten Justizminister und Generalstaatsanwalt die Strafverfolgungsbehörden bereits im Herbst 1950 auf, unkontrollierte Grenzübertritte zu bestrafen, indem ersatzweise andere Strafvorschriften zur Anwendung gebracht würden.⁵ Kurz danach entstand im Januar 1951 die erste genuine Strafvorschrift gegen Flüchtlinge. Wiederum wurde ein Ersatztatbestand geschaffen. Personen, die in den Westen übersiedelten oder in das Ausland reisten, mussten nun ihre Personalausweise vor Verlassen der DDR abgeben. Flüchtlinge, die heimlich über die Grenze gehen wollten, konnten diese Bestimmung natürlich nicht erfüllen und konnten daraufhin mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden. Die Grenzverordnung vom Juni 1952 enthielt ebenfalls eine Bestimmung gegen Flüchtlinge. Danach konnte jeder, der sich ohne Genehmigung im Grenzgebiet aufhielt, mit einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren geahndet werden. Nach dieser Norm wurden Menschen bestraft, die eine Flucht versucht und sich deshalb ungenehmigt im Grenzgebiet aufgehalten hatten.

Seit dem Sommer 1952 wurde das Eigentum von Flüchtlingen, vor allem deren Haus- und Landbesitz, eingezogen. Die Enteignungsverordnung wurde im Rahmen des „Neuen Kurses“ im Juni 1953 allerdings wieder aufgehoben. Seitdem warb man intensiv um die Rückkehr von Flüchtlingen. Rückkehrer sollten nicht nur in ihre bürgerlichen Rechte wieder eingesetzt werden, sondern auch ihr Eigentum zurückerhalten. Die für den Grenzübertritt verhängten schweren Strafen waren in Ordnungsstraf-

verfügungen umzuwandeln. Die sogenannten Quarantäne-Lager für Rückkehrer wurden aufgelöst. Aber auch mit dem nach Stalins Tod 1953 in der DDR widerwillig verfolgten „Neuen Kurs“ setzte die SED die Kriminalisierung von Flüchtlingen fort. Seit Ende 1953 konnte das Versäumnis, vor einer Westreise den Personalausweis abzugeben, mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden. 1954 wurde im Passgesetz der DDR erstmalig die ungenehmigte Ausreise als eigenständiges Delikt unter Strafe gestellt.

Genehmigungen für legale Reisen und erlaubte Ausreisen wurden anfangs nur sehr restriktiv vergeben. Seit 1953 war die Visumerteilung für Westreisen zeitweilig großzügiger. Es gab eine massive Zunahme der erlaubten Besuchs- und Urlaubsreisen von 50.000 im Jahr 1952 auf 2,8 Millionen im Jahr 1957. Viele Menschen hatten bis 1957 die relativ zahlreich genehmigten Westreisen für eine Flucht genutzt, indem sie von einer solchen Reise einfach nicht in die DDR zurückkehrten. Seit dem Herbst 1957 jedoch wurde die Vergabe von Reisevisa wieder deutlich restriktiver gehandhabt, um die wieder in den Fokus gerückte Fluchtbewegung einzudämmen. Die Anzahl der erlaubten Westreisen ging erheblich zurück. Kurzfristig gelang es der Regierung, die Flüchtlingsbewegung etwas einzudämmen. Seitdem wuchs die Bedeutung Berlins als Fluchtweg. Dort war die Chance, ohne Kontrolle die Grenze zu erreichen und zu überqueren, deutlich größer als an der innerdeutschen Grenze. Berlin war für die Bevölkerung der DDR das Tor zum Westen, und damit war die Lösung des „West-Berlin-Problems“ eine der Grundfragen der SED-Politik.

Parallel zum Rückgang der Reisegenehmigungen wurde die strafrechtliche Repression gegen Flüchtlinge verschärft. Seit Dezember 1957 wurde durch Paragraph 8 des Passgesetzes das unerlaubte Verlassen der DDR mit einer Strafe von bis zu drei Jahren Gefängnis geahndet, wobei nunmehr auch der Versuch und die Vorbereitungshandlungen explizit unter Strafe gestellt wurden.

Aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität in Westdeutschland und der Kollektivierung der Landwirtschaft, bei der in einer letzten Anstrengung die verbleibenden Bauern in die LPG gezwungen werden sollten, sowie aufgrund der Begleiterscheinungen der zweiten Berlin-Krise stiegen die Flüchtlingszahlen am Ende der 1950er Jahre noch einmal erheblich an. 1959 verließen 143.917 Flüchtlinge die DDR und Ost-Berlin, 1960 stieg

diese Zahl auf 199.188. Bis zum 13. August 1961 kamen weitere 190.000 Menschen nach West-Berlin. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge war unter 25 Jahren. Die dramatische Zuspitzung dieser Fluchtwelle kam allerdings erst nach dem Moskauer Gespräch; im Juni verließen 19.198, im Juli schon 30.415 und bis Mitte August 1961 noch einmal 47.433 den Osten Deutschlands. In drei Monaten stimmten somit die Einwohner einer Großstadt mit ihren Füßen ab.

Ulbricht informierte Chruschtschow im Januar 1961 über die dramatische Zunahme der Abwanderung und die Altersstruktur der Flüchtenden: 75 Prozent der Flüchtlinge waren unter 25 Jahre alt. Unter den Älteren verließen insbesondere Angehörige der Intelligenz und qualifizierte Facharbeiter das Land. Mit ihrer Flucht verschärfen sie die wirtschaftlichen Probleme der DDR.⁶ SED und Regierung setzten daraufhin ihre Propagandamaschinerie in Bewegung. Die Verantwortlichen in den Bezirken und Kreisen wurden im Juli 1961 angewiesen, ihre Maßnahmen gegen „Menschenhandel“ und gegen das „illegale Verlassen der DDR“ zu intensivieren und wöchentlich zu koordinieren. Genehmigungen für einen legalen Umzug seien auf ein Minimum zu beschränken. Auch Reisegenehmigungen sollten nur noch nach einem „sehr strengen Maßstab“ vergeben werden.⁷

DIE EINGESCHRÄNKTE SOUVERÄNITÄT DER SED-FÜHRUNG

Die Fluchtbewegung wurde in der Wahrnehmung der SED-Führung als eine Beschränkung ihrer Macht im Innern, die auf einem Souveränitätsdefizit beruhte, interpretiert. Das Souveränitätsdefizit der SED war das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Deutschlands. Die Blockkonfrontation des Kalten Krieges führte außerdem dazu, dass das Defizit nicht aus eigener Kraft ausgeglichen werden konnte, sondern eine Abhängigkeit von der Sowjetunion bestehen blieb. Zwar wurde die DDR von der Sowjetunion im September 1955, als beide Staaten einen Freundschaftsvertrag abschlossen, der durch mehrere Notenwechsel ergänzt wurde, aus dem Besatzungsstatut entlassen. Mit der Übernahme der „vollen Souveränität“ endete auch die Tätigkeit der Sowjetischen Kontrollkommission und die des Hohen Kommissars als Hoheitsträger. Die SED-Führung gewann damit Handlungsspielräume, die Abhängigkeit von ihrer Führungsmacht blieb aber bestehen. Das beschnitt auch die Souveränität der DDR, weil ihre staatliche Existenz von der Sowjetunion, die sich ein deutlich fühlbares Mitspracherecht vorbehielt, garantiert werden musste.

Zweitens war die Souveränität der DDR infolge des Krieges und aufgrund der Teilungsgeschichte eingeschränkt. Die SED hatte durch den Viermächtestatus Berlins selbst in der eigenen Hauptstadt keine volle Handlungsfreiheit. Aufgrund der gemeinsamen Überwachung des Berliner Luftraums durch die vier Mächte, die die Spaltung der gemeinsamen Verantwortung 1948 überdauert hatte, besaß sie keine vollständige Luft-hoheit in ihrem Territorium. Auch die Rechte der Westmächte in Berlin existierten weiter: Hoheitsrechte in West-Berlin und nicht klar definierte und umstrittene Rechte in Ost-Berlin. Die Westmächte hatten außerdem Rechte an den Zufahrtswegen zwischen Westdeutschland und West-Berlin. Schließlich gab es mit den Militärverbindungsmissionen ein Recht auf freie Bewegung fast in der ganzen DDR. Damit besaßen fremde Mächte originäre Rechte auf dem Territorium der DDR, die weder von deren Staatsführung konzidiert waren noch ihrer Kontrolle oder ihrem Einfluss unterlagen. Eine Änderung konnte nur unter Einbeziehung der Sowjetunion erfolgen.

Eine dritte Einschränkung ergab sich aus der Teilung und der Beziehung zur Bundesrepublik. Die DDR wurde – vor allem bis zur Aufnahme in die UNO 1972 – international fast ausschließlich von den Ostblockstaaten diplomatisch anerkannt. Die Systemkonkurrenz des Kalten Krieges und der Anspruch der Bundesregierung, auch die Bevölkerung der DDR zu vertreten, führten dazu, dass viele Staaten der DDR die Anerkennung verweigerten. Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion 1955 formulierte die Bundesregierung die Hallstein-Doktrin, in der sie festlegte, dass jeder Drittstaat, der die DDR anerkannte mit Sanktionen und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik rechnen müsse. Diese Drohung war, untermauert durch die deutlich größere Wirtschaftskraft Westdeutschlands, lange erfolgreich.

Viertens bedeutete die Fluchtbewegung eine Einschränkung der Souveränität der DDR. Indem die Bundesrepublik, gestützt auf das Grundgesetz, die Bürger der DDR nach ihrer Übersiedlung umstandslos als eigene Staatsbürger anerkannte, förderte sie die Fluchtbewegung. Die Reaktionen der Partei- und Staatsbürokratie der DDR auf die Republikflucht, vor allem das Grenzregime und der Schießbefehl, deuten darauf hin, dass sie die Fluchtbewegung nicht nur als Verlust dringend benötigter Arbeitskräfte, sondern vor allem als Verlust eines Teils der Jugend auffasste. Die SED-Führung begriff die Flucht als eine Form von Widerstand, durch den viele sich dem staatlichen Zugriff entzogen und damit

letztlich massenhaft gegen die Autorität der SED in der DDR rebellierten. Nur so ist zu erklären, dass sie nach dem Mauerbau Militär, nämlich die Grenztruppen, gegen die eigene Bevölkerung einsetzte und dass sie den nahezu bedingungslosen Einsatz von Schusswaffen gegen Bürger des eigenen Landes anordnete. Die SED-Führung machte von Maßnahmen Gebrauch, die in modernen Staaten nur ergriffen werden, wenn sich ihre Bürger gegen die Obrigkeit erheben.

Schließlich bedeutete schon die Fluchtmöglichkeit an sich in der Sichtweise der SED-Führung eine Beschränkung ihres Zugriffs auf die Bürger der DDR: Wenn jede drakonische Maßnahme eine Fluchtbewegung auslöste, musste sie vorher wohlwogen werden. Eine negative Reaktion von Seiten der Bevölkerung musste die SED-Führung beispielsweise bei der Kollektivierung der Landwirtschaft erleben, bei der viele Bauern in den Westen gingen, statt sich in die LPG einzugliedern. Die Fluchtbewegung schränkte also ihre Gestaltungsmöglichkeiten in der DDR erheblich ein. Diese miteinander verschränkten Probleme versuchte die SED mit dem Mauerbau zu lösen.

DIE ZWEITE BERLIN-KRISE VON 1958 BIS 1961

Mit einer Note vom 27. November 1958 an die drei Westmächte leitete der sowjetische Partei- und Staatschef Chruschtschow die zweite Berlin-Krise ein. Darin forderte er den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug der Westmächte aus Berlin. West-Berlin sollte in eine selbständige und entmilitarisierte „Freie Stadt“ umgewandelt werden. Die Note war als Ultimatum formuliert: Falls die Westmächte dem sowjetischen Vorschlag nicht innerhalb von sechs Monaten zustimmen würden, werde die Sowjetunion einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen und ihr die sowjetischen Rechte in Berlin übertragen. Dies schloss die Kontrolle der Transitwege von Westdeutschland nach West-Berlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft mit ein. Die Ankündigung Chruschtschows eröffnete der SED eine Chance auf die volle Souveränität der DDR – auch gegenüber der sowjetischen Vormacht.

Ein Motiv des sowjetischen Ultimatums war die Stabilisierung der DDR als sozialistischer deutscher Staat. Diese Zielsetzung richtete sich auch gegen die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, welche die DDR nicht anerkannte, international deren Anerkennung blockierte und auf einer Wiedervereinigung Deutschlands auf Basis freier Wahlen beharrte. Das

Legitimationsproblem der SED und ihrer Herrschaft in der DDR hatte sich fünf Jahre zuvor, am 17. Juni 1953, gezeigt.

Einen Auftakt zur Berlin-Krise bildete der V. Parteitag der SED, der im Juli 1958 in Ost-Berlin stattfand. Ulbricht und Chruschtschow propagierten dort ihre politischen Ziele. Ulbricht wollte, dass die Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen stattfinden solle. Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es der inneren Festigung und äußeren Anerkennung der DDR. In beiden Fragen störte West-Berlin, weil es einerseits wie eine zum Westen gehörende Insel in der DDR lag und weil seine Zugehörigkeit zum Westen durch die Westmächte garantiert wurde. Deshalb betonte Ulbricht auf dem Parteitag, dass West-Berlin eigentlich zur DDR gehöre: „Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist Berlin. Ein Teil der Hauptstadt, West-Berlin, wird gegenwärtig noch als Stützpunkt des Kalten Krieges, der Spionage und Sabotage gegen die DDR und die anderen Länder des sozialistischen Lagers mißbraucht. [...] In Berlin ist ein entschiedener Kampf zu führen gegen die amerikanische Lebensweise und Dekadenz, die in bestimmten Kreisen West-Berlins Platz ergriffen haben.“⁸ Der Rückzug der Westmächte aus Berlin und die Umgestaltung der Verhältnisse in West-Berlin wurden zum Kern des sowjetischen Berlin-Ultimatums. In einer späteren Rede führte er aus, die „Besatzungsgewalt der Westmächte“ in West-Berlin habe zwar keine gültige Rechtsgrundlage mehr, sei aber „gegenwärtig noch eine Tatsache.“⁹

Chruschtschow unterbreitete auf dem Parteitag sein Angebot eines Friedensvertrages und forderte, West-Berlin in eine „Freie Stadt“ umzuwandeln. Er sprach von der Stärke des sozialistischen Lagers und stellte sich demonstrativ hinter die Deutschlandpolitik der SED. Kurz danach nahm Chruschtschow in seiner Rede im Moskauer Sportpalast am 10. November 1958 die Forderungen Ulbrichts auf und formulierte seine eigene Agenda von Forderungen, die die sowjetische Regierung dann in einer Note den Westmächten unterbreitete.

Sowohl die drei Westmächte als auch die Mitglieder der NATO lehnten das Moskauer Ultimatum noch im Dezember 1958 ab. Dem schloss sich die Bundesregierung im Januar 1959 an, indem sie eine Anerkennung der DDR, die Bildung einer Konföderation mit dieser und die Umwandlung West-Berlins in ein selbständiges politisches Gebilde ablehnte. In den daraufhin einsetzenden Verhandlungen gab die Sowjetunion zwar nicht

ihr grundlegendes Ziel, wohl aber das damit verbundene Ultimatum auf. Die Frist von sechs Monaten ließ sie fallen. In einer von Mai bis August 1959 tagenden Außenministerkonferenz in Genf, bei der die beiden deutschen Staaten als Zuhörer zugelassen waren, konnte keine Einigung erzielt werden. Während der Verhandlungen rückte die Sowjetunion zudem ein wenig von der DDR ab. Sie war zwar gewillt, der SED bei der Eindämmung der Fluchtbewegung zu helfen und die Souveränität der DDR zu stärken, aber sie war nicht bereit, in den Verhandlungen mit den Westmächten ihre eigene Rolle schmälern zu lassen. Um die Konfliktkontrolle in den Verhandlungen mit den Westmächten zu behalten, konnte sie den gemeinsamen Boden der alliierten Vereinbarung über Berlin von 1944/45 zwar propagandistisch, aber nicht völkerrechtlich verlassen.

In den internationalen Konferenzen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zwischen 1959 und 1962 beharrten letztere auf dem Status quo. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, aber es stellte sich heraus, dass keine Seite einen Krieg um Berlin riskieren wollte. Dazu trug entscheidend bei, dass mittlerweile beide Seiten über Atomwaffen und seit Neuestem auch über Langstreckenraketen verfügten, die das Territorium der gegnerischen Macht erreichen konnten. Ein Atomkrieg um Berlin hätte jedoch nicht nur Mitteleuropa verwüstet, sondern auch die USA und die Sowjetunion in Mitleidenschaft gezogen – einen solchen Krieg wollten weder Washington noch Moskau führen.

Die Diskussionen zwischen Ost-Berlin und Moskau über die West-Berlin-Frage begannen sich im Herbst 1960 zu wandeln. Zu diesem Zeitpunkt verschärfte sich die Wirtschaftskrise in der DDR und damit geriet auch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Zulieferungen aus Westdeutschland in den Blick. Ulbricht bat Chruschtschow im November 1960 um Kredite und Wirtschaftshilfe. Die Rolle West-Berlins als destabilisierender Faktor für die DDR kam vor allem mit Blick auf die „Republikflucht“ zur Sprache. Damit gewann das Fluchtproblem als solches immer größeren Raum in der Wahrnehmung der östlichen Seite.

Im Januar 1961 beschloss das SED-Politbüro, den Kampf gegen die „Republikflucht“ zu intensivieren. Ulbricht drängte Chruschtschow nachdrücklich, eine Lösung noch im Jahr 1961 herbeizuführen. Sein Brief war eine wichtige Zäsur im Verlauf der Krise, vielleicht sogar die entscheidende. Die Existenzsicherung der DDR durch die Schließung der Sektorengrenze in Berlin verdrängte die Übertragung der Souveränitäts-

rechte als Hauptproblem. Vor dem geplanten Treffen mit dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy sollte es jedoch keine Entscheidungen geben. Chruschtschow vertröstete Ulbricht: Man müsse zunächst warten, ob und unter welchen Bedingungen sich Kennedy zu einer Einigung bereithalten würde. Im März 1961 traten die Differenzen zwischen der Sowjetunion und der DDR offen zutage. Wollte die SED mit dem Friedensvertrag vordringlich ihr West-Berlin-Problem lösen, so verfolgte Chruschtschow nichts weniger als eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa. Er hatte die Hoffnung, durch einen Friedensvertrag die NATO, von der er annahm, dass sie hauptsächlich durch die deutsche Frage zusammengehalten werde, zu destabilisieren. Er nahm zudem die Fluchtbewegung aus der DDR als weniger brisant wahr, während die SED-Führung zunehmend den Eindruck hatte, sie gefährde die Existenz der DDR.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy und der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow während ihres Gipfeltreffens in Wien am 3./4. Juni 1961.

Im Juni 1961 trafen der neue amerikanische Präsident und der sowjetische Staatschef in Wien zusammen. Die Frage des Friedensvertrages und die Lösung der Berlin-Frage waren Gegenstand der letzten Gesprächsrunde zwischen den beiden Hauptantagonisten der politischen Nachkriegsordnung. Das Gespräch verlief konfrontativ. Chruschtschow betonte sein Interesse, einen Friedensvertrag abzuschließen. Dies verband er mit einer Drohung: „Wenn Sie jedoch nicht

die Bereitschaft dazu zeigen, werden wir allein auf einseitiger Grundlage den Friedensvertrag mit Deutschland schließen und dabei vor nichts haltmachen.“ Chruschtschow und Kennedy waren sich bereits hinsichtlich des rechtlichen Status von Berlin uneins. Kennedy beharrte auf der bisherigen völkerrechtlichen Position der Amerikaner: „Wir meinen jedoch, dass wir in West-Berlin bestimmte Rechte gemäß den Vereinbarungen mit Ihnen erhalten haben. Und jetzt wollen Sie diese Rechte Ostdeutschland übertragen. Auf einseitige Weise können Sie niemandem unsere Rechte übertragen.“ Sollte die Sowjetunion es trotzdem tun, betrachte die USA dies als „kriegerischen Akt“. Kennedy betonte: „Wir sind daran interes-

siert, unser Zugangsrecht und unsere Rechte in West-Berlin insgesamt aufrechtzuerhalten.“ Und er wies darauf hin, dass nicht die Amerikaner, sondern die Sowjetunion den Status quo ändern wollten. Das Gespräch endete damit, dass Chruschtschow Kennedy wiederum ein auf sechs Monate befristetes Ultimatum stellte, die Berlin-Frage zu lösen.¹⁰

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Chruschtschow und Kennedy in Wien, Juni 1961.

Der Wiener Gipfel stellte einen Wendepunkt in der zweiten Berlin-Krise dar und leitete den Rückzug der Sowjetunion aus einer politischen Offensive ein. Kennedy hatte deutlich gemacht, dass er jede Verletzung der amerikanischen Rechte in Berlin als militärischen Angriff auffassen werde und Chruschtschow hatte deutlich gemacht, dass eine militärische Durchsetzung der amerikanischen Rechte in Berlin unweigerlich die Sowjetunion auf den Plan rufen werde. Es war deutlich geworden, dass eine formale Übertragung der Berliner Rechte von der Sowjetunion auf die DDR das Problem also keinesfalls lösen würde, denn jeder Versuch der DDR, diese gegenüber den Westmächten durchzusetzen, würde einen Krieg heraufbeschwören. Kennedy hatte die Schwachstelle in der Drohung mit dem separaten Friedensvertrag gefunden und Chruschtschow nachdrücklich vor Augen geführt.

Chruschtschow befand sich nach dem Wiener Gipfel in einem Dilemma: Den von ihm angestrebten Friedensvertrag mit den Westmächten zur Veränderung des Status quo in Berlin konnte er auf dem Verhandlungsweg nicht durchsetzen, und die Krise der DDR, die sich in der Massenflucht über West-Berlin immer mehr verschärfte, ließ ein weiteres Zuwarten nicht zu. Seit dem Gipfeltreffen in Wien blieb nur die Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin, um die Existenz des SED-Staates zu sichern. Der Status quo der Einflussphären in Deutschland und Berlin wurde damit zur Basis der Konfliktlösung.

DIE ENTSCHEIDUNG FÜR DIE GRENZSCHLIESSUNG UND KONKRETE PLANUNGEN

Im Sommer 1961 lief die Diskussion zwischen Ulbricht und Chruschtschow auf die Lösung hinaus, zunächst die Grenzen zu West-Berlin zu schließen und das Problem des Friedensvertrages später zu lösen. Ende Juni oder Anfang Juli 1961 wies Ulbricht Chruschtschow erneut auf die Gefahr hin, dass die Existenz der DDR aufgrund der offenen Sektorengrenze und der zunehmenden Fluchtbewegung gefährdet sei. Zeitgleich schwenkte der sowjetische Botschafter in der DDR, Michail G. Perwuchin, ebenfalls auf diese Linie ein. Er schrieb nach Moskau, die Schließung der Grenze sei technisch schwierig und würde politischen Schaden anrichten, angesichts der sich in den Verhandlungen abzeichnenden Verhärtung der politischen Situation könne jedoch eine Teilung Berlins notwendig werden.

Die drei Westmächte bekräftigten am 17. Juli erneut, ihre Rechte in Berlin nicht aufgeben zu wollen. Damit war deutlich, dass der Westen nicht nachgeben würde, was die alliierte Präsenz in Berlin anbelangte. Allerdings war der amerikanische Präsident der sowjetischen Seite ein wenig entgegengekommen: In einer Rundfunk- und Fernsehansprache formulierte Kennedy am 25. Juli drei Grundsätze seiner Berlin-Politik (*Three Essentials*): die Präsenz der Westmächte in West-Berlin, der freie Zugang zu West-Berlin und die Freiheit seiner Bewohner. West-Berlin stehe unter dem Schutz des NATO-Schildes und wenn einer dieser drei Grundsätze gefährdet werde, sehe die USA dies als Kriegsgrund an. Gleichzeitig kündigte er in dieser mit enormem Propagandaaufwand international verbreiteten Rede ein Aufrüstungsprogramm an, das die Aufstockung der amerikanischen Armee auf eine Million Mann einschloss. Aber in Moskau war eine Nuance in dieser ansonsten waffenklirrenden

Rede aufgefallen: Kennedy hatte nur von West-Berlin gesprochen und nicht mehr von ganz Berlin; damit hatte er indirekt den Weg zur Grenzschließung frei gemacht.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Präsident John F. Kennedy äußert auf einer Pressekonferenz am 11. Oktober 1961 im Weißen Haus in Washington die Erwartung, dass die Bundesrepublik Deutschland nach der Bildung einer neuen Regierung in Bonn „mit mehr Kraft“ als bisher an der Formulierung der westlichen Deutschland- und Berlin-Politik teilnehmen wird.

Bereits seit dem Januar 1961 wurde die Grenze zwischen West-Berlin und der DDR, die seit 1952 befestigt war, mit weiteren Stacheldrahhindernissen ausgestattet. Wahrscheinlich wurden in Ost-Berlin schon erste Planspiele durchgeführt, wie eine Schließung der Sektorengrenze zwischen den beiden Stadthälften durchgeführt werden könnte. Bevor sich Chruschtschow am 20. Juli endgültig dazu entschied, zog er Erkenntnisse des militärischen Geheimdienstes und des KGB zu Rate. Deren Informationen ließen nur eine Schlussfolgerung zu: Die Bedrohung des freien Zugangs nach West-Berlin könnte zum militärischen Ernstfall werden. Die Geheimdienstinformationen machten die Entschlossenheit der Amerikaner und den raschen Ausbau

der konventionellen wie atomaren Rüstung der USA deutlich und wiesen auf die Unterlegenheit der Sowjetunion gegenüber der amerikanischen Luftwaffe in Europa und hinsichtlich der Atomwaffen hin.

Wahrscheinlich waren es diese Informationen und Ulbrichts Drängen, die Chruschtschow letztlich bewogen, sich für die Abriegelung der Grenze und damit für den Mauerbau zu entscheiden. Botschafter Perwuchin übermittelte Ulbricht dessen Entscheidung, die Grenze zu schließen. Die praktische Vorbereitung des Mauerbaus sollte unter größter Geheimhaltung erfolgen, so der Botschafter. Ulbricht machte deutlich, dass ihn diese Entscheidung nicht unvorbereitet träfe und die SED schon über eine solche Aktion nachgedacht habe. Er hatte bereits entschieden, sie an einem Sonntag durchzuführen. Ulbricht informierte in der DDR zunächst

nur die Minister der drei Sicherheitsministerien und des Verkehrsministeriums. Er weihte Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, Innenminister Karl Maron, Verteidigungsminister Heinz Hoffmann sowie Verkehrsminister Erwin Kramer in das Vorhaben ein. Die Verantwortung für das Gesamtkonzept übernahm Ulbricht selbst. Einige Tage später setzte Ulbricht Erich Honecker als Stabschef ein.

Die detaillierten militärischen Planungen waren von sowjetischen Offizieren vorbereitet worden. Oberst Anatolij G. Mereschko, damals stellvertretender Chef der operativen Abteilung des Stabes der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, wurde im Juli damit beauftragt. Im Vorfeld des Mauerbaus wurden die sowjetischen Truppen in Europa erheblich verstärkt, um auf jede Reaktion der Westmächte vorbereitet zu sein. Zwischen Mai und August wuchsen die sowjetischen Truppen in der DDR auf 380.000 Soldaten an. Die sowjetischen Truppen in Polen und Ungarn wurden ebenfalls verstärkt. Insgesamt hatte Moskau die Truppenstärke in Mitteleuropa um ein Viertel erhöht. Die sowjetischen Luftstreitkräfte in der DDR wurden erstmals mit Atomwaffen ausgerüstet. Seit Ende Juli kooperierten die sowjetischen und die ostdeutschen Stäbe, um die Planungen gemeinsam zu koordinieren und auszuführen. Der Operationsplan war Anfang August fertig. Marschall Ivan S. Konjew, einer der Eroberer Berlins, übernahm am 10. August das Kommando über die sowjetischen Truppen in Ostdeutschland.

Ulbricht und Chruschtschow fixierten bei einem Treffen am 1. August 1961 in Moskau die letzten Details. Das Protokoll dieses Gesprächs gehört zweifellos zu den Schlüsseldokumenten des Mauerbaus. An dieser Stelle muss ein Dialog genügen, um den Geist zu illustrieren, in dem die beiden über das Schicksal vieler Menschen entschieden. Auf die Frage Chruschtschows, wie sie mit den Gebäuden umzugehen gedachten, die direkt auf der Grenzlinie standen, antwortete Ulbricht: „Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die einen Ausgang nach West-Berlin haben, werden wir diesen Ausgang zumauern.“ Es wurde auch die Gefahr innerer Unruhen in der DDR diskutiert, die insbesondere Chruschtschow für möglich hielt. Auch in dieser Frage hatte Ulbricht eine Antwort und wiegelte ab: „Ein Aufstand ist nicht realistisch.“¹¹

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Staatsbesuch des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Nikita Chruschtschow, in der DDR vom 19. bis 21. Mai 1960. Chruschtschow (Mitte) mit Walter Ulbricht (links) und dem Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, auf der Fahrt vom Flughafen Schönefeld nach Ost-Berlin. Vorne im Wagen der Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke.

Vom 3. bis 5. August 1961 berieten die Staats- und Parteichefs des Warschauer Paktes in Moskau die Lage der DDR und das Berlin-Problem. Es ging darum, sich durch die Abstimmung im östlichen Militärbündnis die notwendige Rückendeckung zu verschaffen. In diesem Kreis ließ Ulbricht keinen Zweifel daran, dass sich die Grenzschießung gegen die eigene Bevölkerung richtet und nicht, wie später in der Propaganda behauptet, gegen eine vom Westen ausgehende Kriegsgefahr. Die auf dieser Sitzung ohne Diskussion beschlossene Erklärung diente der DDR als Legitimation für die Grenzschießung. Die Vertragsstaaten des Warschauer Paktes empfahlen darin der Volkskammer und dem Ministerrat der DDR, „an der West-Berliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühlätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet West-Berlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird.“¹²

Erst am 7. August informierte Ulbricht das Politbüro der SED, das erwartungsgemäß zustimmte. Es fasste am 8. und 11. August die zur Realisierung notwendigen Beschlüsse. Die Volkskammer trat am 11. August zusammen und beschloss – in Unkenntnis der tatsächlichen Planungen – die Umsetzung des Moskauer Beschlusses. Gleichzeitig tagten die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksorganisationen, die zwar durch den Außenminister über den „Menschenhandel“ informiert, aber laut Protokoll über die bevorstehenden Maßnahmen in Unkenntnis gelassen wurden. Der Ministerrat der DDR wurde erst am Abend des 12. August über die bevorstehende Aktion informiert und beschloss sie einmütig. Mit den Beschlüssen der Volkskammer und des Ministerrats wurde der endgültigen Teilung Berlins die Fassade demokratischer Legitimität verliehen. Die endgültige Entscheidung fiel jedoch anderenorts: Am 10. August befahl Marschall Konew den drei Sicherheitsministern, die Operation solle am 13. August um 0.00 Uhr beginnen.

- 1| *Aufzeichnung von Smirnow und Semjonow. In: Laufer, Jochen P. / Kynin, Georgy P. (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. – Band 2: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946. – Berlin: Duncker & Humblot, 2004. – S. 430-431.*
- 2| *Ebd., S. 424.*
- 3| *Reuter, Ernst: Rede auf der Protestkundgebung am 9. September 1948. In: Weber, Jürgen: Das Entscheidungsjahr 1948. – München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, 1982. – S. 228-229.*
- 4| *Beschluss des Politbüros, 24.06.1952; BA/SAPMO, DY 30/IV 2/2/217, Blatt 2.*
- 5| *Gemeinsame Rundverfügung 126/50 von MdJ und GStA der DDR, 29.09.1950; BA-MA, Pt 7110 (o.P.).*
- 6| *Ulbricht an Chruschtschow, 18.01.1961; BA/SAPMO, DY 30/3508.*
- 7| *Befehl 17/61 der HV DVP: Maßnahmen gegen den Menschenhandel und das illegale Verlassen der DDR, 22.07.1961; BA Berlin, DO 1/2.2/56690.*
- 8| *Ulbricht, Walter: „Der Sozialismus siegt“! Schlusswort. In: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10.-16.07.1958 in Berlin. – Band 2. – Berlin (DDR): Dietz, 1959. – S. 1348.*
- 9| *Ulbricht, Walter: An die Arbeiterschaft und an alle friedliebenden Bürger West-Berlins! In: ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätze. – Zusatzband II: 1933–1946. – Berlin (DDR): Dietz, 1966. – S. 649.*
- 10| *Protokoll der Gespräche Chruschtschows mit Kennedy in Wien, 03.06.1961. In: Wellig, Gerhard u.a. (Hrsg.): Chruschtschows Westpolitik 1955-1964. Kumulation der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962). – Band 3. – München: Oldenbourg, 2011. – Dok. 10. – (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 88).*
- 11| *Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, 01.08.1961, abgedruckt in: ebd., Dok. 15.*
- 12| *Erklärungen der Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten; BA/SAPMO, DY 30/3386.*

DER 13. AUGUST: GRENZSCHLIESSUNG UND MAUERBAU

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 marschieren an den Grenzen zu West-Berlin, genauer gesagt an der innerstädtischen Sektorengrenze zwischen den beiden Stadthälften und dem Außenring zwischen West-Berlin und der umgebenden DDR, kriegsmäßig ausgerüstete Verbände der Polizei und der Kampfgruppen auf. Die Abriegelung der Grenzen begann. Ulbricht hatte bestimmt, dass sie an einem Sonntag stattfinden solle, weil dann die Berliner im Schlaf überrascht würden und man einen Tag Zeit hätte, den Berufsverkehr neu zu organisieren. Der 13. August war ein strahlend schöner Sonntag.

DIE SPERRUNG DER GRENZE

An der innerstädtischen Sektorengrenze war hauptsächlich die Brigade Berlin der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Verstärkt wurde sie durch das erst im Juni für die Grenzüberwachung gebildete Sicherungskommando Berlin sowie durch die Kräfte der Polizeischulen Aschersleben und der Bezirksschule der Volkspolizei Berlin. Ihre Aufgabe bestand in der Abriegelung der Grenze und der Schließung der meisten Übergänge innerhalb einer halben Stunde nach Alarmierung. Sie sollten außerdem die ersten baulichen Maßnahmen zur vollständigen Sperrung der Grenze einleiten. Innerhalb von drei Stunden sollten sie die zu schließenden Übergänge unpassierbar machen. Von vorher 81 Übergängen im Innen-

stadtbereich sollten nur dreizehn geöffnet bleiben. Des Weiteren sollte die Grenze innerhalb von vier Tagen vollständig mit Stacheldraht versehen werden. Die noch offenen Übergangsstellen wurden von Einheiten des Sicherungskommandos besetzt.

Die innerstädtische Grenze wurde in sechs Abschnitte eingeteilt. Jedem Abschnitt wurde zusätzlich je ein Bataillon der Kampfgruppen, der aus Arbeitern gebildeten Parteimiliz der SED, aus den Stadtbezirken Mitte, Prenzlauer Berg, Pankow, Friedrichshain und Treptow zugeteilt. Diese Einheiten besetzten die Grenzlinie zwischen den Stadthälften vollständig mit einer dichten Postenkette. Stacheldraht wurde lose in Rollen ausgelegt, um ein unerlaubtes Passieren zu erschweren. An vielen Stellen der Stadt, etwa im Bereich zwischen Potsdamer Platz und Brandenburger Tor, zogen Polizisten und Angehörige der Kampfgruppen die ersten Zäune.

Die eingesetzten Einheiten waren im Vorhinein auch nach propagandistischen Aspekten ausgewählt worden. Weder die Nationale Volksarmee (NVA) noch die sowjetische Armee sollten in Erscheinung treten, um der Grenzsperrung nicht den Anstrich einer Polizeiaktion zu geben. Das war sie letztlich sogar, denn der Mauerbau richtete sich gegen die eigene Bevölkerung und gegen das Ansinnen von Teilen der Bevölkerung, sich der von der SED errichteten Ordnung zu entziehen. Der Einsatz von Kampfgruppen, in denen normale Männer neben ihrer Arbeit Dienst leisteten, sollte den Eindruck erwecken, am 13. August schütze sich das Volk gegen westliche Aggressoren und deren Unterstützer im eigenen Land. Noch im Verlauf des ersten Tages mussten die eingesetzten Polizei- und Kampfgruppeneinheiten aufgrund „der Aktivität des Gegners“, womit die einsetzende Fluchtbewegung und spontane Proteste gemeint sind, um mehrere hundert Mann aufgestockt werden.

Währenddessen besetzte die 5. Grenzbrigade den westlichen Außenring. Ihre Einheiten hatten ihn innerhalb von einer halben Stunde nach Alarmierung vollständig abzuriegeln. In derselben Frist sollten elf Übergangsstellen geschlossen werden, die durch bauliche Sperren innerhalb von drei Stunden unpassierbar zu machen waren. Am Außenring waren schon seit 1952 Grenzsperrern errichtet worden, über deren Dichte und Zustand wenig bekannt ist. Seit Januar 1961 waren sie mit Stacheldrahtsperrern ausgebaut worden. Innerhalb von acht Tagen sollte die Grenze mit Drahtsperrern in mehreren Reihen versehen werden.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Aufreißen der Straße an der Ebertstraße nahe dem Brandenburger Tor, 13. August 1961.

Schon in der Nacht begann die Auftrennung des Verkehrsnetzes. Die Gleise der von West-Berlin in das Umland führenden Strecken der S-Bahn und der Vorortbahnen wurden gesperrt und in den folgenden Tagen entweder aufgerissen oder anders unpassierbar gemacht. Das Nahverkehrsnetz Berlins aus U- und S-Bahn wurde in ein westliches und ein östliches Teilnetz zerschnitten. Aufgrund einer Feier bei der Ost-Berliner

BVG – hier zeigten sich die Nachteile der Geheimhaltung – gelang die Umstellung der Netze jedoch nicht pünktlich, sondern wurde erst um 6.00 Uhr morgens beendet. Zu diesem Zeitpunkt warteten auf einigen Bahnhöfen bereits viele Leute auf ihre Züge. Einige Fahrgäste kritisierten die Maßnahmen. Die Ost-Berliner Transportpolizei wurde eingesetzt, um die Proteste auf den Bahnhöfen zu unterbinden. Agitatoren der SED verteilten Flugblätter mit dem Beschluss des Ministerrats.

Auch der Fernverkehr der Reichsbahn wurde getrennt. Reisezüge aus dem Westen hielten ab dem 13. August nur noch auf dem Bahnsteig A am Bahnhof Friedrichstraße. Die S-Bahnen von und nach West-Berlin hielten künftig auf dem Bahnsteig B und die nach Ost-Berlin auf dem Bahnsteig C. Zwischen den Bereichen des Westverkehrs und dem Verkehr innerhalb der DDR wurde eine Kontrollstelle eingerichtet. Jeder direkte Personenreiseverkehr zwischen der DDR und West-Berlin wurde eingestellt und die Schienen unterbrochen.

In West-Berlin wurde erst nach und nach deutlich, was in der Nacht begonnen hatte. Ab 2.00 Uhr morgens liefen im West-Berliner Polizeipräsidium die ersten Berichte aus verschiedenen Polizeirevieren ein: Aus dem Osten kommende S-Bahn-Züge würden an verschiedenen Bahnhöfen an der Grenze zu West-Berlin angehalten und auf Ost-Berliner Gebiet zurückfahren. Die Fahrgäste müssten aussteigen und erhielten ihr Geld zurück. Gleichzeitig trafen Berichte über erhebliche Truppenbewegungen von geschlossenen Polizeiverbänden, Nationaler Volksarmee und sowjetischen Truppen ein. Ein Anrufer meldete, der Pariser Platz am Brandenburger Tor sei von der Volkspolizei abgeriegelt worden. Gegen 2.30 Uhr

wird die West-Berliner Polizei in Alarmzustand versetzt und eine verstärkte Sicherung der Grenze veranlasst. Kurze Zeit später melden die alarmierten Polizisten von einigen Grenzübergängen, dass diese gesperrt und mit provisorischen Stacheldrahtverhauen versehen seien und dass die Straßenbeläge aufgerissen würden. Um halb vier Uhr morgens meldeten die ersten Rundfunksender die Abriegelung der Grenze.

EINE GENERALMOBILMACHUNG DER DDR

Die Maßnahmen direkt an der Grenze wurden begleitet von zahlreichen anderen Aktionen, für die die SED ihren Parteiapparat und in großem Ausmaß Polizei- und Militärverbände mobilisierte. Es war für die Parteiführung und die militärischen Planer nicht absehbar gewesen, ob die Westmächte einerseits und die Bevölkerung Berlins und der DDR andererseits die Grenzschießung hinnehmen würden. Was die Westmächte anbelangte, war man sich nach der Fernsehrede Kennedys zwar ziemlich sicher, dass diese nicht mit militärischer Gewalt reagieren würden, solange ihre Rechte in West-Berlin unbeschädigt blieben – aber sicher war man sich nicht. Und auch über die Duldsamkeit der Bevölkerung Berlins und der DDR konnte man nur spekulieren. Ulbricht hatte zwar Chruschtschow versichert, dass es nicht zu einem Aufstand kommen werde, aber lokale Unruhen und einzelne Proteste hatte er nicht ausschließen können.

Um auf jede Eventualität vorbereitet zu sein, waren unter dem Vorwand von Manövern große Militärverbände in den Raum Berlin verlegt worden. Einheiten der NVA, die mit schweren Waffen und Panzern ausgerüstet waren, bezogen hinter der Sperrkette aus Polizei und Kampfgruppen und in einiger Entfernung von der Grenze Stellungen als zweite Sicherungsstaffel. Andere Einheiten umstellten West-Berlin. Die 1. Motorisierte Schützendivision aus Potsdam nahm Stellungen um West-Berlin herum ein und die 8. Motorisierte Schützendivision aus Schwerin rückte in Ost-Berlin ein. Die im Sommer verstärkten Einheiten der sowjetischen Armee waren in ihren Kasernen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden, wurden jedoch nicht in Marsch gesetzt. Sie wurden – erstmals mit Atomwaffen ausgerüstet – für den Fall in Reserve gehalten, dass die in West-Berlin stationierten Einheiten der Westmächte in den Konflikt eingriffen oder dass die Bevölkerung in Ost-Berlin sich gegen die Absperrung auflehnen würde und die Sicherheitsorgane der DDR damit nicht fertig würden. Weitere Verbände der sowjetischen Armee und der Armeen des Warschauer Vertrages wurden an der Grenze zu Westdeutschland, in

deren Hinterland, um Berlin herum und in Polen und der Tschechoslowakei in grenznahen Gebieten bereitgestellt. Die Grenzbrigaden an der innerdeutschen Grenze waren in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt und angewiesen worden, ihre Kontrollmaßnahmen zu intensivieren.

Das an dieser Stelle vorge-sehene Bild ist aus Kosten-gründen lediglich in der Print-fassung der Publikation ent-halten.

Aufmarschkarte der Nationalen Volks-armee der DDR für den 13. August 1961.

Für ganz Ost-Berlin galt erhöhte Alarmbereitschaft. Das Präsidium der Volkspolizei hatte verstärkte Streifen-tätigkeit angeordnet. Am östlichen Außenring zwischen Ost-Berlin und der DDR waren Einheiten der 5. Grenzbrigade eingesetzt, die angewiesen waren, intensive Kontrollen und Streifen vorzunehmen. In der Geschwister-Scholl-Straße und in Köpenick wurden jeweils drei Kompanien Bereitschaftspolizei stationiert, um, wie der Kommandeur der Brigade Berlin, Oberstleutnant Wahner, später formulierte, „in Verbindung mit den gebildeten Reserven örtliche Provokationen wirkungsvoll zu bekämpfen“.¹ Für die Bezirkseinsatzleitung Berlin und auch für die nicht an der

Mauer eingesetzten Kampfgruppeneinheiten hatte Ulbricht als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats Alarmstufe I angeordnet. Aus denjenigen Einheiten, die nicht an der Grenze eingesetzt waren, sollten Reserven der Kampfgruppen gebildet und kaserniert bereitgehalten werden.

Alarmstufe I galt ab den frühen Morgenstunden für alle Bezirkseinsatzleitungen der DDR. In den Kreisen Bernau, Oranienburg, Nauen, Potsdam, Zossen und Königswusterhausen wurde Alarmstufe II mit der Maßgabe, volle Gefechtsbereitschaft bei den Kampfgruppen herzustellen, ausgelöst. Auch die Polizei wurde in allen Bezirken der DDR in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. In den Bezirken Potsdam und Frankfurt galt die Weisung, Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Personen am Überschreiten der Grenze nach West-Berlin zu hindern.

Seit Mitternacht war auch der Parteiapparat der SED mobilisiert worden. Dieser sei, wie ein Bericht vom 20. August hervorhob, bereits um 3.00 Uhr einsatzfähig gewesen. Er hatte die Aufgabe, der Bevölkerung die Grenzschießung zu erklären und schmackhaft zu machen. Schon am frühen Morgen organisierten die Büros der Kreis- und Grundorganisationen republikweit Versammlungen in Betrieben und Wohnhäusern. Diese hatten zum Ziel, die Empörung der Bevölkerung einzudämmen. Die SED-Führung ging von der Annahme aus, dass eine taktisch kluge Informationspolitik, die die Bevölkerung im Vorfeld über die Legitimation und die Sinnhaftigkeit der Grenzschießung belehrte, die Zweifel an der guten Organisation der „Maßnahmen“ und die Wut der Bürger zerstreuen dürfte. Untermuert wurde diese Argumentation durch den Hinweis auf eine Stellungnahme der Bundesregierung am 13. August, die ausdrücklich betonte, „nichts zu unternehmen, was die Lage nur erschweren, aber nicht verbessern kann“.² Die leitenden Parteifunktionäre waren von der Effizienz ihres Apparats überzeugt: „Die Partei wurde faktisch unter den Massen politisch wirksam, bevor der Feind überhaupt gewahr wurde, was geschehen war, und hatte die Lage fest in der Hand.“ Selbstgefällig schrieb die Abteilung für Parteiorgane des Zentralkomitees der SED (ZK) an Honecker, es habe sich gezeigt, dass „die Bezirksleitungen in wenigen Stunden den Partei- und Staatsapparat“ hätten mobilisieren können.³

VOM STACHELDRAHT ZUR MAUER: DIE ERSTEN ZEHN TAGE

Am 14. August beriet das Politbüro der SED über die aus seiner Sicht erfolgreiche Aktion. Stabschef Erich Honecker berichtete über deren Verlauf. Es wurde eine Reihe weiterer Maßnahmen verabschiedet, deren erster Teil Berlin betraf. Auf Vorschlag Honeckers ließ die SED-Führung den Grenzübergang am Brandenburger Tor schließen, weil es dort am Vortag zu Protesten gekommen war und weitere erwartet wurden. Durch eine Bekanntmachung des Innenministeriums der DDR sollte es untersagt werden, sich der Grenze von West-Berlin aus weniger als hundert Meter zu nähern. Das MfS empfahl, dies durch Ost-Berliner Polizei durchsetzen zu lassen, etwa durch den Einsatz von Wasserwerfern. Schließlich beschloss das Politbüro, da weder die Westmächte noch die Bevölkerung sich gegen die Aktion gewehrt hatten, die zunächst provisorisch gesperrten Grenzübergänge in Berlin dauerhaft mit Sperranlagen zu befestigen.

Eine zweite Gruppe von Maßnahmen betraf den Verkehr und die Kommunikation zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Telefonverbindungen aus der DDR und Ost-Berlin nach Westdeutschland und West-Berlin waren bereits in der Nacht unterbrochen worden. Darüber hinaus sollte der Postverkehr stärker überwacht werden. Die Einreise von West-Berliner Autos in die DDR und nach Ost-Berlin sollte genehmigungspflichtig werden. Reisen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik und nach West-Berlin sollten vorerst überhaupt nicht mehr genehmigt, die Antragsteller jedoch registriert werden. Die bisher gültigen Dauergenehmigungen wurden außer Kraft gesetzt. Schließlich wurde, was die fortbestehende Unsicherheit hinsichtlich der Reaktionen der Bevölkerung der DDR zeigt, der Verkehr zwischen der DDR und Ost-Berlin eingeschränkt.

Eine dritte Gruppe von Maßnahmen zielte auf die Aufrechterhaltung der Ordnung in der restlichen DDR und auf die Normalisierung der Situation. So wurden beispielsweise durch das Handelsministerium Vorkehrungen für die Versorgung und gegen Hamsterkäufe getroffen. Bewohner der Randgebiete Berlins sollten für eine Übergangszeit West-Mark im Verhältnis von eins zu eins in Ost-Mark umtauschen können. Durch Anweisung an die größeren Betriebe sollte die Eingliederung der etwa 60.000 Grenzgänger in die Produktion organisiert werden. Die Parteiorganisationen wurden dazu angehalten, die Propaganda in den Grenzkreisen zu intensivieren.

Unterdessen gingen die Pionierarbeiten insbesondere am Außenring weiter. Mit zusätzlichen Kräften wurde dort an Zäunen und Gräben gearbeitet. Die Kommandeure der Grenzbereitschaften wurden angewiesen, alle verfügbaren Mannschaften dafür einzusetzen. Die erste Reihe der Zaunsperrren sollte bis zum 15. August um 8.00 Uhr fertiggestellt sein. Am 18. und 19. August begannen die eingesetzten Kräfte bereits mit der dritten und vorerst letzten Zaunreihe. Für den 14. August wurde mit einer Fluchtwelle und mit Protesten gerechnet. Der Kommandeur der 5. Grenzbrigade, Oberstleutnant Frömming, formulierte die Befürchtungen folgendermaßen: „Der Gegner wird vermutlich in den nächsten Stunden versuchen an der Grenze oder im grenznahen Hinterland Provokationen der verschiedensten Ausmaße hervorzurufen. Er wird vor allem die Lage in den frühen Morgenstunden zu den Hauptverkehrszeiten ausnutzen. [...] Grenzverletzer sind in beiden Richtungen zu erwarten. Hauptrichtung DDR – WB.“⁴ Die Einheiten wurden angewiesen, keine „Republikfluchten“ zuzulassen und die Pionierarbeiten ständig mit Posten

abzusichern. Um Fluchtversuche durch eine größere Postendichte besser verhindern zu können, wurden der Grenzpolizei am 16. August je zwei Hundertschaften der Kampfgruppen unterstellt, die weit ins Hinterland gestaffelt eingesetzt wurden.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Errichtung erster Mauern am 15. August 1961.

Am 15. August stellte das Politbüro befriedigt fest: „Die Maßnahmen zur vorläufigen Sicherung der Grenzen nach West-Berlin sind im wesentlichen durchgeführt. Es ist erforderlich, schon jetzt einen Plan für den weiteren Ausbau der Grenze in der zweiten Etappe auszuarbeiten.“ Verantwortlich dafür wurden Honecker sowie die Minister Maron und Hoffmann. Noch am selben Tag änderte sich die Situation an der innerstädtischen Sektorengrenze, als Polizisten und Bauarbeiter begannen, die Stacheldraht-Hindernisse durch Mauern zu ersetzen. Eine der ersten Stellen, an der das geschah, befand sich in der Bernauer Straße. Am 18. August ersetzten Pioniereinheiten den Stacheldraht am „vorübergehend“ geschlossenen Brandenburger Tor durch eine mannshohe Betonmauer.

Die immer wieder zusammenlaufenden Menschenansammlungen am Brandenburger Tor und am Potsdamer Platz wurden von der Bereitschaftspolizei durch Wasserwerfer und „mit gefällttem Bajonett“ aufgelöst bzw. zurückgedrängt.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Polizisten mit gefällttem Bajonett, nahe Potsdamer Platz, 13. August 1961.

In den folgenden Tagen begann sich die Absperrung der Grenze und damit die Teilung Berlins zu verfestigen. In Neukölln und an der Bernauer Straße im Norden der Innenstadt gab es Gebäude, die unmittelbar an der Sektorengrenze lagen und deren Türen und Fenster direkt in den Westen führten. Aus diesen Häusern flohen in den ersten Tagen aufgrund der günstigen Situation besonders viele Menschen. Dort ließ die SED-Führung am 19. August die ersten Türen zunageln und die Fenster zumauern. Dies war bereits im Vorhinein so geplant worden. Als Chruschtschow und Ulbricht am 1. August einige Details der Absperrung besprachen, hatte Chruschtschow auf das Problem hingewiesen, dass es Straßen gebe, „deren eine Seite sich in der DDR befindet und die andere in West-Berlin“. Ulbricht antwortete: „Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die einen Ausgang nach West-Berlin haben, werden wir diesen Ausgang zumauern. An den anderen Orten werden wir Sperren aus Stacheldraht errichten. Der Draht ist schon herangeschafft worden. Das alles kann man sehr schnell machen.“⁵ Die Volkspolizei nahm die ersten Zwangsräumungen von Wohnungen vor, in denen politisch „unzuverlässige“ Menschen wohnten.

Da die Fluchtbewegung nicht so schnell abnahm, wie die SED-Führung dies erwartet hatte, befahl Generalmajor Seifert, Kommandeur der Volkspolizei, am 20. August für alle Einheiten der Polizei in Berlin erhöhte

Einsatzbereitschaft, um weitere Fluchtbewegungen zu verhindern. Das Ost-Berliner Präsidium erließ am selben Tag eine vorläufige Instruktion zur Grenzsicherung, in der die Grenzbewachung auf Dauer organisiert wurde. Darin wurde den Polizisten eingeschärft, sie hätten alle Personen, die die Grenze „auf ungesetzlichem Wege bzw. ohne gültige Dokumente überschritten haben, oder den Versuch dazu unternehmen, festzunehmen.“⁶

Es sind außerdem die ersten, noch etwas unbeholfen wirkenden Versuche festzustellen, den eingesetzten Einheiten die Flüchtlinge als Feindbild zu konturieren. Diese Herangehensweise war vor dem 13. August in den Grenzeinheiten nicht üblich gewesen, da der Westen noch vorwiegend als klar definiertes Feindbild diente. Das änderte sich nun. Oberstleutnant Frömming schärfte seinen Untergebenen ein: „Der Gegner unternimmt in den letzten Tagen große Anstrengungen, um die getroffenen Sicherungsmaßnahmen unserer Regierung an der Staatsgrenze Berlin unwirksam zu machen. Er versucht mit allen Mitteln, das durch uns geschaffene Grenzsicherungssystem aufzuklären und wendet dabei die verschiedensten Methoden an, um es zu durchbrechen. [...] Grenzverletzer sind Agenten, Spione, Personen, die unsere Republik verraten wollen und andere verbrecherische Elemente. Sie werden durch noch vorhandene feindliche Elemente im eigenen Grenzgebiet unterstützt.“⁷

In seiner Sitzung am 22. August beschloss das Politbüro den Übergang von der ersten zur zweiten Etappe des Mauerbaus. Diese wurde durch eine große Zahl von Einzelmaßnahmen eingeleitet. Beispielsweise wurden die an der innerstädtischen Sektorengrenze eingesetzten Volkspolizisten zu einer Grenzbrigade zusammengefasst, die dauerhaft für die Überwachung dieser Grenze zuständig werden sollte. Es ist ein gewisser Respekt gegenüber den Rechten der Alliierten zu erkennen, weshalb diese Brigade vorerst nicht dem Verteidigungsminister, sondern dem Innenminister unterstellt wurde. Die zur Verstärkung dieser Brigade an die Grenze beorderten Einheiten und die Kampfgruppen, die Ulbricht und Honecker am 23. August mit einem „Kampfappell“ feierlich verabschiedeten, wurden seitdem nach und nach abgezogen. Schließlich erließ das Politbüro eine Anordnung, nach der Jugendlichen unter 25 Jahren, also die Bevölkerungsgruppe, die vor dem 13. August am häufigsten geflohen war, künftig überhaupt keine Genehmigungen für Reisen nach Westdeutschland und West-Berlin mehr ausgestellt werden sollten.

Auf dieser Sitzung beschloss das Politbüro auch, dass Reisende ab dem 23. August, je nachdem, welche Ausweise sie besäßen, verschiedene Grenzübergänge nach Ost-Berlin zu benutzen hätten. Ausländer wurden nur noch an der Friedrichstraße, am Checkpoint Charlie, abgefertigt, Westdeutsche an den Übergängen Bornholmer Straße und Heinrich-Heine-Straße, West-Berliner an den Übergängen Invalidenstraße, Chausseestraße, Oberbaumbrücke und Sonnenallee. Damit war die Zahl der Übergänge noch einmal von dreizehn auf sieben verringert worden.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Mit einem „Kampfpfeil“ entlassen Ulbricht und Honecker die Kampfgruppen, 23. August 1961.

Vor der Schließung der Grenze konnten West-Berliner ohne besondere Genehmigung nach Ost-Berlin. Nur für die DDR benötigten sie eine Aufenthaltsgenehmigung und für die Transitstrecken nach Westdeutschland gab es die auch später noch üblichen Einlegevisa. Ab dem 23. August 1961 galt für West-Berliner auch eine Genehmigungspflicht für Aufenthalte in Ost-Berlin. Passierscheine waren im Voraus entweder von den Reisenden selbst oder von Ost-Berliner Verwandten zu beantragen. Begründet wurde die Maßnahme damit, dass zahlreiche Fluchtversuche geglückt seien, weil DDR-Bürger mit West-Berliner, westdeutschen oder anderen Westausweisen ausgestattet waren. Die SED-Führung ließ am 26. August auf den zwei West-Berliner Bahnhöfen Zoo und Westkreuz, die unter der Verwaltung der Reichsbahn standen, Passierscheinstellen einrichten, wo die Genehmigungen zu beantragen waren. Die drei west-

lichen Stadtkommandanten wiesen jedoch die West-Berliner Polizei an, diese Stellen zu schließen. Sie wollten nicht, dass Ost-Berliner Funktionäre in West-Berlin hoheitliche Handlungen vollzogen. Deshalb konnten West-Berliner bis 1971/72 – außer zu den Besuchen zu bestimmten Feiertagen, die durch die Passierscheinabkommen ermöglicht wurden – nicht mehr nach Ost-Berlin. Um den Kontakt mit Freunden und Verwandten in der Osthälfte der Stadt aufrechtzuerhalten, blieb nur der Briefverkehr und gelegentliches Winken an der Sektorengrenze, falls das nicht auch von der Volkspolizei unterbunden wurde, denn jede Form des Kontakts über die Mauer hinweg war seit dem 28. August auf ausdrücklichen Befehl des Ost-Berliner Polizeipräsidenten hin zu unterbinden.

Ende August endete die heiße Phase des Mauerbaus. Die Komitees gegen den Menschenhandel wurden aufgelöst. Die Mitglieder der Kampfgruppen wurden mit Zulagen und Prämien belohnt. Am 30. August hob Ulbricht die Alarmstufe I für die bewaffneten Kräfte der DDR auf. In der heißen Phase der Grenzschießung hatte es weder örtliche Unruhen noch Kriegshandlungen der Westmächte gegeben. Ulbricht hielt neue Unruhen und eine bewaffnete Reaktion des Westens zu diesem Zeitpunkt offenbar für unwahrscheinlich.

VERÄNDERUNG DER FLUCHTBEWEGUNG

Das Ziel der SED-Führung, die Fluchtbewegung einzudämmen, hatte sie mit dem Mauerbau im Wesentlichen erreicht. Bis zum 13. August 1961 hatten ostdeutsche Stellen bereits fast 190.000 Flüchtlinge gezählt. Allerdings erfolgte der Rückgang der Flüchtlingszahlen nicht so schnell, wie es das Politbüro erwartet hatte. Nach Ansicht des MfS war die Grenzbeobachtung noch nicht effizient genug: „Bedingt durch die Sicherungsmaßnahmen vom 13.8.61 läßt die Republikflucht seit diesem Zeitpunkt eine sehr stark rückläufige Tendenz erkennen (Monatsdurchschnitt vor dem 13.8. = 25.000, nach dem 13.8. = 2.080), doch ist die Zahl der flüchtigen Personen immer noch beträchtlich. So wurden nach den Angaben der HVDVP⁸ in der Zeit vom 13.8.-21.12.61 insgesamt noch 9.389 (vor dem 13.8.61 189.427) Republikflüchtige registriert.“⁹

Nach diesem Bericht verließen 1961 im August noch 2.300, im September 3.370, im Oktober 1.541, im November 1.271 und im Dezember 907 Menschen die DDR. Davon seien 1.921 Personen mittels „Grenzdurchbrüchen“, also durch Überwindung der Sperranlagen, in den Westen

gelangt. Etwa drei Viertel der Flüchtlinge waren wiederum jünger als 25 Jahre. Bis zum 28. Februar 1962 verließen nach Informationen für den Nationalen Verteidigungsrat der DDR etwa 11.800 Personen illegal das Land, wobei im September mit 3.370 Flüchtlingen ein Höchststand erreicht wurde. Nach diesen Informationen war es noch zu früh, den Erfolg der Grenzsperrung zu feiern, da der im Winter verzeichnete Rückgang eher auf das kalte Wetter als auf die Grenzsperrungen zurückzuführen sei. Die Unsicherheit der Sicherheitsorgane war auch deshalb groß, weil sie bei etwa drei Vierteln der Flüchtlinge nicht wussten, wie diese in den Westen gelangt waren – sie waren einfach verschwunden. Die Fluchtbewegung blieb so groß, dass das Politbüro im September Honecker beauftragte, die Situation möglichst schnell unter Kontrolle zu bringen. Das Innenministerium plante daraufhin, entlang der ganzen innerstädtischen Grenze durchgehend eine zwei Meter hohe Mauer zu errichten.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

West-Berliner winken über die Mauer, Bernauer Straße, August 1961.

Die SED-Führung hatte die Wirkung der Grenzsperrung auf die Bevölkerung der DDR unterschätzt. Zahlreiche Familien und Freundschaften waren getrennt worden. Darüber hinaus waren viele DDR-Bürger von ihren Arbeitsplätzen, Universitäten und Schulen räumlich getrennt worden, wodurch ihre Lebensplanung zerstört worden war. Außerdem entschlossen sich viele Bürger aufgrund der zunehmenden Repressionen in der DDR und der intensiven Anwerbeversuche für das ostdeutsche Militär oder die Polizei zur Flucht.

Wegen der intensiven Bewachung der Grenze und ihrem Ausbau mit Sperrelementen wurde die Flucht zunehmend riskanter. Dabei kamen immer wieder Menschen zu Tode bzw. zogen sich erhebliche Verletzungen zu. Bereits am 22. August kam eine Frau auf der Flucht, als sie versuchte aus einem der Grenzhäuser in den Westen zu springen, ums Leben. Am 24. August 1961 wurde Günter Litfin das erste Opfer tödlicher Schüsse, als er in der Nähe des heutigen Hauptbahnhofs versuchte, nach West-Berlin zu schwimmen. Zudem wurden immer mehr Menschen bei einem Fluchtversuch oder wegen des Verdachts auf Vorbereitung einer Republikflucht verhaftet. Schon zwischen dem 13. August und Silvester 1961 wurden 3.430 entweder fluchtverdächtige oder direkt bei der Flucht gestellte Personen verhaftet, wobei über 80 Prozent der Festnahmen in Grenznähe erfolgten.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Aus diesem Grenzhaus seilte sich eine Familie ab, August 1961.

Außerdem wurden, sehr zum Ärger des MfS, die Fluchtversuche zunehmend spektakulärer. Insgesamt 26 Menschen schwammen allein am 13. August durch den Teltowkanal in den Westen. Es handelte sich, wie der Propagandachef der SED, Albert Norden, westdeutschen Kommunisten im Dezember verleumderisch erklärte, entweder um von der Springerpresse organisierte Aktionen, um Opfer der „RIAS-Hetze“ oder um Leute, die „die Nerven verloren hatten“:

„Es ist doch klar, daß auch bei uns noch Menschen den Rias hören. [...] Es gibt Leute, die sich irreführen lassen, und es gibt auch bei uns ehemalige SS-Leute.“¹⁰

Die Reaktionen im Westen auf die Republikflucht und die weltweite mediale Wirkung der Fluchtversuche wurden vom MfS aufmerksam registriert. Denn man ging davon aus, dass erfolgreiche, aber insbesondere spektakuläre und deshalb medienwirksame Fluchten von der Propaganda des Westens gegen die DDR benutzt würden. Deshalb ordnete der MfS-General Bruno Beater im Dezember 1961 an, spektakuläre Fluchtversuche auf jeden Fall zu unterbinden.

Schließlich flüchteten immer mehr Volkspolizisten und andere an der Grenze eingesetzte Männer. Einer der ersten war Conrad Schumann, der am 15. August an der Bernauer Straße über den Stacheldraht sprang. Sein Bild ging um die Welt. Die in der Innenstadt eingesetzte Brigade verlor bis zum 28. August 31 Männer durch einen ähnlichen Sprung. Im September und Oktober 1961 desertierten von den beiden Berliner Brigaden wiederum 259 Polizisten in den Westen. Nach Informationen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen flüchteten innerhalb eines Jahres seit dem 13. August 1961 etwa eintausend Polizisten, Angehörige der Kampfgruppen und Grenzpolizisten. Im Raum Eisenach ging eine Woche nach der Abriegelung bereits das Gerücht um, in Berlin würden nur noch Offiziere die Grenze bewachen, weil alle Mannschaften in West-Berlin seien.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Eine Gruppe von Flüchtlingen überwindet die Grenzbefestigung zwischen Pankow (Ost-Berlin) und Reinickendorf (West-Berlin), 1961. Nach Auskunft des Fotografen wurde die Gruppe im Westen erwartet; die anwesenden DDR-Grenzsoldaten griffen nicht ein.

Die Fluchtbewegung innerhalb der Grenzsicherungskräfte basierte maßgeblich auf dem Umstand, dass viele unter ihnen, insbesondere die Berliner, den Mauerbau ablehnten. Außerdem hatten viele unter ihnen eine ablehnende Haltung gegenüber dem Schießbefehl und entschlossen sich zur Lösung ihres inneren Konflikts zum Seitenwechsel. Deshalb mussten in den ersten Wochen nach der Abriegelung immer wieder

einzelne Polizisten und manchmal ganze Einheiten von der Mauer abgezogen werden, weil sie als unzuverlässig galten oder nicht bereit waren, auf Flüchtlinge zu schießen. Auch die zum Bau der Mauer eingesetzten Bauarbeiter flohen so zahlreich, dass im Oktober der Befehl erging, dass die Grenzpolizisten selbst die Bauarbeiten direkt an der Grenze zu erledigen hätten, um weitere Fluchten zu verhindern.

STABILISIERUNG DES GRENZREGIMES BIS JAHRESENDE

Aufgerüttelt durch die Berichte von MfS und Innenministerium ließen die Bemühungen um den zunehmenden Ausbau der Grenzanlagen nicht nach. Ende September wurden die auf die Mauer zuführenden Straßen, die für Fluchten mittels Kraftfahrzeugen geeignet erschienen, erneut aufgerissen und es wurden quer über die Fahrbahn Betonplatten ausgelegt, um damit Autos zu stoppen. Gleichzeitig stellten die Grenzbewacher Sichtblenden auf, um das Ende August zwischen Freunden und Verwandten üblich gewordene Winken zu unterbinden. Dieses war der SED-Führung peinlich und sie befürchtete außerdem, dass damit Fluchtversuche vorbereitet werden könnten.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Vermauerte Häuser in der Bernauer Straße, Ende 1961.

Eine weitere Reaktion auf die nicht abbrechende Fluchtbewegung war die Räumung der Gebäude, die direkt an der Grenze standen. Diese Grenzhäuser hatten sich seit dem 13. August zu einem Zentrum der Fluchtbewegung entwickelt. Nicht nur ein Teil der Bewohner nutzte dort die Chance zur Flucht. Häufig versuchten Flüchtlinge, sich unter verschiedenen Vorwänden in die an ihren Hintereingängen von Volkspolizisten bewachten Häuser hineinzumogeln. Gerade in den ersten Wochen gelang ihnen dies recht häufig: Als Schornsteinfeger verkleidet, unter dem Vorwand, eine alte Frau pflegen zu müssen,

die an ihr Bett gefesselt war, oder einfach in einem unbewachten Moment gelangten sie in die Häuser. Sie brachen bereits geräumte Wohnungen auf, durchstießen die Vermauerungen der Fenster und sprangen in die

Sprungtücher der West-Berliner Feuerwehr. Um dies endgültig zu unterbinden, befahl die SED-Führung, diese Häuser vollständig zu räumen. Allein in der Bernauer Straße mussten in mehreren Wellen der Zwangsräumung über 2.000 Menschen ihre Häuser verlassen.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Mauer und Sichtblende an den Grenzsperrern, Bernauer Straße, 1962.

Zu den überirdischen kamen unterirdische Grenzsperranlagen. In den ersten Monaten nach dem Mauerbau, besonders nachdem die Sperranlagen den ersten Ausbau erfahren hatten, waren Menschen auf die Idee gekommen, durch die unterirdische Kanalisation in den Westen zu flüchten. Das Berliner Abwassersystem war die einzige städtische Infrastruktur, die 1961 noch nicht geteilt war, weil sie nicht geteilt werden konnte. Die Volkspolizei hatte nach dem 13. August die begehbaren Kanäle, die die Grenze unterquerten, mit Draht und Eisenstangen gesperrt. Da diese Vergitterungen immer wieder zerstört wurden, übernahm das MfS diese Aufgabe. Dessen Mitarbeiter entwickelten einen Gittertyp, der aus Rohren bestand, die einen beweglichen Stahlkern besaßen, der sich beim Versuch, die Stäbe zu durchtrennen, mit der Säge bewegte und sich nicht durchschneiden ließ. Bis Mitte November waren alle zur „Personenschleusung“ tauglichen Wasserkanäle gesperrt worden. Außerdem wurden in den Ost-Berlin unterquerenden U- und S-Bahn-Strecken Sperrern eingebaut.

In Reaktion auf die Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie im Oktober 1961 forderte Ulbricht von Moskau, zusätzliche Sperrern errichten zu dürfen, die nach seiner Darstellung schon lange geplant waren. Er wollte Panzersperrern unter anderem am Brandenburger Tor, „damit der Gegner nicht in Versuchung kommt [...] eine politische Demonstration durchzuführen.“¹¹ Außerdem hatte Ulbricht befohlen, nicht nur die Grenzübergänge an der Friedrichstraße zusätzlich zu sichern, kurz nachdem dort amerikanische Panzer aufgefahren waren: „Genosse Mielke ist anzuweisen, daß innerhalb von 3 Tagen ein Schlagbaum aus Stahl für die ganze Breite der Friedrichstraße fertiggestellt wird. Für den Zeitpunkt der Errichtung des Schlagbaumes erfolgt besondere Anweisung.“¹² Nachdem diese Maßnahmen in Moskau genehmigt worden waren, gab Ulbricht im November 1961 den Befehl. In der Nacht vom 3. auf den 4. Dezember 1961 wurden die Sperrern am Brandenburger Tor und an den Grenzübergängen in Berlin erheblich ausgebaut und Panzersperrern errichtet. Am 8. Dezember stellte das MfS außerdem an den verbliebenen sieben Grenzübergängen Schlagbäume auf.

- 1| Osl. Wahner: *Auskunftsbericht über die 1. Mot. Brigade*, 28.08.1961; BA-MA, VA-07/16868, Blatt 277-279, Zitat Blatt 279.
- 2| *Erklärung von Bundeskanzler Adenauer*, 13.08.1961, zitiert nach Rühle, Jürgen / Holzweißig, Gunter: *13. August 1961. Die Mauer von Berlin*. – Köln: Edition Deutschland Archiv, 1981. – S. 96.
- 3| *Abt. Parteiorgane an Honecker: Einschätzung der Partei- und Massenarbeit sowie der Lage in der Republik*, 20.08.1961; BA/SAPMO, DY 30/IV 2/5/190, Blatt 9-33, Zitat Blatt 10.
- 4| *Anordnung 007/61 des Kommandeurs der 5. Grenzbrigade*, 13.08.1961, 22.00 Uhr; BA-MA, Pt 14234, Blatt 13-14.
- 5| *Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht*, 01.08.1961, zitiert nach Wettig, Gerhard u.a. (Hrsg.): *Chruschtschows Westpolitik 1955-1964. Kumulation der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962)*. – Band 3. – München: Oldenbourg, 2011. – Dok. 15. – (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 88).
- 6| *PdVP Berlin, Stab: Vorläufige Instruktion über die Sicherung der Staatsgrenze in Berlin*, 20.08.1961; BA-MA, VA-07/8447, Blatt 44-51.
- 7| *Befehl 004/61 des Kommandeurs der 5. GB über die Sicherung der Grenze*, 22.08.1961; BA-MA, Pt 7202, Blatt 14-18.
- 8| *HVDVP = Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei*.
- 9| *Bericht des MfS über die Entwicklung der Republikflucht, unfirmiert, an Mielke, Beater, Harnisch*, 12.02.1962; BStU, ZAIG 545, S. 1-2.
- 10| *Rede Albert Norden*, 30.12.1961; BA/SAPMO, NY 4217/52, Blatt 203.
- 11| *Brief Ulbrichts an Matern, Moskau*, 29.10.1961; BA/SAPMO, DY 30/3291, Blatt 71.
- 12| *Fernschreiben Ulbrichts an Matern, Moskau*, 27.10.1961; BA/SAPMO, DY 30/3291, Blatt 70.

DIE REAKTIONEN IN BERLIN UND IN DER DDR

Die erste Reaktion auf die Abriegelung der Grenze in beiden Stadthälften Berlins und in der DDR bestand in Fassungslosigkeit, Zorn und Angst. Im Osten waren diese Emotionen bei einigen wenigen mit Triumphgefühlen vermischt. In den ersten Tagen versammelten sich immer wieder Berliner beiderseits der Grenze, um das Unfassbare, das man aus den Medien erfahren hatte, selbst in Augenschein zu nehmen. Aus diesen zumeist in stummem Unglauben verharrenden Menschentrauben heraus waren immer wieder Unmutsbekundungen zu vernehmen, gelegentlich formte sich auch lautstarker Protest. Im Osten versuchten Parteiagitatoren, die Ansammlungen zu beschwichtigen. Wenn dies nicht gelang, räumte die Volkspolizei die Straße, woraufhin sich die nächste Ansammlung bildete.

DEMONSTRATIONEN UND PROTEST IN OST-BERLIN UND DER DDR

Weder der nächtliche Aufmarsch bewaffneter Männer noch die Schließung der Grenze stieß bei der Bevölkerung Ost-Berlins mehrheitlich auf Zustimmung. Die SED wurde in den folgenden Monaten und Jahren jedoch nicht müde, das Gegenteil zu behaupten. Ein Kampfgruppenmann beschreibt die Reaktionen der Bürger, die nachts im Stadtbezirk Mitte die Abriegelung an der Grenze zu Kreuzberg beobachteten: „Zahlreiche Anwohner hatten sich in dieser Nacht auf der

Straße angesammelt. Die meisten von ihnen zeigten sich uns und dem Geschehen nicht freundlich gesonnen.“¹

Dies war typisch für die Situation in Berlin am 13. August und in den folgenden Tagen. Schon am frühen Morgen versammelten sich am Grenzübergang Wollankstraße etwa fünf- bis sechshundert Bürger, die gegen die Grenzschießung protestierten. Weitere Proteste formierten sich am Vormittag im Stadtbezirk Prenzlauer Berg. Im Verlauf des Tages bildeten sich, vor allem in der Ost-Berliner Innenstadt, in Grenznähe mehrfach spontane Demonstrationen. Am Vormittag löste die Volkspolizei eine Ansammlung von etwa fünfhundert protestierenden Menschen an der Eberswalder Straße auf. Dennoch protestierten dort bis in den Nachmittag hinein auf beiden Seiten der Grenze weiterhin großen Menschenmengen. Am Nachmittag musste die West-Berliner Polizei eingreifen, um auf Anweisung der französischen Stadtkommandantur eine Eskalation zu verhindern.

Auch an der Brunnenstraße gab es frühmorgens und mittags spontane Proteste, die durch einen Einsatz der Volkspolizei beendet wurden. Über Mittag mussten die Polizeieinheiten auf der Ost-Berliner Seite der Grenze verstärkt werden. Die Einsatzleiter befürchteten, dass sich die Menschen auf beiden Seiten der Grenzübergänge zu gemeinsamen Demonstrationen vereinigen könnten, die dann nicht mehr von der Polizei beherrscht werden und vielleicht ein Eingreifen der West-Berliner Polizei oder der Besatzungstruppen provozieren könnten. Es gelang der Volkspolizei, die meisten protestierenden Gruppen auf der östlichen Seite aufzulösen, auch wenn sie sich immer wieder neu formierten. Mehrfach wurde Tränengas und vereinzelt wurden Wasserwerfer eingesetzt. Menschen, die zu Streiks aufriefen oder die die Bekanntmachungen des Ministerrats abrisen, wurden verhaftet. Die spontanen Proteste setzten sich in der Innenstadt auch bis in die Abendstunden fort. Wie die internen Berichte der SED hervorhoben, waren es wiederum, wie bei der Fluchtbewegung, vor allem junge Leute, von denen diese Proteste ausgingen.

Weitere Proteste formierten sich vor allem in den Vormittagsstunden an den Bahnhöfen, an denen am Vortag noch eine Verbindung nach West-Berlin bestanden hatte. An den Bahnhöfen Bornholmer Straße, Schönhauser Allee und Französische Straße waren Agitatoren der SED und der Volkspolizei mit erheblicher Kritik und wiederkehrenden Protesten konfrontiert.

Auch in den folgenden Tagen setzten sich in Ost-Berlin die Proteste und Demonstrationen fort. Es liefen immer wieder Menschen auf beiden Seiten der Grenze zusammen und gaben ihrem Unmut lautstark Ausdruck. Am 15. August mittags demonstrierten beispielsweise am Arkonaplatz nahe der Grenze ein- bis zweitausend Menschen gegen die Abriegelung. Diese unorganisierten Demonstrationen wurden in Ost-Berlin mit Nebelkörpern, Wasserwerfern und Polizeieinsätzen auseinandergetrieben.

Als am 14. August, einem Montag, in den Betrieben die Arbeit wieder begann, kam es zu vereinzelt Streikaufrufen. Seit 7.10 Uhr morgens erhielt Honecker die ersten Berichte über die Reaktionen aus den Betrieben. Im Berliner VEB Betonwerk wollten einige Arbeiter über eine Resolution gegen die Sperrmaßnahmen abstimmen lassen. Das wurde jedoch von loyalen Funktionären verhindert. Solche Aufrufe sind nicht nur aus Berlin bekannt geworden. Überall im Land forderten einzelne Mitarbeiter ihre Arbeitskollektive zum Streik auf, so etwa in einer LPG bei Halberstadt. Teilweise kursierten in der DDR Gerüchte, dass in Berlin gestreikt würde. Mehrere kleinere Arbeitsniederlegungen sind von der SED-internen Berichterstattung aktenkundig geworden. So traten etwa vierzig Arbeiter des VEB Holzindustrie Hennigsdorf bei Oranienburg in den Ausstand. Sie kritisierten, vor den Maßnahmen nicht gefragt worden zu sein und forderten deren Rücknahme. Außerdem verlangten sie, dass das Streikrecht im Arbeitsgesetzbuch verankert werde.

In den meisten Betrieben lief die Arbeit jedoch normal an, wie die SED-Führung beruhigt feststellte. Aber es hatte sich – auch wenn Arbeiter und Angestellte in Erinnerung an den 17. Juni 1953 keine lautstarken Proteste wagten – die Atmosphäre geändert. In einem Köpenicker Betrieb seien die Genossen der SED, wie ein interner Bericht hervorhebt, mit „eisigem Schweigen“ empfangen worden. Solche Reaktionen wurden auch aus anderen Betrieben gemeldet. Es würde kein Protest laut und die von der SED in Betriebsversammlungen eingeforderten Zustimmungserklärungen zum Mauerbau würden ohne Protest oder Diskussion unterschrieben. Es gebe aber, so viele Berichte, eine heimliche Sympathie mit den „Provokateuren“. Auch aus anderen Betrieben wurde noch nach einigen Wochen gemeldet, dass SED-Angehörige von ihren Kollegen nicht mehr begrüßt, dass sie gemieden und Gespräche bei ihrer Annäherung abgebrochen würden.

An vielen Orten der DDR tauchten antikommunistische Losungen an den Wänden auf: „Heute rot – morgen tot“, „SED – nee“, „Nieder mit der SED“, „Kommunisten raus“ oder „erst freie Wahlen – weg mit den Panzern aus Berlin“.²

In einigen Berichten wird hervorgehoben, dass vor allem junge Leute in Versammlungen offen gegen die Maßnahmen in Berlin Position ergriffen. Diese „provokatorische“ oder „feindliche“ Haltung bei dem Teil der Bevölkerung, in den die SED ihre größten Hoffnungen setzte, alarmierte den Parteiapparat.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Flucht einer Familie aus einem vermauerten Haus an der Sektorengrenze, 13. September 1961.

Entgegen den propagandistischen Bemühungen der SED war in der Bevölkerung der DDR die Ansicht verbreitet, dass sich die Grenzschießung weder gegen eine Invasion aus dem Westen noch gegen eine gezielte Abwerbung richtete. Dagegen kursierte die Auffassung, dass die SED der Republikflucht einen Riegel habe schieben wollen. Auch wenn bei einigen Häme und Schadenfreude gegenüber den Grenzgängern festzustellen war, so war man sich doch im Allgemeinen darüber bewusst, dass der Mauerbau die eigenen Chancen und Freiheiten beeinträchtigen und die Spaltung zwischen den beiden Teilen Deutschlands vertiefen würde. Im Vordergrund stand die Befürchtung, dass die DDR-Regie-

rung die neue Situation zu einer Intensivierung der politischen Repression und der wirtschaftlichen Produktivität nutzen würde.

DIE AMBIVALENZ DER INTELEKTUELLEN ELITE

Die alte bildungsbürgerliche Elite, vor allem die noch in der Weimarer Zeit ausgebildete Intelligenz, stand den Maßnahmen, wie zu erwarten gewesen war, reserviert gegenüber. Besonders Ingenieure und Ärzte, die zu denjenigen gehört hatten, die bei den Flüchtlingen überrepräsentiert gewesen waren, wurden in einem internen Bericht von der SED bezichtigt, „provokatorisch gegen unsere Maßnahmen“ aufzutreten.³

An den Universitäten zeigte sich häufig eine doppelte Reaktion: Einerseits organisierten die Leitungen der Institute und Fakultäten gemeinsam mit SED-Funktionären Versammlungen, um die von der SED verlangten ostentativen Zustimmungserklärungen zur Grenzschießung zu erhalten. Andererseits bildeten sich unter den Wissenschaftlern Gruppen, die teils offen gegen diese Erklärungen auftraten, teils sich um die geforderte Zustimmung herumzudrücken versuchten. Unter denjenigen, die offen gegen die Grenzschießung protestierten, waren einige, die sich bereits im Juni 1953 und während des Aufstands in Ungarn kritisch gegen die Politik der SED geäußert hatten. Nach Einschätzung der SED waren solche Wissenschaftler an den Universitäten allerdings in der Minderheit.

An der Berliner Humboldt-Universität wurde in einigen Fakultäten in von der SED einberufenen Versammlungen zur Verwunderung der anwesenden Genossen die Meinung vertreten, die Maßnahmen des 13. August richteten sich vornehmlich gegen die Bürger der DDR und würden eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeuten. Sie seien zur Verhinderung der Republikflucht erdacht und basierten nicht auf den Wünschen der Bevölkerung, wie von der Regierung immer hervorgehoben wurde, sondern auf den Bedürfnissen der Partei. Die SED stellte eine zunehmende Distanz zu ihrer Partei fest. Es wurde festgehalten, dass parteilose Kollegen es vermeiden, mit und in Gegenwart von SED-Genossen politische Gespräche zu führen und Genossen sich zunehmend weigerten, Parteiaufträge zu übernehmen. Des Weiteren bemerkte man, dass einige Kollegen nicht zur Arbeit erschienen und man vermutete, dass sie republikflüchtig geworden seien. Bei anderen ging man sogar davon aus, dass sie eine Protestnote in den Westen lancierten.⁴

An der Technischen Hochschule Dresden dagegen hatte noch in der Nacht zum 13. August die Parteileitung die Initiative an sich gerissen und es gelang ihr, die Meinungsäußerungen zur Zufriedenheit der Partei konform und äußerst zustimmend zu halten. Mehrere Professoren gaben freiwillig und schnell Erklärungen ab, dass sie die Maßnahmen vollständig unterstützten und künftig zur Erfüllung der wissenschaftlichen Aufgaben noch mehr und besser arbeiten würden. In einigen Resolutionen ließen sich allenfalls kleine Vorbehalte feststellen und in den Diskussionen gab es vereinzelt Hinweise, man solle das Argument des Menschenhandels nicht überstrapazieren, da viele Menschen freiwillig und aus anderen Gründen als von der SED behauptet in den Westen gegangen wären. Einige Wissenschaftler weigerten sich anfangs die Zustimmungserklä-

rungen zu unterzeichnen, da dort immer von einer Zustimmung zum Beschluss der Volkskammer die Rede war. Die Verweigerer argumentierten, dass es sich dabei um eine Blankovollmacht handele und man nicht wissen könne, welche Maßnahmen auf dieser Grundlage noch eingeleitet werden würden.

Auch bei den Künstlern zeigte sich eine ambivalente Haltung. Einige, wie Ernst Bloch und Peter Palitzsch, nutzten einen zeitweiligen Westaufenthalt, um nicht mehr in die DDR zurückzukehren. Andere, wie Stephan Hermlin, ergingen sich in Zweideutigkeiten und versuchten, das Geschehen herunterzuspielen. Sie argumentierten, dass Berlin bereits seit 1949 geteilt gewesen sei. Wieder andere, darunter auch Helene Weigel, Elisabeth Hauptmann, Hanns Eisler und Paul Dessau, verdammt jene, die sich ihrer Meinung nach auf die Seite der Reaktion geschlagen hatten und trugen auf diese Weise zur Unterstützung der Machthaber in der DDR bei.

EIN GEWISSES UNWOHLSEIN SELBST IM PARTEIAPPARAT

Selbst innerhalb der SED folgten nicht alle Genossen ohne Widerspruch den ideologischen Vorgaben der Propaganda. Ein interner Bericht formuliert das Unbehagen einiger Genossen, die gefragt hätten: „Warum mußten wir Panzer einsetzen?“ Auch wenn der Protest innerhalb der Partei schwach und ohne öffentlichen Ausdruck blieb, musste dieser Bericht einräumen: „Einzelne Parteimitglieder lehnten die weitere Mitarbeit in den Kampfgruppen ab.“ Dieses Problem schien weitere Kreise innerhalb der Partei zu betreffen: „Ein größerer Teil Parteimitglieder erkennt noch nicht die Gefahr, die für Bürger unserer Republik bei Besuchen in Westdeutschland gegeben ist und begreift nicht die Notwendigkeit, auf Westreisen zu verzichten.“⁵ Einige Funktionäre hatten es anlässlich der Massenmobilisierung am 13. August ohnehin vorgezogen, in Urlaub zu gehen oder nicht auf dem ihnen zugewiesenen Posten zu erscheinen.

Dies war zwar nicht die Regel, aber die SED hatte in der Folge des Mauerbaus Parteiaustritte und Funktionsniederlegungen zu verzeichnen. Der Bürgermeister von Falkensee beispielsweise weigerte sich zunächst, für den Kreistag zu kandidieren. Als er von der Kreiskontrollkommission der SED vorgeladen wurde, ging er konsequenterweise am 21. August ebenfalls in den Westen. Einzelne SED-Mitglieder beteiligten sich sogar

an Demonstrationen gegen die Grenzschießung, verfassten Aufrufe dagegen und riefen zum Streik auf. Vor allem das Verbot, in den Westen zu reisen und mit Menschen aus dem Westen Kontakt zu haben, war vielen Parteimitgliedern unverständlich und wurde von ihnen als unzulässiger Eingriff in ihr Privatleben interpretiert. Ein Parteisekretär sagte, solange seine Westverwandschaft ihn nicht mehr besuchen dürfe, würde er in der Partei nicht mehr mitarbeiten.

Vor allem in den Grenzkreisen, in denen die Bevölkerung stärker mit ökonomischen Problemen zu kämpfen hatte und in denen die Zwangsaussiedlungen die SED zusätzlich Sympathien gekostet hatten, standen die SED-Mitglieder den Maßnahmen der Regierung deutlich reservierter gegenüber. In einigen Orten wurde ein Drittel der Genossen als „schwankend“ eingestuft.

- 1/ *Erinnerungen von Walter Vogt, Funktionär der Kunstlergewerkschaft der DDR; BA/SAPMO, SGY 30/1820, Blatt 47.*
- 2/ *Einschätzung der Partei- und Massenarbeit, 20.08.1961; BA/SAPMO, DY 30/IV 2/5/190, Blatt 19.*
- 3/ *Ebd., Blatt 11-12.*
- 4/ *SBZ-Archiv 11 (1962) 3, S. 39.*
- 5/ *Einschätzung der Partei- und Massenarbeit, 20.08.1961; BA/SAPMO, DY 30/IV 2/5/190, Blatt 11.*

DIE REAKTIONEN DES WESTENS

Im August 1961 ließ Chruschtschow die Deutschen die sowjetische Macht spüren. Die Bundesrepublik befand sich im Wahlkampf. Konrad Adenauer, der amtierende Kanzler, kandidierte für die CDU/CSU und Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, war Kanzlerkandidat für die SPD. Beide wurden von den Ereignissen in Berlin überrascht. Schockiert über die Teilung der Stadt stellten sich viele die bange Frage: Bedeuten die Ereignisse in Berlin die endgültige Teilung Deutschlands und sind alle Hoffnungen auf eine deutsche Wiedervereinigung zur Illusion geworden? Auf diese Empfindungen und die diffuse Verunsicherung der Bevölkerung reagierten die Medien und die Politik sofort. Der unglaubliche Vorgang, eine europäische Metropole mit Stacheldraht zu teilen, war medial ein Weltereignis und die Fernsehkameras hielten die Ereignisse fest.

DIE BUNDESREGIERUNG UND DIE FRAGE DER TEILUNG

Auffällig ist zunächst einmal, dass in den Erklärungen führender deutscher Politiker nach dem 13. August keine Rede von der Aufgabe des Ziels der nationalen Einheit war – das galt selbst für Ulbricht. Der Systemgegensatz in Deutschland ging weiter, nachdem die Sowjetunion demonstriert hatte, dass sie an ihrer DDR festhielt. Nicht zuletzt die Fluchtbewegung aus dem SED-Staat war ein Beleg dafür, dass die deutsche Frage offen blieb, obwohl niemand wusste, wann und wie sie gelöst werden könnte. Es zeichnete sich allerdings

ab, dass die von der Bundesregierung entwickelte Strategie, die Wiederherstellung der deutschen Einheit von den vier Siegermächten zu verlangen, nicht mehr funktionieren würde.

Noch am 13. August erinnerte Bundeskanzler Adenauer an die eigentliche Ursache für diesen Gewaltakt: „Diese Maßnahme ist getroffen worden, weil das der mitteldeutschen Bevölkerung von einer auswärtigen Macht aufgezwungene Regime der inneren Schwierigkeiten in seinem Machtbereich nicht mehr Herr wurde.“ Diese Machtdemonstration ändere aber nichts an dem Verfassungsauftrag der Bundesrepublik, die deutsche Einheit mit friedlichen Mitteln herbeizuführen. „Mit den Deutschen in der Sowjetzone und in Ost-Berlin fühlen wir uns nach wie vor aufs engste verbunden; sie sind und bleiben unsere deutschen Brüder und Schwestern. Die Bundesregierung hält an dem Ziel der deutschen Einheit in Freiheit unverrückbar fest.“ Die Erklärung war ein Versprechen vor allem gegenüber der Bevölkerung der DDR und stellte schon am 13. August klar, dass die deutsche Frage gerade wegen diesem Gewaltakt weiter offen blieb. Adenauer beharrte auf dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, forderte aber in der gleichen Erklärung, „in Ruhe der Herausforderung des Ostens zu begegnen“.¹

Eine Berlin-Politik außerhalb des westlichen Bündnisses kam für die Bundesrepublik gar nicht in Betracht. Die Lebensfähigkeit von West-Berlin hing an den Rechten, die Frankreich, Großbritannien und den USA als Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zustanden. Sie und nicht die Bundesrepublik garantierten die Freiheit der West-Berliner, weshalb die Bundesregierung von den Reaktionen in den westlichen Hauptstädten abhängig war.

DIE GELASSENHEIT DER WESTMÄCHTE

Mit der Formulierung von der zu bewahrenden Ruhe hatte Adenauer die Haltung getroffen, die die westlichen Regierungen einnahmen. Die erste Reaktion der drei Westalliierten bestand im Abwarten, gefolgt von Konsultationen zwischen ihren Regierungen. Die drei für die Amerikaner essentiellen Punkte waren am 13. August nicht berührt worden: Weder die Präsenz der alliierten Truppen in West-Berlin noch der freie Zugang zur Stadt durch und über das Gebiet der DDR, noch die Lebensfähigkeit der Stadt waren angegriffen worden. Formal waren sie nicht berührt, da die DDR-Verbände die Sektorengrenze nicht überschritten hatten. Die

Präsenz der NVA in Ost-Berlin hatten die Westmächte schon seit längerem stillschweigend hingenommen. Viele Politiker nahmen die Grenzschließung billigend zur Kenntnis, der amerikanische Außenminister Dean Rusk etwa war geradezu erleichtert beim Eintreffen der Nachricht. Und Kennedy soll gesagt haben: „Es ist keine sehr schöne Lösung, aber eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.“² Immerhin war der Konfliktherd Berlin entschärft worden und die latente Kriegsgefahr schien gebannt, obwohl Chruschtschows Ultimatum vom Juni noch bestand.

Da in Washington entschieden worden war, dass die amerikanische Antwort auf die Grenzschließung in der Hauptstadt formuliert werden würde, blieben in Bonn und Berlin die bereits entworfenen Protestnoten des Botschafters und des Stadtkommandanten in den Schubladen. Erst am 15. August richteten die drei alliierten Stadtkommandanten in West-Berlin eine Protestnote an den Kommandanten der sowjetischen Garnison in Ost-Berlin: „In der Nacht vom 12. zum 13. August haben die ostdeutschen Behörden illegitime Maßnahmen in Kraft gesetzt, die die Grenze zwischen den Westsektoren Berlins und dem sowjetischen Sektor in eine despotische Sperre gegen die Bewegungsfreiheit der deutschen Bürger, die in Ost-Berlin und Ostdeutschland wohnen, verwandeln sollen. [...] Es ist offensichtlich, daß die ostdeutschen Behörden zu diesen Unterdrückungsmaßnahmen gegriffen haben, weil die unter ihrer Herrschaft lebenden Menschen, die über die letzten Drohungen der kommunistischen Führer gegen Berlin aufs tiefste bestürzt waren, in großer Zahl nach dem Westen flohen. Wir müssen gegen die illegitimen Maßnahmen, die am 13. August getroffen wurden, protestieren, und machen Sie für die Einhaltung der betreffenden Abkommen verantwortlich.“³

Es folgten kritische Noten der amerikanischen und anderer westlicher Regierungen. Diese Reaktionen blieben folgenlos und trafen nicht die Erwartungen und die Ängste der Mehrheit der westdeutschen und der West-Berliner Bevölkerung. Brandt gab dieser Stimmung politischen Ausdruck, als er vor dem Deutschen Bundestag wortmächtig die Verdrängung der Westmächte aus ihrer Verantwortung für Berlin als Zäsur für die deutsche Politik interpretierte: „Für die westlichen Schutzmächte bedeutet der vergangene Sonntag, dass sie aus jenen Viermächtevereinbarungen heraus gedrängt worden sind, die sich auf Berlin als Ganzes beziehen. Die Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten und das, was die Zonenregierung darauf gestützt verkündet hat, bedeutet in Wirklichkeit

auch, dass den Westmächten die Mitverantwortung für Deutschland als Ganzes streitig gemacht wird, und zwar noch vor dem vielerörterten separaten Friedensvertrag.“ Brandt äußerte ironische Zufriedenheit, dass die Westmächte „im Ernst“ am 17. August in Moskau protestiert und die Rücknahme der Maßnahmen verlangt hatten. Dieser Protest deckte sich mit der Meinung des West-Berliner Senats und der Bevölkerung der ganzen Stadt. Die Schuld an der eingetretenen Verschärfung der internationalen Lage trage die Regierung der Sowjetunion, „die nicht davon ablassen will, das aus Brutalität und Unfähigkeit zusammengesetzte Ulbricht-Regime zu stützen.“⁴

Allerdings standen den Westmächten tatsächlich wenig Handlungsalternativen zur Verfügung. Je weiter sie sich verbal vorgewagt hätten, desto eher hätten sie auch Taten folgen lassen müssen – und das hätte möglicherweise Krieg bedeutet. Die Zukunft West-Berlins hing entscheidend von der Reaktion Kennedys ab, der diese Tatsache gleichermaßen wahrnahm. Er ließ sich am 14. August über die Lage in Berlin informieren. Seine Reaktion soll gelassen gewesen sein, weil er nicht erwartete, dass die Russen sich West-Berlin einverleiben würden. Entsprechend fiel seine Reaktion aus: „Wir werden jetzt nichts tun, weil es keine Alternative gibt außer Krieg.“⁵

Die Gelassenheit der Politiker in den westlichen Hauptstädten wurde von den Vertretern der Westmächte in Berlin nicht geteilt. Insbesondere die Amerikaner waren alarmiert und sandten am 16. und 17. August entsprechende Depeschen nach Washington. Diese ließen die Politiker in Washington hellhörig werden und wenigstens symbolische Maßnahmen ergreifen. Kennedy ließ die amerikanische Garnison in West-Berlin um etwa 1.500 Mann verstärken, die wie in einem Triumphzug durch Berlin führen und begeistert begrüßt wurden. Vizepräsident Lyndon B. Johnson reiste an, um den Berlinern die fortbestehende amerikanische Unterstützung zu versichern. Als seinen persönlichen Vertreter in Berlin entsandte Kennedy den früheren Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone und Erfinder der Luftbrücke, General Lucius D. Clay.

Damit begann die intensive propagandistische Ausnutzung der Berliner Grenzschließung durch die Amerikaner. Denn die Mauer war der medial zu verwertende Beweis, dass das kommunistische Deutschland Zwang ausüben muss, um seine Bürger im Land zu halten. Johnson betonte dementsprechend in seiner Rede, dass sich die Amerikaner für die

Lebensfähigkeit dieser Stadt verbürgt hätten. Die „Schranke aus Stacheldraht“ habe „menschliche Bande zerrissen“ und die im Osten würden „einen Sieg für sich in Anspruch [nehmen] und haben ihre Niederlage bewiesen. Die Kommunisten haben sich zu früh beglückwünscht.“⁶ Die sowjetische Seite fürchtete die Wirkungsmacht dieser weltweit verbreiteten Darstellung mit ihrer Dualität von Freiheit und Gewalt.

DRAMATISCHE SZENEN IN WEST-BERLIN

Willy Brandt kehrte noch in der Nacht zum 13. August von einer Wahlkampfreise nach Berlin zurück. Er ließ sich sogleich an die Sektorengrenze fahren. Nachdem seine Befürchtungen durch den Augenschein bestätigt worden waren, fuhr er mit seinem Stellvertreter Franz Amrehm und dem Chef der Senatskanzlei, Heinrich Albertz, zur Alliierten Kommandantur. Die dort versammelten drei Stadtkommandanten schienen ratlos zu sein, als Brandt sie zu entschiedenen Aktionen aufforderte. Brandt machte deutlich, dass er die Beseitigung der bisher nur provisorischen Sperren erwarte. Die Stadtkommandanten gaben ihm zu verstehen, dass sie nichts tun würden, bis sie nicht Anweisungen ihrer Vorgesetzten erhalten hätten. Heinrich Albertz kommentierte die Situation später mit den Worten: „Das war gar keine Besprechung – das war ein Sich-Hilflos-Gegenübersitzen.“⁷

Es war diese Hilflosigkeit, die die Menschen im eingeschlossenen West-Berlin aufbrachte. Die West-Berliner beunruhigte vor allem die Hinnahme der Grenzsperrungen durch die Westmächte; sie löste in der Stadt einen zweiten Schock aus. Angst vor der eigenen Zukunft und eine Vertrauenskrise in die Bündnisgarantien der Vereinigten Staaten waren verbreitet. Mussten nun die Möbelwagen bestellt werden, um diese verlassene Stadt zu verlassen? Die *Bild*-Zeitung fasste die beunruhigte Stimmung in einer Schlagzeile zusammen: „Der Osten handelt – was tut der Westen? Der Westen tut Nichts!“ Plakativ unterstrichen weitere Überschriften diese Aussage: „US-Präsident Kennedy schweigt ... Macmillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Brandt“.⁸

So polemisch die Vorwürfe angesichts der angespannten Situation auch waren, sie trafen die Befürchtungen der West-Berliner. Gegen Mittag des 13. August gab es vereinzelt Demonstrationen am Brandenburger Tor und an der Bernauer Straße. Nachmittags marschierten etwa 3.000 Demonstranten zum Brandenburger Tor. Einige von ihnen wurden mit den

dort arbeitenden Volkspolizisten und Kampfgruppen handgemein. Die Volkspolizei setzte Wasserwerfer, Tränengas und Knüppel ein. Die West-Berliner Polizei drängte sie von der Grenze zurück. Am 14. August demonstrierten einige tausend West-Berliner vor dem Schöneberger Rathaus. In einigen Betrieben riefen Gewerkschaftsfunktionäre zu Streiks auf.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Großkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus gegen den Bau der Mauer am 16. August 1961.

Die Proteste kulminierten in einer Protestversammlung vor dem Schöneberger Rathaus. Dort versammelten sich am 16. August auf den Aufruf des Senats und des DGB hin über 200.000 West-Berliner, um gegen die Grenzschließung zu protestieren. In einem Bericht hob die Berliner Außenstelle des Auswärtigen Amts hervor, dass die Demonstranten vom Ausbleiben durchgreifender Maßnahmen seitens der Westmächte enttäuscht seien und dies auf zahlreichen Transparenten zum Ausdruck brächten. Diese richteten sich in der Mehrzahl nicht gegen die DDR-Regierung, sondern gegen Adenauer und die Westalliierten.

Der Regierende Bürgermeister nahm diese Stimmung in der Stadt auf, ohne sie weiter anzuheizen. In gewisser Weise wiederholte sich das Szenario von 1948. Willy Brandt trat in die Fußstapfen von Ernst Reuter und wurde wie dieser zum politischen Sprecher der Stadt. Brandt wandelte mit seiner Rede die ohnmächtige Empörung der West-Berliner über die gewaltsame Teilung ihrer Stadt zu einer entschlossenen Haltung der Selbstbehauptung um. Er erinnerte daran, dass „unsere Mitbürger im Sektor und in der Zone“ die schwerste Last trügen, die man ihnen in diesen Tagen nicht abnehmen könne, „und das ist heute das Bitterste für uns! Wir können sie ihnen nur mittragen helfen, indem wir ihnen zeigen,

daß wir uns der Stunde gewachsen zeigen! Sie fragen, ob wir sie jetzt abschreiben. Darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals! Sie fragen uns, ob wir sie jetzt verraten werden, und auch darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals!“

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, bei seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg am 16. August 1961.

Brandt formulierte die Wut der West-Berliner, ohne ihr neue Nahrung zu geben und forderte Gegenmaßnahmen: „Berlin erwartet mehr als Worte, Berlin erwartet politische Aktionen.“ Anders als in seinem Gespräch mit den Stadtkommandanten formulierte er jedoch nicht, wie solche Aktionen aussehen könnten. Unter dem Eindruck erhöhter Vorsicht und Zurückhaltung forderte er nicht mehr die sofortige Beseitigung der Sperranlagen. Schließlich wendete er sich an die Funktionäre in der DDR und an diejenigen, die an der entstehenden Mauer eingesetzt waren, und forderte sie auf: „Laßt euch nicht zu Lumpen machen! Zeigt menschliches Verhalten, wo immer es möglich ist, und vor allem, schießt nicht auf eure eigenen Landsleute!“⁹

Seine Einwände gegen das Verhalten der Westmächte und seine Forderungen formulierte Brandt auch in einem Brief an Kennedy. Dieser antwortete postwendend, er sei nicht bereit, einen Krieg zu beginnen, um die Mauer zu beseitigen – und dass Brandt dies auch nicht wünschen könne. Die Wut der West-Berliner, durch einen Teil der Presse noch weiter entfacht, suchte sich derweilen erreichbare Ziele. Es wurden nicht nur die Büros der SED in West-Berlin gestürmt und zerstört, es kam auch zu Übergriffen gegen Reichsbahner. Um diese Aggressionen zu kanalisieren, riefen Brandt und der DGB dazu auf, die S-Bahn, die in der ganzen Stadt von der Ost-Berliner Reichsbahn betrieben wurde, zu boykottieren. Auch hierbei wurden S-Bahn-Züge zertrümmert und Fahrgäste, die sich nicht an dem Boykott beteiligten, tätlich angegriffen. Die Mauer jedoch blieb.

PANZERKONFRONTATION AM CHECKPOINT CHARLIE

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Demonstration von Gewerkschaftlern auf dem Hardenbergplatz in Berlin am 17. August 1961. Sie rufen zum Boykott der unter DDR-Verwaltung stehenden S-Bahn auf.

Als sich die Lage schon weitgehend wieder beruhigt hatte und die Krise des Mauerbaus bereits überstanden schien, entwickelte sich im Oktober 1961 am Checkpoint Charlie ihr martialischer Höhepunkt. Zwei Tage standen sich im Oktober 1961 amerikanische und sowjetische Panzer gefechtsbereit gegenüber. Hintergrund dieser militärischen Konfrontation war der Versuch der SED, die Angehörigen der westlichen Militärverwaltung in West-Berlin dazu zu zwingen, sich beim Betreten von Ost-Berlin gegenüber der Grenzpolizei der DDR auszuweisen. Es war jedoch

Bestandteil der Siegerrechte und des Vier-Mächte-Status von Berlin, dass sich die Angehörigen der westlichen Streitkräfte und ihre Diplomaten von Deutschen unkontrolliert in der Stadt bewegen konnten. Im Konfliktfall war die sowjetische Kommandantur in Ost-Berlin ihr Ansprechpartner und nicht die Volkspolizei der DDR.

An diesem Zustand hatte sich durch den Mauerbau eigentlich nichts geändert. Die SED-Führung hatte jedoch auch in dieser Frage in Moskau Ansprüche geltend gemacht. Ulbricht hatte Anfang Oktober gefordert, dass die Sicherheitsorgane der DDR nun den Zugang zu ihrer Hauptstadt zu kontrollieren hätten. Die Kontrollbestimmungen sollten auch für die Amerikaner und die anderen Siegermächte gelten. Er hatte mit der Souveränität der DDR argumentiert, die durch die USA verletzt würde, wenn sich ihre Vertreter in Ost-Berlin frei bewegen könnten. Diese Verletzung, so Ulbrichts Begründung, ließe die eigene Bevölkerung an der Durchsetzungsfähigkeit der SED zweifeln. Dieser Aspekt war ihm wichtig, weil er gerade diesen Durchsetzungswillen mit dem Mauerbau dokumentiert zu haben glaubte. Chruschtschow dagegen hatte sich in dieser Frage noch nicht endgültig festgelegt, aber die SED-Führung zur Zurückhaltung aufgefordert, damit die im Oktober sich anbahnenden Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Amerikanern nicht gestört würden.

Entgegen der sowjetischen Weisung zur Zurückhaltung begann die Volkspolizei ab dem 15. Oktober am Checkpoint Charlie, die Ausweise von westlichen Diplomaten und Offizieren in Zivil zu kontrollieren. Die Briten zeigten ihre Ausweise von sich aus den Volkspolizisten, ohne sie diesen allerdings einzuhandigen. Amerikaner und Franzosen dagegen ließen sich allenfalls von sowjetischem Militär kontrollieren, keinesfalls jedoch von der Volkspolizei. Am 22. Oktober kam es zum Eklat. Volkspolizisten stoppten den stellvertretenden Chef der amerikanischen Militärmission und verwehrten ihm den Zugang in den Ostsektor, als er sich weigerte, seinen Ausweis vorzuzeigen. Daraufhin setzten die Amerikaner mit einer militärischen Eskorte sein Zugangsrecht durch. Dies sicherten sie, nachdem es wieder zu Behinderungen gekommen war, zusätzlich ab, indem sie zehn Panzer auffahren ließen, die mit Räumschilden ausgerüstet waren, so dass sie im äußersten Fall die Grenzsperrren hätten beiseite räumen können.

Mit General Clay hatte Ulbricht einen Gegenspieler, der darauf bestand, dass in Berlin nicht die Regierung der DDR, sondern die Sowjets die Partner der USA und die eigentlichen Verantwortlichen waren. Die USA registrierten – auch vor dem Hintergrund der beginnenden Gespräche mit Moskau, die die Amerikaner nicht von einer Position der Schwäche führen wollten – die Einschränkung ihrer Rechte sehr genau. Maxwell Taylor, Kennedys militärischer Berater, betonte in einem Memorandum an den Präsidenten, dass die SED nun das erste Mal direkt gegen die Westmächte vorgehe und in deren Recht eingreife. Dahinter verberge sich die Absicht, die Westalliierten vor den Augen der Deutschen und der Weltöffentlichkeit zu erniedrigen, indem man ihre Schwäche vorführe. Dies könne dazu führen, das Vertrauen der West-Berliner weiter zu schwächen und die Wirkung des Besuchs von Vizepräsident Johnson aufzuheben. Taylor hielt es deshalb für angebracht, gegenüber den Sowjets und der DDR entschiedener aufzutreten.

Clay nutzte den Zwischenfall, um die Situation in Berlin zu klären. Er zielte vor dem Hintergrund des Mauerbaus und der scheinbaren Stärkung der Position der DDR darauf ab, zwei Anliegen zu realisieren. Erstens wollte er vor der internationalen Öffentlichkeit die Sowjets demonstrieren lassen, dass sie, und nicht die SED-Führung, noch immer die tonangebende Macht in Ost-Berlin waren und dass sie faktisch an den Vier-Mächte-Status gebunden waren. Zweitens versuchte er, die Sowjetunion in die Verantwortung für Berlin zurückzuzwingen; sie sollte dazu gebracht

werden, ihre Verantwortung für das Vorgehen der DDR und für Ost-Berlin sichtbar wahrzunehmen. Dies tat Clay, indem er Chruschtschow dazu zwang, dafür zu sorgen, dass die DDR die Rechte der Westalliierten uneingeschränkt respektierte. Die sowjetische Führung, so das Kalkül von Clay, würde die Dinge in Berlin nicht treiben lassen, denn sie musste das Entstehen eines militärischen Konflikts befürchten. Um sein Ziel zu erreichen, erweckte Clay den Eindruck, als riskierten die USA eine bewaffnete Auseinandersetzung, um ihr Zugangsrecht zu verteidigen.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Sowjetische Panzer am Sektorenübergang Friedrichstraße, Oktober 1961.

Chruschtschow fürchtete in der Tat den Konflikt, befahl aber dennoch Marschall Konew, ebenfalls Panzer in Stellung zu bringen. Das amerikanische Kalkül ging auf. Chruschtschow wies Konew zwar an: „Wenn die amerikanischen Maschinen beginnen, die Grenzabspernungen abzutragen, befehle ich, scharf zu schießen.“¹⁰ Nichtsdestoweniger waren Moskau und Washington beide bemüht, die Konfrontation rasch zu beenden. Die Amerikaner hatten ihr Ziel erreicht und begannen deshalb, ihre Panzer zurückzuziehen – die sowjetischen folgten, Meter um Meter, Panzer um Panzer. Die Absicht der SED, ihre Souveränität demonstrativ auszuweiten, indem sie auch den Zugang der Westalliierten nach Ost-Berlin ihrer Kontrolle unterwarf, war vorerst gescheitert.

BILATERALE VERHANDLUNGEN UND ENDE DER ZWEITEN BERLIN-KRISE

Die Westmächte reagierten auf die Grenzschießung nicht nur deswegen so verhalten, weil jede drastischere Reaktion die Gefahr eines Krieges heraufbeschworen hätte und sie mit der Mauer eine lange fortwirkende propagandistische Waffe in die Hand bekamen. Mit dem Mauerbau war auch die sowjetische Drohung, mit der DDR einen separaten Friedens-

vertrag zu schließen, weitgehend verpufft. Seit dem Gipfeltreffen zwischen Chruschtschow und Kennedy in Wien bestand zwar immer noch das zweite sowjetische Ultimatum, aber diese sowjetische Drohung begann an Wirkung zu verlieren. Die Westmächte waren vor dem 13. August darüber uneins gewesen, ob sie mit der Sowjetunion darüber verhandeln sollten. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle lehnte jegliche Verhandlung strikt ab, während die Briten sie befürworteten; letzterer Auffassung schloss sich der amerikanische Präsident an. Die Bundesregierung sah, dass sie bei solchen Verhandlungen nur verlieren konnte.

Kennedy war nach der Grenzsperrung weiterhin entschlossen, mit Moskau zu verhandeln. Er wollte sich zunächst mit seinen Bündnispartnern auf Verhandlungsziele und einen Zeitplan einigen, wobei die Bündnispartner dazu gebracht werden sollten, die amerikanische Position zu übernehmen. Diese bestand darin, auf einer Friedenskonferenz zwei separate Friedensverträge abzuschließen, wobei den westdeutschen Vorstellungen, eine Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen zu erreichen, keine Chancen mehr eingeräumt wurden. Anfang September kam es zu ersten Gesprächen zwischen Amerikanern und Sowjets. Parallel dazu liefen die militärischen Planungen für den Ernstfall weiter.

Der französische Präsident de Gaulle widersetzte sich jedoch vehement jedem Nachgeben gegenüber der Sowjetunion und nahm auch die sowjetische Drohung, sie würde einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen, um ihr die Kontrollrechte auf den Transitstrecken nach West-Berlin zu übertragen, nicht ernst. Die Bundesregierung schloss sich der französischen Haltung erleichtert an. Die Sondierungsgespräche zwischen den Außenministern Dean Rusk und Andrei A. Gromyko kamen zustande. Gegenüber Kennedy nahm Chruschtschow noch vor dem Beginn des XXII. Parteitages der KPdSU im Oktober das zweite Ultimatum zurück. Im Oktober stimmte die Sowjetunion erneuten Verhandlungen mit den Westmächten über Berlin zu. Diese Verständigung wurde auch nicht aufgekündigt, als es in Berlin zur amerikanisch-sowjetischen Panzerkonfrontation kam; im Gegenteil, sie beförderten die Deeskalation in Berlin.

Schließlich verliefen die Gespräche im Sande, weil die sowjetische Seite über die Transitwege nach West-Berlin gar nicht mehr verhandeln wollte. Durch die Abriegelung der westlichen Stadthälfte war das Fluchtproblem der SED gelöst und Chruschtschow erschien es besser, West-Berlin wei-

terhin als Druckmittel gegenüber den Westmächten in der Hand zu haben. Im Nebeneffekt wirkte dieser Druckhebel auch gegenüber der SED-Führung, mit der kein separater Friedensvertrag geschlossen wurde. Ulbricht erreichte sein Ziel einer souveränen DDR, die die Transitwege nach West-Berlin kontrolliert, nicht, und von einer „Freien Stadt Westberlin“ war in den Verhandlungen sowieso nicht mehr die Rede gewesen. Folgerichtig erklärte Chruschtschow im Januar 1962 vor dem Präsidium der KPdSU, der 13. August sei die optimale Lösung im Hinblick auf West-Berlin gewesen. Er wolle die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten fortsetzen, aber an einem Vertrag über Berlin sei die Sowjetunion nicht mehr interessiert; sie brauche West-Berlin als „Druckhebel“ gegen den Westen. Damit war die zweite Berlin-Krise beendet.

- 1| *Erklärung von Bundeskanzler Adenauer, 13.08.1961, zitiert nach Rühle, Jürgen / Holzweißig, Gunter: 13. August 1961. Die Mauer von Berlin. – Köln: Edition Deutschland Archiv, 1981. – S. 96.*
- 2| *Zitiert nach Petschull, Jürgen: Die Mauer: August 1961. Zwölf Tage zwischen Krieg und Frieden. – Hamburg: Gruner und Jahr, 1981. – S. 7.*
- 3| *Protestnote der westlichen Stadtkommandanten Berlins an den sowjetischen Kommandanten über die Maßnahmen des 13. August, Übersetzung für das Politbüro, 15.08.1961; BA/SAPMO, DY 30/3691, Blatt 61-64.*
- 4| *Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, anlässlich der Sondersitzung des Deutschen Bundestages über den Bau der Mauer, 18.08.1961. In: Auswärtiges Amt (Hrsg.): 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation. – Stuttgart: Bonn Aktuell, 1989. – S. 133–134.*
- 5| *Zitiert nach Wyden, Peter: Die Mauer war unser Schicksal. – Berlin: Rowohlt, 1995. – S. 95.*
- 6| *Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson auf der gemeinsamen Sitzung des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses, 19.08.1961. In: Rühle, Jürgen / Holzweißig, Gunter: 13. August 1961. Die Mauer von Berlin. – Köln: Edition Deutschland Archiv, 1981. – S. 104-105.*
- 7| *Beitrag von Manfred Rexin. In: Hammer, Manfred u. a. (Hrsg.): Das Mauerbuch. Texte und Bilder aus Deutschland von 1945 bis heute. – 2. Aufl. – Berlin: Oberbaumverlag, 1984. – S. 67-68.*
- 8| *Rühle, Jürgen / Holzweißig, Gunter: 13. August 1961. Die Mauer von Berlin. – Köln: Edition Deutschland Archiv, 1981. – S. 99.*
- 9| *Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, 16.08.1961, zitiert nach ebd., S. 101.*
- 10| *Falin, Valentin M.: Politische Erinnerungen. – München: Droemer Knaur, 1993. – S. 346.*

DIE STABILISIERUNG DER HERRSCHAFT DER SED IN DER DDR

Mitte September 1961 zog Ulbricht in einem Brief an Chruschtschow eine erste Bilanz des Mauerbaus und äußerte seine Zufriedenheit über die durch die Abschottung geschaffenen neuen Bedingungen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass sich die DDR binnen Kurzem wirtschaftlich und politisch konsolidieren und sich die Macht der SED festigen werde.^a Es hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon gezeigt, wie der Kurs der SED verlaufen würde. Die offene Gewalt an den Außengrenzen hatte als latente Gewaltdrohung Auswirkungen auf das Innere des Staates und seine Gesellschaft. Die Mauer war nicht nur die Bedingung für die Stabilisierung des politischen Systems, sondern sie funktionierte auch als Mittel für die weitere herrschaftliche Durchdringung der Gesellschaft. Da kaum noch jemand der SED in Richtung Westen entkommen konnte, meinte diese, auf die Befindlichkeiten und politischen Vorstellungen der Bevölkerung keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen.

SIEGESEUPHORIE UND INNENPOLITISCHES DURCHGREIFEN

Zunächst einmal ließ sich die SED die Grenzschließung von ihrem Staatsvolk bestätigen. Durch Huldigungsadressen wollte sie sich, der Bevölkerung und der Welt eine Legitimität vorspiegeln, die sie tatsächlich nicht erlangen konnte. Parteifunktionäre begannen noch am 13. August, in Haus-

und Betriebsversammlungen die Grenzschießung propagandistisch zu erläutern und verlangten von den Teilnehmern, Solidaritätsadressen zu unterschreiben, die sie an die Parteiführung sandten. Die Nachtschicht des Milchhofs Weißensee verfasste bereits in der Nacht zum 14. August eine solche Erklärung und sandte sie mit 23 Unterschriften an Ulbricht. Ihr folgten zahlreiche andere Betriebe aus allen Teilen des Landes. Dass diese zumeist nicht freiwillig, sondern unter Druck der Funktionäre entstanden und unterschrieben wurden, zeigt sich an einer Begebenheit in Magdeburg. Ein Kraftfahrer sprach sich bei einer Betriebsversammlung am 14. August gegen eine zustimmende Resolution aus. Er konnte sie zwar verhindern, wurde aber nach der Versammlung verhaftet. Diese Briefe, die für den propagandistischen Einsatz intensiv genutzt wurden, stellen ein wichtiges Moment nachträglicher Legitimierung dar.

Im Parteiapparat machte sich, insofern die Funktionäre nicht ebenfalls unter Schock standen, eine gewisse Sieges euphorie breit. Der Mauerbau wurde als Sieg über den Westen gefeiert. Ulbricht erläuterte in einer Rundfunkansprache am 18. August, dass der Bundesrepublik ein entscheidender Schlag versetzt worden sei: „Unsere Geduld wurde von den Bonner Militaristen für Schwäche angesehen. Ein peinlicher Irrtum, wie sich inzwischen erwiesen hat.“² In der offiziellen Wahrnehmung hatte die DDR in einer „Kraftprobe“ ihre Souveränität durchgesetzt und der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht, dass die Regierung der DDR die Unantastbarkeit ihres Staatsgebiets wahren könne. Das Politbüro hielt in einer Sitzung im September folgende Auslegung der Ereignisse fest: „Den Bonner Revanchisten wurde ein ernster Schlag versetzt. Die von der Bonner Regierung bis jetzt vertretene revanchistische Politik ist am 13. August gescheitert.“³

Der Machtelite der SED-Funktionäre war zudem bewusst, dass sie die Autorität der SED gegenüber der Bevölkerung nach dem Mauerbau deutlich ausbauen könne. Damit war die Drohung verbunden, die Ulbricht in seiner Ansprache offen formulierte: „Es wird nun noch eine Weile in der Hauptstadt der DDR und ihrer näheren Umgebung Leute geben, die sich durch den Westberliner Frontstadtsumpf haben beeinflussen und – sprechen wir das ganz offen aus – haben verderben lassen. [...] Ich möchte hoffen, daß jeder, den das angeht, meine Worte gut versteht. Wir sind entschlossen, bei uns mit allen Nachwirkungen des Frontstadtsumpfes reinen Tisch zu machen.“⁴ Erich Honecker sprach 1962 – etwas staatstragender – davon, „daß in Verbindung mit unseren am 13. August

durchgeführten Maßnahmen ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der DDR begonnen hat. Mit dem antifaschistischen Schutzwall – der Klage-mauer der westdeutschen Ultras – wurden weitere günstigere Bedingungen für den entfalten Ausbau des Sozialismus [...] geschaffen.“⁵ Vielen Funktionären wurde bewusst, dass sie nunmehr weniger Rücksicht auf die Bürger zu nehmen hatten.

Der Wandel der politischen Atmosphäre wurde auch in der Bevölkerung schnell registriert. Einigen war schon in den ersten Tagen nach dem Mauerbau bewusst, dass sich das innenpolitische Klima der DDR verhärtete würde. Der Philosoph Ernst Bloch, der sich zur Zeit des Mauerbaus in Westdeutschland aufhielt, kehrte deshalb nicht nach Leipzig zurück. Er schrieb an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften: „Nach den Ereignissen des 13. August, die erwarten lassen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen und der Bedrohung, die sie allein aufrechterhalten, auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschlossen, nicht nach Leipzig zurückzukehren.“⁶

Bereits durch die zahllosen Versammlungen in Betrieben, Vereinen, Grundorganisationen und Wohnbezirken und durch die den Bürgern abgeforderte ausdrückliche Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung, die ihre Freiheit einschränkten, wurde der innenpolitische Konformitätsdruck deutlich gemacht. Dazu trug bei, dass sich einige diesen Zumutungen widersetzen. Die von Einzelnen auf diesen Versammlungen vertretenen abweichenden Meinungen führten dazu, dass diese verhaftet wurden – den anderen zur Mahnung. Horst Schumann, der Erste Sekretär der Freien Deutschen Jugend (FDJ), erteilte am 13. August an die neu gegründeten Ordnungsgruppen der FDJ, eine Art Hilfspolizei, Anweisungen, wie sie mit Kritik umzugehen hätten: „Mit Provokateuren wird nicht diskutiert. Sie werden erst verdroschen und dann staatlichen Organen übergeben.“⁷ Gustav Just, ein Dissident, der erst kurz zuvor aus politischer Haft in Bautzen entlassen worden war, notiert über die militante Atmosphäre unter dem Datum des 30. August 1961 in seinem Tagebuch: „Alles sehr bedrückt wegen der Berliner Ereignisse. [...] Hetze, Druck, Schimpferei. Leute werden verprügelt. Westantennen gewaltsam demontiert. Tausende Jugendliche zur Armee mobilisiert. Jeder Liberalismus abgebaut. Harte Tage, harter Kurs, scharfe Sprache.“⁸

Eine Woche nach dem Mauerbau registrierte die Parteizentrale erste Erfolge: „Schwankende Teile der Intelligenz, Bauern und Mittelschichten sehen jetzt realer das wahre Kräfteverhältnis und beginnen, sich aktiver am sozialistischen Aufbau zu beteiligen.“⁹ Mitte September betonte Ulbricht in einem Brief an das Präsidium der KPdSU die „Stabilität der Lage“ und das „Umdenken“ in der DDR. Wörtlich heißt es: „Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, dass es nicht möglich ist, dass ein sozialistisches Land wie die DDR einen friedlichen Wettbewerb mit einem imperialistischen Land wie Westdeutschland bei offener Grenze durchführen kann.“ Das sei nur möglich, „wenn das sozialistische Welt-system in der Pro-Kopf-Produktion die kapitalistischen Länder übertroffen hat“. Menschen mit Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung im westlichen Sinn „waren jetzt gezwungen, die Fragen bis zu Ende zu denken, d.h., dass die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes die Überwindung des deutschen Imperialismus und den Sieg des Sozialismus in der DDR voraussetzt“. Die Intelligenz habe die Situation relativ schnell verstanden und „respektierte“ die Konsequenzen. Es gebe „mit ihnen weniger Schwierigkeiten als früher“.¹⁰

Wer nicht mitmachen oder sich den gewachsenen Zumutungen entziehen wollte, musste mit Repressalien rechnen. Der gestiegene Konformitätsdruck drückt sich prägnant in einer Denunziation, in der die Meinungsäußerung eines Bewohners von Berlingerode wiedergegeben wird, aus: „[A]uf Grund der Maßnahmen in Berlin müsse jetzt jeder den Mund halten. Es bestehe keine Freiheit mehr. Wenn man was sagt, wird man verhaftet.“¹¹

Die bei Funktionären und der Bevölkerung entstehende Gewissheit, dass es durch den Mauerbau unmöglich geworden war, sich diesem Druck durch Abwanderung zu entziehen, trug zur Verschärfung bei. Der Mauerbau zwang jeden Einzelnen, sich auf das tatsächlich gewandelte Machtverhältnis in der DDR einzustellen und sich mit einem Leben in der DDR dauerhaft abzufinden. Die Bevölkerung musste sich auf die Forderungen der SED einstellen und sich mit deren Zumutungen arrangieren.

POLIZEILICHE UND STRAFRECHTLICHE REPRESSION

Die SED-Führung war gewillt, die neuen Machtverhältnisse auch durch die von ihr kontrollierte Justiz durchsetzen zu lassen. Nach dem 13. August setzte eine erhebliche Repressionswelle ein. Zu unterschei-

den sind dabei drei Motive der SED: Erstens dienten mehrere Schauprozesse dazu, die Grenzschließung im Nachhinein propagandistisch zu rechtfertigen, indem RIAS-Hörer und West-Berlin-Besucher als kriminelle und asoziale Elemente präsentiert wurden. Zweitens wurde mit Repressionen auf den tatsächlichen oder auch nur von der SED eingeleiteten Protest der Bevölkerung reagiert. Drittens sollte deutlich gemacht werden, dass nunmehr andere, schärfere Regeln in der Beziehung zwischen Staat und Bürgern herrschen. Die Repression diente dabei als präventive Demonstration, um der Bevölkerung die auch im Innern der DDR geschaffene Veränderung der Macht-situation zu verdeutlichen.

Beispielhaft zeigt sich das am Vorgehen gegen Jugendliche, die vor dem Mauerbau häufiger in West-Berlin waren, den westlichen Lebensstil übernommen hatten oder unkontrollierte Freiräume für ihre Freizeit organisiert hatten. Die FDJ wurde beauftragt, sich neben jugendlichen Grenzgängern, die in West-Berlin eine Schule oder Universität besucht hatten, speziell um solche Abtrünnigen zu kümmern. FDJ-Funktionäre sollten zunächst auf diese jungen Leute zugehen. Setzten diese ihr „flegelhaftes Verhalten“, zu dem unter anderem „offen tanzen“ gehörte, jedoch fort, waren andere Saiten aufzuziehen. Waren „Grenzgänger“, „Rowdys“ und andere „hartnäckige Jugendliche“ nicht für den Sozialismus zu gewinnen, sollten sie der Volkspolizei gemeldet werden und bei fortgesetzter Renitenz in Arbeitslager eingewiesen werden.

Die verfolgten politischen Delikte nahmen nach dem 13. August sprunghaft zu. Allein bis zum 4. September 1961 wurden 3.000 Menschen wegen „staatsfeindlicher Hetze“ oder „Staatsverleumdung“ verhaftet. Zumeist handelte es sich um Äußerungsdelikte, wie zum Beispiel kritische

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Grenzsoldaten in der Wohnung eines zu Ost-Berlin gehörenden Hauses. Der Bürgersteig zu diesem Haus gehörte zu West-Berlin. Bernauer Straße, 16. Oktober 1961.

Meinungsäußerungen gegen den Mauerbau, gegen die Staatsführung und die Verhärtung der innenpolitischen Situation. Protest und unangepasstes Verhalten wurden als vom Westen gesteuert interpretiert, wodurch sie in der Wahrnehmung des Apparats besonders gefährlich waren. Hierunter fielen etwa die vereinzelt Proteste gegen den Mauerbau und die Verbreitung kritischer Ansichten, wie zum Beispiel, dass die Arbeitskraft und das Material, das für die Grenzbefestigung benötigt wurde, besser im Wohnungsbau und in der Produktion eingesetzt würden. Aber auch die aus der Kriegsangst resultierenden Hamsterkäufe sowie die aus der schlechten Stimmung resultierenden Witze über den Mauerbau und die Friedensvertragskampagne wurden geahndet. Auf keinen Fall sollte die mit dem Mauerbau eingeleitete „Festigung“ der DDR durch Kritik untergraben werden.

WERBEKAMPAGNE FÜR DEN MILITÄRDIENTST UND WEHRPFLICHTGESETZ

In besonderer Weise war die männliche Jugend der DDR vom Mauerbau betroffen. Die NVA und die kasernierten Polizeieinheiten hatten in den 1950er Jahren Schwierigkeiten gehabt, ausreichend junge Männer für den Waffendienst zu gewinnen. Besonders diejenigen mit höherer Schulbildung entzogen sich trotz zunehmenden Drucks der Rekrutierung. Dies sollte sich nun ändern. Am 17. August rief der Zentralrat der FDJ unter der Losung „Das Vaterland ruft – schützt die sozialistische Republik“ dazu auf, in die bewaffneten Organe einzutreten oder bestehende Verpflichtungen zu verlängern. Am folgenden Tag ging ein „Kampfauftrag“ an die Gliederungen der FDJ mit dem Ziel, alle männlichen Jugendlichen im Alter zwischen achtzehn und dreiundzwanzig Jahren zu gewinnen.

In öffentlichen Versammlungen wurden von den jungen Männern individuelle Verpflichtungserklärungen eingefordert, „den bewaffneten Organen auf Abruf beizutreten“. Unter erheblichem Druck und teilweise offenem Zwang sollen bis Ende September über 220.000 neue Rekruten geworben worden sein. Wer sich jetzt dem Dienst zu entziehen suchte, galt als Vaterlandsverräter und Westsympathisant. Außerdem brauchte die SED-Führung nicht mehr zu befürchten, dass die Jugendlichen bei zu großem Druck in den Westen gingen, denn diese Möglichkeit bestand nicht mehr.

Anfangs weigerten sich viele Jugendliche, sich zu verpflichten. Soldaten, Polizisten und Reservisten nahmen in Versammlungen teilweise offen gegen den „Kampfauftrag“ der FDJ Stellung. Erst als der Druck massiv wurde, führte die Kampagne zum Erfolg. Studienplätze, Arbeitsplätze mit guter Bezahlung und langfristige Karrierechancen wurden von der Bereitschaft zum Militärdienst abhängig gemacht, wie das Beispiel der Oberschule Anklam illustriert. Dort hatten sich einige Schüler geweigert, den Militärdienst zu absolvieren, woraufhin ihnen Funktionäre mit dem Ausschluss aus den Abiturprüfungen gedroht hatten. Studenten, die keine Meldung abgeben wollten, wurden von der Universität relegiert. Lehrlinge bekamen in einigen Fällen ihren Facharbeiterbrief erst ausgehändigt, nachdem sie ihre Meldung abgegeben hatten. Verweigerer wurden als „Arbeitverräter“ beschimpft. Die Zulassung zur Gesellenprüfung und Lehrverträge wurden von der „freiwilligen“ Meldung abhängig gemacht. In einigen Fällen gingen lokale Partei- und FDJ-Sekretäre dazu über, unwillige junge Männer zu terrorisieren und sie mit physischer Gewalt zu zwingen.

Es lässt sich der enorme Druck erahnen, dem die Jugendlichen ausgesetzt wurden. Im Oktober lagen 242.048 Bereitschaftserklärungen vor. Die SED löste die Personalprobleme von Militär und Polizei jedoch erst endgültig mit der Einführung der Wehrpflicht zum 24. Januar 1962, die seit August 1961 vorbereitet worden war. Wie Ulbricht in einem Brief an Chruschtschow, in dem er um dessen Zustimmung bat, ausführte, wäre ansonsten der Personalbestand der NVA nicht mehr zu halten gewesen. Außerdem sei, da durch die Wehrpflicht mehr Männer rekrutiert würden, „eine bessere Auswahl nach politischer Zuverlässigkeit und fachlicher Qualifikation“ möglich.¹²

UNTERBINDUNG DER FREIEN KOMMUNIKATION ZWISCHEN OST UND WEST

Die Mauer sollte nach Möglichkeit auch den Erfahrungsraum der Ostdeutschen begrenzen. Wenn es nach der SED-Führung gegangen wäre, hätte die Mauer für die Bevölkerung der DDR das Ende der für sie wahrnehmbaren Welt bedeutet. Informationen von jenseits der Mauer sollte sie nur von der SED sorgfältig ausgewählt und von Eduard von Schnitzler in seinem „Schwarzen Kanal“ kommentiert erhalten. Der ungehinderte Informationsfluss war neben der eingeschränkten Souveränität und dem Verlust an Arbeitskraft durch Flucht und Grenzgänger eines der grund-

sätzlichen Probleme für die SED-Führung gewesen. Noch im Februar 1962, als bereits mehrere Aktionen angelaufen waren, um den Informationsfluss zu unterbinden, beschwerte sich Ulbricht bei Chruschtschow, dass, obwohl die Westreisen „auf ein Minimum“ beschränkt worden seien, weiterhin Informationen ungehindert in die DDR gelangen würden. Durch „Radio- und Fernsehsendungen des Gegners“ und den innerdeutschen Postverkehr, der noch immer etwa eine Million Briefe und 100.000 Pakete und Päckchen in beide Richtungen umfasse, werde „eine Art des ständigen ‚Erfahrungsaustausches‘ über die Lebenslagen in beiden deutschen Staaten“ hergestellt.¹³

Anfang September begann die Aktion „Ochsenkopf“, bei der SED-Trupps Antennen und andere Empfangseinrichtungen, die den Empfang westlicher Radio- und Fernsehsender ermöglichten, ummontieren oder demontieren sollten. Insbesondere die Ordnungsgruppen der FDJ waren unter der Losung „Blitz kontra NATO-Sender“ unterwegs, um gegen „das ideologische Grenzgängertum“ vorzugehen. An einigen Orten drangen Parteisekretäre, ohne sich auszuweisen, in Wohnungen ein, um kostenpflichtig Fernsehgeräte so umzurüsten, dass kein Westempfang mehr möglich war. Insgesamt 23.000 Aktivisten spürten Antennen auf, die auf Westempfang eingestellt waren und richteten sie „in Richtung Sozialismus“ aus. Elektromechaniker wurden verpflichtet, künftig Antennen so anzubringen, dass ein Empfang von Westsendern ausgeschlossen war.

Die Telefonverbindungen waren bereits vor dem Mauerbau so verknappert worden, dass sie relativ einfach zu überwachen waren. Eine weitere Schwachstelle der Abschottung war die Post. Bereits im August 1961 hatte das Politbüro angeordnet, den Postverkehr stärker zu überwachen. Im Dezember plante das MfS eine Verbesserung der Postüberwachung. General Beater führte aus, dass durch die Einschränkungen im Reiseverkehr das grenzüberschreitende Paketaufkommen deutlich zugenommen habe, wodurch „Hetzmaterial sowie andere Geheimdienstmittel“ in die DDR gelangten. Deshalb sei eine Dienst Einheit des MfS im Aufbau, die eine „systematische Kontrolle“ des Paketverkehrs gewährleiste.¹⁴

Selbst technischen Rückschritt nahm man in Kauf, um die Überwachung zu verbessern. Der Postminister wurde beauftragt, die automatische Einwahl in das Telexnetz der DDR auf Handbetrieb umzuschalten. Alle Telexverbindungen zwischen dem Westen und der DDR sollten registriert werden und generell wurde eine Genehmigungspflicht für den Telexver-

kehr mit dem Westen eingeführt, wobei nur wenige Behörden und Organisationen einen Antrag stellen durften. Die Anträge sollten durch das MfS geprüft werden.

Der schon vorher genehmigungspflichtige Bezug westlicher Zeitungen und Zeitschriften wurde ebenfalls erschwert. Zunächst wurden die bisher erteilten Genehmigungen zum 1. September ungültig und mussten neu beantragt werden. Für Propagandisten wurde die Auflage entsprechender Zusammenstellungen westlicher Nachrichten, die vom Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) herausgegeben wurden, erhöht. Solches Material war in den Organisationen, denen der zensierte Bezug ausgewerteter Materialien erlaubt wurde, unter Verschluss zu halten. Auch der Bezug von Fachzeitschriften sollte mittelfristig reduziert werden, indem westliche Zeitschriften zentral ausgewertet und die Informationen dem jeweiligen Interessentenkreis zur Verfügung gestellt wurden. Die Kulturhäuser befreundeter Nationen sollten auf ausliegende Westpresse kontrolliert werden. Außerdem sollte das Handelsministerium bis zum 30. September Vorschläge zur Verringerung des Imports von Büchern aus Westdeutschland unterbreiten.

DAS VORGEHEN GEGEN DIE GRENZGÄNGER UND ARBEITSZWANG

Unter den Bedingungen der offenen Grenze hatten viele Menschen, mindestens 60.000, aus Ost-Berlin und der DDR in West-Berlin gearbeitet. Neben den Flüchtlingen waren sie die zweite große Gruppe, gegen die sich der Mauerbau richtete. Schon vorher waren sie erheblichem Druck ausgesetzt gewesen, eine Tätigkeit im Osten aufzunehmen. Am 13. August gab der Ost-Berliner Rundfunk um 11.00 Uhr eine Anordnung des Oberbürgermeisters bekannt, nach der es Grenzgängern ab sofort untersagt sei, weiterhin im Westen zu arbeiten. Sie hätten sich umgehend auf eigens eingerichteten Arbeitsämtern zu melden.

Am selben Abend gab der Erste Sekretär der Berliner SED die Siegesmeldung bekannt: „Und schließlich, Genossen, hat Genosse Friedrich Ebert als Oberbürgermeister der Hauptstadt aufgrund des Ministerratsbeschlusses festgestellt, daß es Bürgern des demokratischen Berlin vom heutigen Tage an nicht mehr möglich ist, in West-Berlin eine Beschäftigung auszuüben. [...] Das heißt, Genossen, mit der Grenzgängerei ist es aus!“¹⁵ Am Tag nach der Grenzschließung begann die Registrierung

der Grenzgänger, die sich allerdings eher zögerlich bei den Registrierungsstellen einfanden. Insgesamt wurden bis Ende September von geschätzten 80.000 Grenzgängern 36.000 erfasst.

Nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch 1.100 Schüler, 500 Studenten und zahlreiche Lehrlinge, die bisher in West-Berlin ihrer Ausbildung nachgingen, waren durch die Mauer von ihren Ausbildungsstätten getrennt. Sie hatten sich bis zum 26. August registrieren zu lassen. Damit verbunden waren wesentliche Einschnitte. Oberschüler, deren Eltern nicht ausgesprochen linientreu waren, sollten nicht in einer Oberschule aufgenommen werden, sondern entweder eine Lehre beginnen oder direkt zum Arbeiten in die Betriebe geschickt werden. Auch Studenten sollten nicht an einer Universität oder Fachhochschule der DDR aufgenommen werden. Ihnen sollten Arbeitsplätze in volkseigenen Betrieben außerhalb Berlins zugewiesen werden. Nur Studenten der medizinischen, pharmazeutischen, mathematischen, technischen und naturwissenschaftlichen Fächer sollten, wenn sie kurz vor dem Abschluss stünden, wieder in eine Hochschule eingegliedert werden. Über das weitere Verhalten West-Berliner Studenten sollten Berichte angefertigt werden – sie hatten sich nach SED-Maßstäben zu bewähren.

Am 24. August wurden zwei weitere Neuerungen eingeführt, die beide mit den Grenzgängern zusammenhingen. Die erste betraf die Umgestaltung der Sozialversicherungsausweise zu einer Art Arbeitsbuch, in dem Bildungsgang, bisherige Tätigkeiten und Auszeichnungen eingetragen wurden. Damit konnte der Werdegang eines Menschen auf einen Blick identifiziert werden; mitunter konnte auch sofort erkannt werden, ob dieser vor 1961 eine Arbeit in der DDR gehabt hatte. Als zweite Maßnahme erließ der Ministerrat der DDR die „Verordnung über die Aufenthaltsbeschränkung“. Sie gab Gerichten die Möglichkeit, Personen, die zu Haft- oder Bewährungsstrafen verurteilt worden waren oder die auf Antrag verschiedener Staatsorgane als „arbeitsscheu“ galten, mit einem Aufenthaltsverbot für bestimmte Orte zu belegen. Außerdem konnten solchen Menschen bestimmte Arbeitsplätze zugewiesen werden und sie konnten im Verweigerungsfall „zur Arbeitserziehung“ in ein Arbeitslager eingewiesen werden.

Der damit etablierte Arbeitszwang richtete sich gegen ehemalige Grenzgänger, die sich weigerten, zugewiesene Arbeitsplätze anzunehmen. Doch bald wurde er auch gegen Bauern, die sich der Kollektivierung

widersetzten, oder andere Widerständige eingesetzt. Sie wurden so dazu gezwungen, an einem bestimmten Arbeitsplatz zu arbeiten. Die Verordnung wurde außerdem gegen „Arbeitsbummelanten“ eingesetzt, die versuchten, sich dem erhöhten Normdruck zu entziehen. Schließlich richtete sie sich gegen Menschen, die sich dem Druck zu entziehen versuchten, indem sie sich in ökonomischen und sozialen Nischen einrichteten. Der Arbeitszwang zeigte auch denjenigen, die einen festen Arbeitsplatz hatten, welche Mittel gegen sie zur Verfügung standen, wenn sie sich renitent zeigten.

DIE WERKTÄTIGEN DER DDR: INTENSIVIERUNG DER PRODUKTIVITÄT

Im November 1961 forderte Honecker, darin Ulbricht folgend, dass es nun darauf ankäme, statt des Konsums die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, um den „friedlichen Wettbewerb“ zwischen den Systemen in Deutschland zu gewinnen. Damit waren die Konsequenzen des Mauerbaus für die Bevölkerung der DDR genau umrissen: Durch das nunmehr fehlende Tor zum Westen und die Drohung mit Arbeitslagern war der Spielraum für Verhandlungen in den Betrieben deutlich geringer geworden. Die SED nutzte die von ihr geschaffene Situation, um für Arbeiter und Bauern Normen und Arbeitszeit zu erhöhen, die Preise für Konsumgüter anzuheben und die Löhne langsamer steigen zu lassen.

Auf dem Land, wo die Kollektivierung der Landwirtschaft zum Zeitpunkt des Mauerbaus weitgehend abgeschlossen war, begriff man die sich abzeichnende Realität schnell. Schon am 20. August konnte die Abteilung Parteiorgane erste Erfolge an Honecker melden: „Zahlreiche Genossenschaftsbauern, die sich mit dem Gedanken des Austritts beschäftigten, haben jetzt ihre Bereitschaft erklärt, ihre ganze Kraft für die genossenschaftliche Arbeit einzusetzen.“¹⁶ Die Produktivität der LPG, die zunächst gesunken war, konnte dadurch in den 1960er Jahren gesteigert werden.

Ende August startete eine breite Kampagne, die darauf abzielte, die Arbeitszeit heraufzusetzen. Eingeleitet wurde sie durch ein Schreiben der Brigade „Patrice Lumumba“ des Elektroanlagenwerks Falkensee an das Politbüro. Diese Brigade hatte andere Arbeitsbrigaden dazu aufgefordert, die 48-Stunden-Woche einzuführen. Die anderen Brigaden des Betriebs hatten sich diesem Aufruf bereits angeschlossen. Das Politbüro beauftragte Ende August die Gewerkschaften, auch in anderen Berliner Betrie-

ben in den nächsten Tagen solche Beschlüsse herbeizuführen. Auch in den von den Grundorganisationen der SED geplanten und von den Arbeitern unterschriebenen Solidaritätsadressen an Ulbricht schlossen sich viele diesem Ziel an. Im Aufruf zum sogenannten „Produktionsaufgebot“, trieb die SED-Führung im August und September dieses Programm voran. Dessen Maxime lautete: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren.“ Diese Kampagne dauerte bis zum Dezember 1962.

Die Verantwortlichen in vielen Betrieben nutzten die Gelegenheit zur Erhöhung der Stücknormen, was einer Verringerung des Lohns gleichkam. In einigen Bezirken wurde in der Bauwirtschaft wieder die Sechstage-Woche eingeführt. Die Bewegung stieß jedoch bei den Arbeitern nicht auf Gegenliebe und es formierte sich Protest bis in die unterste Ebene von SED und Gewerkschaft hinein. Im Jahr 1962 kam es zu Arbeitsniederlegungen, die sich im Vergleich zu 1961 häuften. Trotz des gestiegenen Arbeitsdrucks blieb das Ergebnis des Produktionsaufgebots begrenzt. Viele Arbeiter reagierten mit passiver Resistenz, was sich auf die Stückzahlen auswirkte. Langfristig ließ sich der Mauerbau angesichts der Widerstände in den Betrieben also nicht in einen erhöhten Arbeitsdruck ummünzen.

Auch beim Konsum verschlechterten sich die Bedingungen. Die Preise vieler Konsumartikel wurden angehoben. Davon waren unter anderem Schuhe, Textilien, Kurzwaren und die Artikel der „Exquisitläden“ betroffen, aber auch Industrieprodukte wie Autos, Waschmaschinen, Radio- und Fernsehgeräte. Gleichzeitig wurde die Qualität einiger Nahrungsmittel gezielt verschlechtert, um davon größere Mengen verkaufen zu können. Für Fleisch und Butter wurde durch die Einführung sogenannter Kundenkarten wieder eine Zwangsbewirtschaftung eingeführt, die sich nur wenig vom System der Lebensmittelkarten unterschied. Gerade diese Maßnahme führte im Verbund mit den Preissteigerungen, dem Rückgang der Reallöhne und den Normsteigerungen bei weiter steigendem Lebensstandard in der Bundesrepublik zu deutlichem Unmut innerhalb der Bevölkerung der DDR.

- 1| *Brief Ulbrichts an Chruschtschow, 16.09.1961, zitiert nach Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. – Berlin: Akademie-Verlag, 1995. – S. 170. – (Zeithistorische Studien; 5).*
- 2| *Rundfunk- und Fernsehansprache Ulbrichts zur Notwendigkeit der Maßnahmen am 13. August, Typoskript, 18.08.1961; BA/SAPMO, NY 4182/657, Blatt 45.*
- 3| *Protokoll Nr. 49 der Sitzung des Politbüros vom 19.09.1961; BA/SAPMO, DY 30/J IV 2/2/791, Blatt 3.*
- 4| *Rundfunk- und Fernsehansprache Ulbrichts zur Notwendigkeit der Maßnahmen am 13. August, Typoskript, 18.08.1961; BA/SAPMO, NY 4182/657, Blatt 54-55.*
- 5| *Entwurf für eine Rede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Suhl, 30.06.1962; BA/SAPMO, DY 30/2184, Blatt 107.*
- 6| *Brief Blochs vom 22.09.1961. In: Hammer, Manfred u.a. (Hrsg.): Das Mauerbuch. Texte und Bilder aus Deutschland von 1945 bis heute. – 2. Aufl. – Berlin: Oberbaumverlag, 1984. – S. 143.*
- 7| *Zitiert nach Mählert, Ulrich / Stephan, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. – Opladen: Leske und Budrich, 1996. – S. 138.*
- 8| *Just, Gustav: Deutsch, Jahrgang 1921. Ein Lebensbericht. – Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 2001. – S. 193. – (Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam; 2).*
- 9| *Einschätzung der Partei- und Massenarbeit, 20.08.1961; BA/SAPMO, DY 30/IV 2/5/190, Blatt 21.*
- 10| *Ulbricht an Chruschtschow, 16.09.1961; BA/SAPMO, DY 30/3509.*
- 11| *Tagesrapport des Kommandos Grenzpolizei, 19.08.1961; BA-MA, Pt 7799, Blatt 131. Es ist nicht bekannt, ob die denunzierte Person ebenfalls verhaftet wurde.*
- 12| *Zitiert nach Mählert, Ulrich / Stephan, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. – Opladen: Leske und Budrich, 1996. – S. 138.*
- 13| *Brief Ulbrichts an Chruschtschow, 02.02.1962; zitiert nach Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. – Berlin: Akademie-Verlag, 1995. – S. 70. – (Zeithistorische Studien; 5).*
- 14| *Ausführungen von Bruno Beater vor dem Kollegium des MfS, Mitte Dezember 1961; BStU, AS 19/82, S. 31-85, hier S. 54.*
- 15| *Rede von Paul Verner auf der außerordentlichen Partei-Aktiv-Tagung [in Berlin], 13.08.1961; BA/SAPMO, NY 4281/48, Blatt 124-126.*
- 16| *Einschätzung der Partei- und Massenarbeit, 20.08.1961; BA/SAPMO, DY 30/IV 2/5/190, Blatt 15.*

DAS GRENZREGIME BIS 1989

Nachdem sich die euphorische Siegesstimmung, die die SED nach dem Mauerbau beherrschte, gelegt hatte, registrierte deren Führung, dass die Tendenz zur Flucht in den Westen zwar deutlich eingedämmt, aber trotz der mit einer Flucht verbundenen Gefahren nicht vollständig unterbunden wurde. Die Bekämpfung der Fluchtbewegung blieb deshalb im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit. Sie ließ die Grenzanlagen bis 1989 kontinuierlich ausbauen und die seit 1952 bestehenden Anweisungen zum Schießen den Grenzsoldaten erneut einschärfen. Seit Mitte der 1970er Jahre wurde die Ausreisebewegung zu einem erheblichen Problem für die SED-Führung. In der Reaktion auf beide Phänomene durchdrang das Grenzregime in den folgenden Jahrzehnten die ganze Republik und wurde zu einer selbst in den Alltag eingreifenden sozialen Realität der geschlossenen Gesellschaft der DDR.

DAS GRENZREGIME AN DER INNERDEUTSCHEN GRENZE

Solange der Weg nach Berlin weitgehend frei gewesen war, war die Fluchtsicherheit der Grenzanlagen an der innerdeutschen Grenze nicht von vordringlicher Bedeutung gewesen, was sich im August 1961 änderte. Nun lohnte es sich, auch die innerdeutsche Grenze weiter abzudichten. Noch im August begannen die Planungen dafür. Die von der SED-Führung beschlossenen Maßnahmen bestanden neben dem Ausbau der eigentlichen Grenzanlagen aus vier Faktoren: Sie beinhalteten die Beschränkung des Zugangs zum Sperr-

gebiet, die erneute Umsiedlung eines Teils der Bevölkerung, die Säuberung des politischen Apparats und eine verbesserte Überwachung der ansässigen Bevölkerung.

Seit September 1961 wurden mit einem erheblichen Aufwand die Grenzanlagen verstärkt. Anstelle der ein bis zwei Reihen Stacheldrahtzaun entstanden weit ausgreifende Sperranlagen mit einer Tiefe bis zu einem halben Kilometer. Im Oktober wurde eine weitere Verstärkung geplant, wobei detaillierte Vorgaben des sowjetischen Marschalls Konew umgesetzt wurden. Unter anderem sahen diese Weisungen vor, Aussiedlungen aus dem Grenzgebiet erst nach dem Ausbau der Grenzanlagen vorzunehmen, damit es nicht zu Massenfluchten käme. Das Anlegen von Minenfeldern entlang der Grenze wurde detailliert angewiesen. Außerdem sollte im Hinterland in etwa einem Kilometer Abstand zur eigentlichen Grenze ein zweiter Kontrollstreifen angelegt werden. Zwischen diesem und dem vorderen Kontrollstreifen war ein dichtes System von Grenzsperranlagen aus Drahtsperranlagen, Minenfeldern, Signalanlagen und Beobachtungstürmen anzulegen. Seit November wurden Trassen durch Wald und unwegsames Gelände freigeräumt, Drahtsperranlagen aufgebaut und Minen gelegt. Bis November 1962 schloss sich eine dritte Bauphase an. Die Grenzsperranlagen wurden bis in die 1980er Jahre weiter ausgebaut. Die Minen und die seit 1970 ergänzenden Selbstschussanlagen wurden seit 1983 wieder abgebaut.

Dem Ausbau folgte, wie schon 1952, eine erneute Welle von Zwangsausiedlungen. Im Oktober 1961 wurden aus den Gemeinden im Sperrgebiet an der Westgrenze 3.175 Menschen, denen mangelnde Treue zu Partei und Staat vorgeworfen wurde, umgesiedelt. Die verbliebenen Bewohner standen weiterhin unter der Drohung, jederzeit aus dem Grenzgebiet ausgewiesen werden zu können. Sie standen außerdem unter einer Überwachung, die selbst für DDR-Maßstäbe außerordentlich war. Im August erging die Weisung, die Bevölkerung der Grenzkreise so an die Partei zu binden, dass durch ihre Unterstützung die Fluchtbewegung an der Westgrenze gestoppt werden könne.

Die Grenzbevölkerung musste mit zahlreichen Einschränkungen im alltäglichen Leben zurechtkommen, die man teilweise durch eine bevorzugte Belieferung mit Lebensmitteln auszugleichen versuchte. Menschen, die im Schutzstreifen lebten oder arbeiteten, mussten sich nunmehr jedes Vierteljahr bei der Grenzpolizei registrieren lassen. Nur zuverlässige

sigen Bürgern sollte eine Genehmigung zum Aufenthalt oder für den fortdauernden Wohnsitz ausgestellt werden. Fast alle nicht der Sicherheit der Grenze dienenden Tätigkeiten waren entweder vollständig untersagt oder mussten vorher genehmigt werden. Auch die Bewohner des Sperrgebiets und dort Beschäftigte mussten sich vierteljährlich bei der Volkspolizei registrieren lassen. Die Vergabe von Passierscheinen und die Genehmigung des Zuzugs ins Grenzgebiet wurden restriktiv gehandhabt; viele Personengruppen hatten überhaupt keine Chance auf eine Genehmigung. Eine Zuzugsgenehmigung wurde nur nach Überprüfung durch das MfS erteilt.

Die SED nahm die neue Ordnung an der Grenze zur Gelegenheit, ab September 1961 eine umfangreiche Überprüfung und Neubesetzung aller leitenden Kader (Verwaltung, Justiz, Sicherheitsbehörden) in den Grenzkreisen vorzunehmen. Als leitende Kader galten nach dieser Richtlinie alle staatlichen Funktionäre bis hinunter zu den Ortsräten, aber auch Lehrer, Hortleiter, Leiter von Verkaufsstellen der Handelsorganisation (HO), Briefträger bei der Post, Leiter der Maschinen-Traktoren-Stationen, Krankenschwestern usw. Kader, an deren politischer Zuverlässigkeit Zweifel bestanden, sollten ausgetauscht werden. Mit diesen Maßnahmen wurde die Grenze befestigt und das Grenzgebiet war zu einem Landstrich geworden, der hauptsächlich auf die Belange der Grenzsicherung zuge richtet war – seine Bewohner waren nur geduldet. Tatsächlich zogen in den folgenden Jahren immer mehr Menschen, insbesondere junge Leute, fort und ganze Dörfer mussten dem Grenzregime weichen.

GRENZAUSBAU IN BERLIN

Der in Berlin anfangs ausgebrachte Stacheldraht wurde seit dem 15. August zunehmend durch Mauern ersetzt. Mit dieser Veränderung setzte ein unendlicher Bauprozess ein, der erst am 9. November 1989 beendet werden sollte. Da immer wieder Flüchtlinge versuchten, die jeweils verbesserten Grenzsperrungen zu überwinden, mussten diese – in der Logik der SED-Führung – immer weiter ausgebaut werden. Mauern und Grenzanlagen waren einem Prozess ständiger Veränderung und Vervollkommnung unterworfen, um ihre „Sperricherheit“ zu verbessern.

Es lassen sich drei Ausbaustufen unterscheiden. Die erste Stufe ist die Phase der Improvisation, in der die ersten Mauern errichtet wurden; eine zweite Phase begann ab Mitte der 1960er Jahre, in der die „moderne

Grenze“ mit ihrem tief gestaffelten Grenzstreifen entstand; und die letzte Phase setzte mit den Planungen für die „Grenzmauer 75“ ein. Erst seit Mitte der 1960er Jahre geschah der Ausbau planvoll und zentral gelenkt, vorher war er abhängig von den örtlichen Gegebenheiten und der Wahrnehmung der Situation durch die lokal zuständigen Grenzoffiziere.

Bereits im September 1961 war die gesamte Grenze zwischen Ost- und West-Berlin – soweit möglich – mit Mauern bewehrt. Häufig wurden vorhandene Mauern eingegliedert. Bis Ende des Jahres kamen weitere Sperrelemente hinzu: An einigen auf die Mauer zuführenden Straßen wurden Betonplatten ausgelegt oder Stahligel aus Eisenbahnschwellen aufgestellt, um Fluchten mit Autos zu verhindern. Vielerorts begannen Grenzer, hinter der Mauer einen Zaun zu errichten oder Stacheldraht lose auszulegen, damit niemand mehr an sie herankam. Außerdem wurden seit September 1961 Sichtblenden errichtet, um das Winken und andere Kontakte über die Mauer hinweg zu unterbinden.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Grenzsperrungen am Berliner Außenring, 1962.

Anders als an der Sektorengrenze zwischen den Stadthälften sah es am Außenring aus. Dort war bis Ende 1961 eine Grenzsperrung aus zwei bis drei Reihen Stacheldraht entstanden, die 1962 zu einer breiten, mit Zäunen bewehrten Schneise ausgebildet wurde.

1962 wurden an der innerstädtischen Grenze die ersten steinernen Postenstände, die Vorläufer der späteren Wachtürme, gebaut. Diese Unterstände wurden in den folgenden Jahren um ein zweites Stockwerk aufgestockt, von dem aus ein besserer Überblick über die Grenzanlagen und das Hinterland möglich war. Eine Grenzbeleuchtung erhellte nachts die Mauer und das dahinter liegende Gebiet. Einzelne Sperrgräben verhinderten Fluchtversuche mit Fahrzeugen.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Mauer und Stacheldraht, Bernauer Straße, September 1963.

Erst im Frühjahr 1962 setzten erste Planungen für den systematischen Ausbau der Grenzanlagen ein. Erstmals wurde auch die Wassergrenze mit Sperren gesichert. Bis zum Sommer 1963 war hinter der Grenzmauer eine Vielfalt ergänzender Sperren entstanden, die sich regelrecht nach Ost-Berlin hineinfräßen. Im Sommer 1963 definierte die SED-Führung hinter der Mauer ein Sperrgebiet, das nur mit besonderer Erlaubnis betreten werden durfte. Davon waren etwa 16.000 Bewohner und weitere 16.000 Beschäftigte betroffen.

Die zweite Ausbauphase begann Mitte der 1960er Jahre und sollte 1970 abgeschlossen sein. Die seit 1966 als „moderne Grenze“ errichtete Grenzbefestigung war systematisch durchgeplant und nach einheitlichen Standards ausgeführt. Als Befehlshaber der Berliner Grenztruppen ließ der Stadtkommandant die Sperren im Vorfeld auf dem Truppenübungsplatz Streganz testen, um ihre Funktionstüchtigkeit gewährleisten zu können. Bei der Errichtung der „modernen Grenze“ entstand erstmals ein einheitlicher Grenzstreifen, auch „Todesstreifen“ genannt, der in zwei Varianten um ganz West-Berlin herum angelegt wurde. Die nach West-Berlin weisende Grenzmauer bestand aus Betonplatten und hatte eine Übersteigsicherung aus Rohren.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Schemazeichnung des Grenzstreifens, Oktober 1964.

Der innerstädtische Grenzstreifen bestand aus mehreren Elementen. Er umfasste einen Hinterlandsicherungszaun, einen Signalzaun, der Flüchtlinge akustisch und optisch anzeigte, eine sogenannte „Flächensperre“ – es handelte sich dabei um Metallgitter mit nach oben weisenden Metallzinken – und einen Kolonnen- oder Postweg. Des Weiteren gehörten Führungstürme für die Kommandeure, Beobachtungstürme für die Grenzposten sowie eine Grenzbeleuchtung zur Ausleuchtung des Grenzstreifens und Kontrollstreifen von sechs Metern Breite, die der Spurensicherung dienten, zur Grenzanlage. In Beton eingelassene Stahligel oder alternativ dazu Sperrgräben fungierten zudem als Kraftfahrzeugsperrern. Das dominante Element war jedoch eine Grenzmauer von drei Metern Höhe.

Für den Grenzausbau wurden in dieser Phase in großem Ausmaß Gebäude abgerissen, Betriebe verlegt und Kleingärten eingeebnet. Sogar Friedhöfe mussten der Grenze weichen. Im Dezember 1970 meldete der Stadtkommandant die Erfüllung des Plans: Die „moderne Grenze“ war fertig.

Etwa Mitte der 1970er Jahre mussten beim Grenzausbau neben dem Merkmal der Effizienz weitere Kriterien beachtet werden; es galt der Vorsatz, dass die Mauer weniger hässlich und gleichzeitig billiger werden sollte. Im Mai 1974 wurden verschiedene Mauertypen aus Fertigbauelementen getestet. Hierbei erprobten Sportler und Grenzsoldaten, Flücht-

linge simulierend, mit welchen Hilfsmitteln und in welcher Zeitspanne die verschiedenen Mauertypen zu überwinden waren. Anhand der Testergebnisse wurde die neue Mauer ausgesucht.

Seit Januar 1977 errichteten die Grenztruppen die neue Mauer, die von ihren Erbauern „Grenzmauer 75“ genannt wurde. Dies war der Mauertyp, der bis 1989 stehen bleiben sollte, und an einigen Stellen, wie an der Bernauer Straße, den Mauerfall überlebt hat. In den folgenden Jahren konzentrierten sich die Grenztruppen auf den Bau dieser Mauer. Erst Mitte der 1980er Jahre war diese Mauer in einem Großteil der Innenstadt installiert.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Mauer und Grenzstreifen am Potsdamer Platz, 1979.

Seit Mitte der 1970er Jahre wurden die Grenzanlagen mit einer parallel zur Grenzmauer verlaufenden Hinterlandmauer ausgestattet, die den Grenzstreifen nach Ost-Berlin hin abschloss. Damit hofften die Grenztruppen, die Fluchten weiter reduzieren zu können. Sie ersetzte nach und nach den Hinterlandzaun als Grenzsperrmauer. Die Hinterlandmauer war für die Bevölkerung der DDR die eigentliche Mauer, an der ihre Freiheit endete. Zu diesem Zeitpunkt war die Grenze weitgehend mit einem Signalzaun ausgestattet. Größere Ausbaumaßnahmen fanden neben der neuen Grenzmauer angesichts der in der DDR knapper werdenden Finanzmittel bis Mitte der 1980er Jahre kaum noch statt. Nur einige der besonders martialisch aussehenden Sperrelemente, wie zum Beispiel die Flächensperren, die Bunker und die Hundelaufanlagen, wurden aus dem Grenzstreifen entfernt. Mitte der 1980er Jahre wurden die Wachtürme, die sich als nicht sturmsicher entpuppt hatten, durch eine vier-eckige Turmvariante ersetzt. Seit 1985 blieben Mauer und Grenzstreifen in Berlin in den Grundzügen unverändert.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung der Publikation enthalten.

Die Mauer in den 1980er Jahren, Niederkirchner Straße, 1984.

DER SCHIESSBEFEHL

Die Anweisung, auf Flüchtlinge zu schießen, wenn die Flucht nicht durch eine Festnahme unterbunden werden konnte, bestand schon seit 1961. Der Mauerbau schuf jedoch zwei neue Bedingungen. Erstens fanden die entsprechenden Handlungen sowohl an der innerdeutschen Grenze als auch an der Berliner Mauer seitdem in einem Gelände statt, das ausschließlich für die Belange der Grenzsicherung hergerichtet war, nämlich dem Grenzstreifen. Die Perfektionierung eines auf Schrecken ausgelegten Grenzsystems, in das die Grenzsoldaten als lebendige Werkzeuge eingegliedert wurden, dürfte auch deren Mentalität determiniert haben. In diesem engen und übersichtlichen Raum konnten sie von ihren Vorgesetzten zudem viel besser überwacht werden als in einem belebten Stadtgebiet oder an der grünen Grenze der Demarkationslinie vor 1961.

Außerdem hatte sich das Klima innerhalb der Grenzeinheiten verändert. An die Stelle der Freiwilligen waren Wehrpflichtige getreten, die sowohl jünger als ihre Kameraden vor 1961 als auch schon in der DDR sozialisiert waren. Zweitens war mit der geschlossenen Grenze die öffentliche Wirkung von Fluchten eine ganz andere, was auch von den Grenzzoffizieren und ihren Befehlshabern so wahrgenommen wurde. Drittens wurde

die Überwachung durch das MfS intensiviert. Es nutzte dafür Inoffizielle Mitarbeiter (IM), die zwar auch vor 1961 schon in der Grenzpolizei aktiv gewesen waren, deren Zahl jedoch vergrößert und deren Anleitung verbessert wurde. Sie sollten abweichende Meinungen, Fluchtabsichten und Dienstunwilligkeit von Kameraden melden. Durch ihre Tätigkeit beherrschte das MfS das Meinungsklima in den Einheiten und untergrub das Vertrauen untereinander.

Nach dem Mauerbau wurde die normative Grundlage für den Waffeneinsatz verschärft. Grenzposten waren seitdem *verpflichtet*, die Waffe gegen Flüchtlinge einzusetzen. Vorher waren sie dazu nur *berechtigt* gewesen, auch wenn diese Differenzierung nicht immer zur Geltung kam. Um diese Verpflichtung durchzusetzen, wurde eine intensive Kampagne inszeniert. Am 22. August 1961 beauftragte das Politbüro Albert Norden, von allen Grenzern schriftliche Erklärungen einzuholen, die bestätigten, dass sie auf Flüchtlinge schießen würden. Diese Bereitschaftserklärungen, in denen bekräftigt werden sollte, dass „jeder, der die Grenze der DDR verletzt – wenn erforderlich – durch Anwendung der Waffe zur Ordnung gerufen wird“, sollten mit einem Bild der Unterzeichner veröffentlicht werden.¹ Erich Honecker ordnete als Chef des zentralen Stabes am 20. September an, dass „gegen Verräter und Grenzverletzer die Schußwaffe anzuwenden“ sei.² Daraufhin regelte der Verteidigungsminister im Oktober den Einsatz von Schusswaffen für die Grenztruppen neu; ab diesem Zeitpunkt bestand eine Verpflichtung zum Einsatz von Schusswaffen. Es durfte jedoch weder in Richtung Westen noch auf Kinder, noch auf ausländisches Militär oder auf ausländische Diplomaten geschossen werden.

Die Kampagne sollte langfristig geführt werden. Die Zentrale Kontrollkommission der SED bemängelte im März 1962, dass Offiziere ihre Untergebenen nicht ausreichend zum „entschlossenen Gebrauch“ ihrer Waffen anhielten. Im September 1963 forderte Albert Norden in einer Rede vor Offizieren der Berliner Grenzbrigade erneut auf, gegen „Grenzverletzer“ mit dem Einsatz der Schusswaffe vorzugehen, weil es sich um Verräter handele: „Ich sage, jeder Schuß aus der Maschinenpistole [...] rettet in der Konsequenz Hunderten von Kameraden, Tausenden Bürgern der DDR das Leben und sichert Millionenwerte an Volksvermögen. Ihr schießt also nicht auf Bruder oder Schwester, wenn ihr mit der Waffe den Grenzverletzer zum Halten bringt. Wie kann der euer Bruder sein, der die Republik verrät, der die Macht des Volkes verrät, der die Macht des Volkes antastet! Auch der ist nicht euer Bruder, der zum Feinde

desertieren will. Mit Verrätern muß man sehr ernst sprechen. Verrätern gegenüber menschliche Gnade zu üben, heißt unmenschlich am ganzen Volk handeln.“³

Ebenfalls 1963 ordnete der Verteidigungsminister, Armeegeneral Heinz Hoffmann, an, dass die Ausbildung sich auf die Verhinderung von Fluchtversuchen zu konzentrieren habe. Die Grenzsoldaten seien „zur entschlossenen und treffsicheren Anwendung der Schußwaffe“ zu befähigen und sollten in der Lage sein, „jedes unbewegliche oder sich bewegende Ziel zu jeder Tages- und Nachtzeit, auch unter schwierigen Witterungsbedingungen mit dem 1. Feuerstoß zu vernichten“.⁴ Es sind solche Formulierungen, die sich im Bewusstsein der Grenzoffiziere festgesetzt hatten und die sie an ihre Untergebenen weitergaben. Sie scheinen die Grenzer dahingehend beeinflusst zu haben, bei Grenzalarm mit ihren auf Dauerfeuer eingestellten Maschinenpistolen auf die Flüchtlinge zu schießen. So wurde es in einer internen Stellungnahme der Grenztruppen 1965 als „nicht in jedem Fall zweckentsprechend“ bemängelt, dass auf Flüchtlinge „nicht in kurzen Feuerstößen, sondern mit Einzelfeuer geschossen“ worden sei.⁵ Der Einsatz der Schusswaffe bei der Verhaftung von Flüchtlingen galt als „taktisch richtiges Verhalten“.

Die jährlichen Befehle zur Grenzsicherung lassen keinen Zweifel daran, dass das Aufhalten von Flüchtlingen absolute Priorität besaß. Abwägungen, die die Gefahren für das Leib und Leben der Flüchtlinge einschlossen, wurden hintangestellt. In einem Befehl von 1964 hieß es, der Dienst sei so zu organisieren, dass „Grenzverletzer frühzeitig erkannt und ihre Festnahme oder Vernichtung gewährleistet wird.“⁶ Diese Befehle des Verteidigungsministers, die auf Beschlüssen des Politbüros und des Nationalen Verteidigungsrats beruhten, wurden über die militärische Hierarchie durchgestellt, wobei die Betonung darauf gelegt wurde, dass „Grenzdurchbrüche zu verhindern“, „abzuwehren“ oder „nicht zuzulassen“ seien und dabei gegebenenfalls die Schusswaffe anzuwenden sei. Auf der untersten Ebene wurden diese Befehle nicht mehr schriftlich fixiert, sondern täglich den Posten mündlich mitgeteilt. Die Konsequenz war eine steigende Zahl von Todesfällen in den ersten Jahren nach dem Mauerbau. Die Zahl der Toten ging erst Mitte der 1960er Jahre zurück, wofür wahrscheinlich der Ausbau des Grenzstreifens und die Überwachung des Grenzvorfeldes verantwortlich waren.

Die in der Folge des Mauerbaus erlassenen Schusswaffengebrauchsbestimmungen für die Grenztruppen galten im Wesentlichen unverändert bis 1989. Sie wurden noch mehrfach aktualisiert und fanden 1982 mit leichten Modifikationen Eingang in das Grenzgesetz der DDR. Aufgehoben wurden sie erst am 3. und 4. April 1989 durch mündlichen Befehl des stellvertretenden Verteidigungsministers und Generals Fritz Streletz.

HINTERLANDSICHERUNG: DIE FLÄCHIGE ÜBERWACHUNG DER DDR

Um die weiterhin andauernde Fluchtbewegung einzudämmen, arbeiteten die Grenztruppen zunehmend enger mit der Volkspolizei und der Staatssicherheit zusammen. Seit Ende 1961 schlossen sie sogar förmliche Vereinbarungen über ihre Kooperation ab. Diese sollten die Fluchtverhinderung besser koordinieren und den gegenseitigen Informationsfluss gewährleisten. Hierbei wurden die jeweiligen Kompetenzen genau geregelt. Es wurde festgelegt, dass die Grenztruppen für die Überwachung der eigentlichen Grenze und des Grenzgebiets zuständig waren. Die Volkspolizei war im Grenzgebiet ebenfalls an der Durchsetzung der Grenzordnung beteiligt und landesweit in die präventive Überwachung der Bevölkerung zur Identifizierung potentieller Flüchtlinge eingebunden. Der Staatssicherheit oblag die Überwachung der Bevölkerung im Grenzgebiet, dem grenznahen Hinterland und in der ganzen Republik. Nach Möglichkeit sollten Flüchtlinge die Grenze gar nicht mehr erreichen und möglichst bei Verlassen der Wohnung festgenommen werden. Der Erfolg dieser Maßnahme lässt sich daran messen, dass in den 1980er Jahren etwa 80 Prozent der Flüchtlinge vor Erreichen der Grenze verhaftet wurden. Die meisten Flüchtlinge kamen nicht einmal in Sichtweite der Mauer.

Das Konzept, Fluchtversuche schon vor ihrem Begehen aufzudecken, zog einen erheblichen Ausbau der Überwachung nach sich. Die Bekämpfung von Fluchtvorbereitungen wurde zu einer zentralen Aufgabe des MfS, an der alle Dienstzweige unabhängig von ihrer Spezialisierung beteiligt waren. Durch verdeckte Überwachung sollten Hinweise gesammelt werden, um die Vorbereitungen und auch schon die Absichten zur Flucht frühzeitig aktenkundig zu machen. Damit verbunden war eine erhebliche Erweiterung der ohnehin schon bestehenden Überwachung. Um das Programm einer vollständigen und frühzeitigen Aufdeckung von Fluchtversuchen und -absichten umzusetzen, hätte eigentlich die gesamte

Bevölkerung minutiös überwacht werden müssen. Doch selbst für die Geheimpolizei der DDR war dies kein realistisches Unterfangen. Die Planungen allein verdeutlichen jedoch bereits, welche Gefahr aus Sicht der SED-Führung von den Flüchtlingen für die Existenz der DDR ausging.

Je umfassender das Sicherheitskonzept zur Verhinderung jeglicher Flucht wurde, desto notwendiger erschien die Einbeziehung der zivilen Verwaltung und der Bevölkerung. Die Grenztruppen versuchten in den 1960er Jahren, auf die zivile Verwaltung Einfluss zu nehmen und sie für die Belange der Grenzüberwachung zu instrumentalisieren. Allerdings führten die zahlreichen Einschränkungen, die das Leben im Grenzgebiet mit sich brachte, dazu, dass einige Verwaltungsangestellte Vorbehalte hatten. Es gebe, wie ein Bericht 1964 formuliert, noch „Unklarheiten über die Rolle des antifaschistischen Schutzwalls“ und des Grenzregimes.⁷ Diese Zusammenarbeit erstreckte sich auch darauf, verdächtige Personen aus dem Grenzgebiet fernzuhalten, indem ihnen weder Zuzugsgenehmigungen noch Passierscheine ausgestellt wurden. Außerdem begann die Verwaltung systematisch damit, Belange der Grenzsicherheit im Behördenalltag zu berücksichtigen.

Nach Verabschiedung des Grenzgesetzes 1982 arbeiteten die Sicherheitsbehörden und die Verwaltung im Grenzgebiet enger zusammen. Die in der Verwaltung angesiedelte „ständige Kommission für Ordnung und Sicherheit“ und die „Grenzsicherheitsaktiven“ unterstützten die Grenztruppen und die Volkspolizei in der Durchsetzung des Grenzregimes und koordinierten mit ihnen gemeinsam ihre Anstrengungen zur Fluchtverhinderung. Zuständig waren die Stellvertreter der Bezirks- und Kreisratsvorsitzenden für Inneres, die 1985 eigens Mitarbeiter für Grenzfragen erhielten. Sie bildeten ein Scharnier zwischen den Sicherheitsbehörden und der Verwaltung und sie koordinierten die Maßnahmen der zivilen Behörden.

Darüber hinaus versuchte die SED-Führung, die Bevölkerung zur Mithilfe zu animieren. Fluchtverhinderung wurde als gesellschaftliche Aufgabe definiert, in die Massenorganisationen und alle Bürger einbezogen werden sollten. In Mobilisierungskampagnen versuchte die SED-Führung die Bewohner der DDR und vor allem die des Grenzgebiets für die Zwecke des Staates zu motivieren. Ihre relativen Erfolge sind auch an dem in der DDR bestehenden Zwang zu bemessen, der darin bestand, gegenüber der Staatsführung durch tätige Mitarbeit Loyalität zu zeigen. Insbesondere

re im Grenzgebiet wurde dies durch die permanente Ausweisungsdrohung und die intensive Überwachung erzwungen. Zivilisten wurden vor allem als freiwillige Helfer der Grenztruppen bzw. der Volkspolizei integriert. Ihre Aufgaben bestanden in der Überwachung von Nachbarn, im Melden von Ortsfremden und in der Bestreifung des Grenzhinterlands. Das MfS setzte sogenannte Grenz-IM ein, die zur Überwachung des Grenzgebiets und der dort lebenden Bevölkerung angestellt waren und Fremde frühzeitig melden sollten.

Allerdings konnte nie eine Mehrheit der Bewohner für solche Dienste gewonnen werden. Vor allem Aktivisten und Sympathisanten der SED beteiligten sich daran. Die SED hatte im Grenzgebiet zwar ein Klima ständiger Furcht geschaffen, aber die Mehrheit der Bevölkerung nicht dazu bringen können, sich an der Grenzüberwachung zu beteiligen. Auch das ihnen täglich entgegengebrachte Misstrauen – schließlich standen die Bewohner der Grenzregion generell unter Fluchtverdacht – trug dazu bei, dass sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zu aktiver Teilhabe bereitfand.

DIE AUSREISEBEWEGUNG UND IHRE BEKÄMPFUNG

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE-Konferenz in Helsinki im August 1975, in deren Korb III nicht nur mehr Freizügigkeit, sondern auch ein freierer Austausch von Ideen und Informationen beschlossen worden war, wurde die Abschottungspolitik der DDR schwieriger. Seitdem stellten DDR-Bürger, da ihnen Freizügigkeit zugesichert worden war, Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik. Die SED-Führung war nicht gewillt, die Vielzahl dieser Anträge zu gewähren. Seitdem hatte sie neben dem Flüchtlingsproblem auch noch die Ausreisebewegung zu bekämpfen. Dies sollte möglichst so geschehen, dass der Umfang der Antragstellung gar nicht erst publik wurde.

Die ebenfalls beschlossene Ausweitung von Kontakten zwischen Ost und West hatte in der Wahrnehmung der DDR-Führung die Beeinflussung „ihrer“ Bürger durch den Westen zur Konsequenz. Diese wurde als Ursache für die Zunahme von Ausreiseanträgen angesehen. Zunächst wurde dies noch unter dem mittlerweile alten Stichwort des „staatsfeindlichen Menschenhandels“ verhandelt, durch den Fachkräfte aus der DDR abgeworben würden. Daneben stand die Befürchtung, die Übersiedler würden in großem Ausmaß geheimdienstlich abgeschöpft. Eine Wendung ist Ende der 1970er Jahre zu verzeichnen. Seitdem wurden die sich zunehmend

miteinander vernetzenden Antragsteller als Teil der Opposition wahrgenommen, die vom Westen angeblich benutzt werde, um die DDR zu destabilisieren. Das MfS sprach ihnen seit 1976 den Charakter einer Bürgerrechtsbewegung zu.

Im Oktober 1976 wies Honecker in einem Rundschreiben die Bezirkssekretäre der SED an, alle Ausreiseanträge abzulehnen und die Antragsteller darauf hinzuweisen, dass das Einreichen von entsprechenden Gesuchen rechtswidrig sei. Grundsätzlich war es jedoch auch nach den Gesetzen der DDR nicht strafbar; der Parteichef erklärte es schlichtweg zur strafbaren Handlung. Diese Weisung wurde ergänzt durch Absprachen innerhalb des Staatsapparats, die festlegten, welche Handlungen im Zusammenhang mit Ausreiseanträgen von der Strafjustiz verfolgt werden sollten. Danach waren Antragsteller strafrechtlich zu verfolgen, wenn sie versuchten, in der DDR oder im Westen die Öffentlichkeit auf ihre Belange aufmerksam zu machen. Das Strafgesetzbuch der DDR kriminalisierte das als „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“. Außerdem sollten sie strafrechtlich belangt werden, wenn sie durch die Verbreitung der Tatsache, dass sie nicht ausreisen durften, staatliche Behörden „verunglimpften“. Schließlich wurden Kontakte mit westlichen Stellen als verfolgungswürdig angesehen.

Die Regierung der DDR stellte 1977 klar, die Unterbindung jeglicher Versuche, eine Aussiedlung zu beantragen oder durchzusetzen, sei gemeinsame Aufgabe aller Behörden, Organisationen, Betriebe und Einrichtungen in der DDR. Die zuständigen Behörden hätten jeden Antrag zurückzuweisen. Bürger, die unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte die Regierung der DDR der Nichtachtung völkerrechtlicher Verträge oder staatlichen Rechts der DDR bezichtigten, seien auf die strafrechtlichen und andere Konsequenzen hinzuweisen. Strafrechtliche, arbeitsrechtliche und andere Mittel des DDR-Rechts seien gegen solche Personen „konsequent und differenziert“ anzuwenden.

Eine Genehmigung von Ausreiseanträgen sollte nur in Ausnahmefällen erfolgen. Rentner, Invalide und pflegebedürftige Personen konnten mit einer Genehmigung rechnen. Außerdem konnte man nach einer genehmigten Eheschließung mit Westdeutschen oder Ausländern, zur Zusammenführung von getrennten Ehegatten und in besonders begründeten Ausnahmefällen im Rahmen der Familienzusammenführung Ausreiseanträge stellen und auf Erfolg hoffen.

Alle Behörden wurden angewiesen, zur Unterbindung solcher Anträge beizutragen und ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren. Selbst die Leiter staatlicher wie privater Betriebe hatten sich daran zu beteiligen und Maßnahmen sogar zur Vorbeugung gegen Ausreisewünsche zu ergreifen. Außerdem wurden sie dazu angehalten, arbeitsrechtliche Schritte einzuleiten. Es wurde zur allgemeinen Pflicht erklärt, die Behörden von Übersiedlungsabsichten anderer in Kenntnis zu setzen. Die Bekämpfung der Antragstellung war seitdem zu einer gesamtstaatlichen Aufgabe geworden, der sich kein Bürger der DDR entziehen durfte.

Die SED-Führung sah sich bis Mitte der 1980er Jahre durch die Antragsteller zu immer neuen Repressionsmaßnahmen provoziert. 1977 erkannte das MfS, dass es sich bei den Antragstellern nicht „schlechthin um Personen mit Übersiedlungsabsichten, sondern meistens auch um Personen mit verfestigter feindlich-negativer Grundeinstellung zur DDR“ handele, die zudem eine hohe Risikobereitschaft erkennen ließen und auch die Möglichkeit einer Haftstrafe einkalkulierten.⁸ Damit war in der DDR ein neuer Typ von Oppositionellen konstruiert und als Feindbild der Sicherheitsorgane etabliert worden.

1983 wurde, kurz vor der Madrider Folgekonferenz der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), eine gesetzliche Regelung für Ausreisemöglichkeiten geschaffen. Dies schuf zwar eine gesetzliche Grundlage, erweiterte aber den zur Ausreise bzw. nach Ansicht der SED auch nur zur Antragstellung berechtigten Personenkreis nicht. Zumindest konnten seitdem überhaupt legal Anträge gestellt werden. Die Beschlüsse von Madrid und eine im Frühjahr 1984 (Februar bis April) durchgeführte Ausreisewelle, die zu einer innenpolitischen Entlastung führen sollte, erhöhten den Druck nur, da die Zahl der Anträge weiter stieg.

Die öffentlich wirksame Ausreisebewegung, die mit Markierungen an ihren Autos und Wohnungen für eine Ausreise demonstrierte, wurde Ende der 1980er Jahre zu einem verbreiteten Phänomen. Die steigende Zahl der Ausreiseanträge korrespondierte seit 1986 mit einer steigenden Anzahl genehmigter Besuchsreisen in die Bundesrepublik. Seit Juli 1987 wurde der Druck auf die Parteiführung so groß, dass besonders hartnäckigen Antragstellern eine Ausreisegenehmigung erteilt wurde.

Ein Nachgeben war der Führung der SED nicht möglich. Sie suchte zwar die internationale Anerkennung und wünschte die Tendenz zur Entspannung, die mit dem KSZE-Prozess verbunden war, aber die innenpolitischen Konsequenzen der Beschlüsse wollte sie ebenso wenig wie die Sowjetunion tragen. Eine Liberalisierung der gesetzlichen Regelungen würde, so fürchtete sie, zu einer Ausreisewelle in der Größenordnung der Fluchtwelle der 1950er Jahre führen. Die im Sommer 1989 steigende Zahl von Antragstellungen und die Botschaftsflüchtlinge haben wesentlich zum Untergang der DDR beigetragen.

DIE TODESOPFER UND DIE STRAFRECHTLICHE AUFARBEITUNG

An der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer fanden zwischen 1961 und 1989 zahlreiche Menschen durch Einwirkung von Minen, Selbstschussanlagen und Schusswaffen sowie durch Unfälle bei der Flucht den Tod; unter den Todesopfern befanden sich nicht nur Flüchtlinge. Ihre genaue Zahl ist bis heute nicht bekannt. Jedoch fanden allein an der Berliner Mauer 136 Menschen den Tod, einschließlich acht Grenzer, die im Dienst unter verschiedenen Umständen ums Leben kamen. Die Gesamtzahl der Todesopfer des Grenzregimes der DDR dürfte zwischen sechs- und siebenhundert liegen. Es gibt zurzeit Initiativen, ihre Schicksale vollständig aufzuarbeiten, wie das für die Todesopfer der Berliner Mauer schon geschehen ist.

Ein für Verwandte und Freunde zusätzlich belastender Aspekt bei Todesfällen, die mit dem Grenzregime zusammenhingen, waren die Vertuschungsversuche. Zunehmend darauf bedacht, die langsam wachsende internationale Reputation der DDR zu wahren, versuchte die SED-Führung, Todesfälle an der Mauer und der Grenze zu vertuschen, um zu verhindern, dass westliche Medien darüber berichteten. So wurden zum Beispiel Verwandte über den Verbleib eines Flüchtlings getäuscht, indem ihnen die Auskunft erteilt wurde, die Flucht sei gelungen und der Flüchtling unversehrt im Westen angekommen. Anderen wurden die Todesumstände und der Zusammenhang mit dem Grenzregime verschwiegen. Wieder andere mussten die Umstände des Todes gegenüber Verwandten und Freunden verschweigen. Beerdigungen wurden reglementiert und überwacht.

Etwa 40.000 Flüchtlingen gelang ihr Vorhaben, dagegen wurden mindestens 110.000 zwischen 1961 und 1989 festgenommen und wegen Republikflucht vor Gericht gestellt, wo sie Haftstrafen zwischen mehreren Monaten und acht Jahren erwarteten.

Die nach der Wiedervereinigung eingeleitete strafrechtliche Ahndung der Todesfälle, die sich gegen die einfachen Schützen, die mittlere Befehls-ebene und gegen die Befehlsgeber der Machtelite richtete, hat in der Öffentlichkeit wenig positive Resonanz gefunden. In einem Zeitraum von etwa fünfzehn Jahren haben die Staatsanwaltschaften fast 6.500 Ermittlungsverfahren durchgeführt. Knapp vierhundert Personen wurden angeklagt und 126 verurteilt, von denen ein Drittel tatsächlich eine Haftstrafe auferlegt bekam. Die eigentlichen Täter erhielten zumeist Bewährungsstrafen. Es hat den Anschein, als seien die einfachen Grenzer mit großem Aufwand nur deshalb vor Gericht gestellt worden, um ihre Anstifter und Befehlsgeber als mittelbare Täter verurteilen zu können. Dies wurde jedoch weder in den Medien so berichtet noch in der breiten Öffentlichkeit so wahrgenommen. Deshalb hat sich, nicht nur bei vielen Verwandten der Opfer, der Eindruck verfestigt, hier sei mit unverhältnismäßiger Milde gerichtet worden.

Dabei wird außer Acht gelassen, dass für diese Prozesse einige Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit fast über Gebühr gedehnt worden sind. Das Rückwirkungsverbot wurde zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber doch so weit relativiert, dass es für diese Fälle keine Geltung mehr besaß. Die Argumentation, die für die Verurteilungen notwendig war, basierte unter anderem darauf, dass die Handlungen auch gegen DDR-Recht verstoßen hätten. Diese Hilfskonstruktion übersieht jedoch, dass das positive Recht in der DDR in der Praxis eben immer weniger galt als die Weisungen der direkten Vorgesetzten und der politischen Elite. Man musste, um die Prozesse zu führen, ein wenig die Fiktion bemühen, es habe sich bei der DDR um einen Rechtsstaat gehandelt. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, als sei der Rechtsstaat, wenn er seinen Charakter erhalten möchte, auf solche Prozesse nicht ausgelegt.

1/ *Beschluss des Politbüros, 22.08.1961, Protokoll Nr. 45; BA/SAPMO, DY 30/J IV 2/2/787, Blatt 4, 10-14.*

2/ *Rummler, Toralf: Die Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze vor Gericht. – Berlin; Baden-Baden: Berlin-Verlag Spitz u.a., 2000. – S. 143.*

- 3/ *Rede Nordens vom 30.09.1963; BA/SAPMO, NY 4217/56, zitiert nach Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. – Berlin: Akademie-Verlag, 1995. – S. 170. – (Zeithistorische Studien; 5).*
- 4/ *Befehl 101/63 des MfNV, zitiert nach Koop, Volker: „Den Gegner vernichten“. Die Grenzsicherung der DDR. – Bonn: Bouvier, 1996. – S. 247-249.*
- 5/ *Chronik des GR 33; BA-MA, VA-07/16659, Blatt 224-225.*
- 6/ *Befehl 101/64 des MfNV, zitiert nach Koop, Volker: „Den Gegner vernichten“. Die Grenzsicherung der DDR. – Bonn: Bouvier, 1996. – S. 249-250.*
- 7/ *Vorlage 12/64 für die Stadtkommandantur, Oberst Herkner, [Frühjahr] 1964; BA-MA, VA-07/8332, Blatt 147-161.*
- 8/ *Befehl 6/77 des MfS, 18.03.1977. In: Lochen, Hans-Hermann / Meyer-Seitz, Christian (Hrsg.): Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern. – Köln: Bundesanzeiger, 1992. – S. 23-40.*

SCHLUSS: VOM MAUERBAU ZU MAUERFALL UND EINHEIT

Die von Chruschtschow nach dem Wiener Gipfel gebilligte Teilung Berlins erwies sich als Ende der sowjetischen Offensive, die Nachkriegsordnung in Europa verändern zu wollen. Die Mauer in Berlin schloss für die Bevölkerung der DDR nicht nur das Tor zum Westen und teilte die Stadt, sondern sie markierte auch die Außengrenze des sowjetischen Imperiums. Europa war durch den Eisernen Vorhang und die Berliner Mauer in einen marktwirtschaftlich orientierten und zumeist demokratischen Westen und einen von Kommunisten regierten und staatswirtschaftlich organisierten Osten geteilt. Die europäische Nachkriegsordnung erhielt mit der Berliner Mauer ihr abschreckendes und zugleich entlarvendes Symbol. Die deutsche Frage blieb offen, doch der sowjetische Rückzug aus der politischen Offensive vermied einen potentiellen atomaren Krieg. Insofern war der Mauerbau ein Anfang – beide Weltmächte respektierten seitdem ihre Einflussphären in Deutschland und in Europa. Die Mauer schrieb 1961 den Status quo des geteilten Europa fest.

Die Verlierer waren in gewissem Sinne Ulbricht und die SED-Führung, da die Sowjetunion den Viermächtestatus von Berlin nicht aufgab und der DDR die Kontrolle der Transitwege nach West-Berlin nicht übertragen wurde. West-Berlin blieb ein erratischer Block, eine Insel der Freiheit und das Schaufenster des Westens inmitten der DDR. Das außenpolitische Ziel, mit Abschluss eines Friedensvertrages an

äußerer Souveränität zu gewinnen und der völkerrechtlichen Anerkennung näher zu kommen, erfüllte sich zunächst nicht. Die UdSSR nahm, da die Berlin-Frage nun gelöst war, von einer weiteren Provokation des Westens in Europa Abstand und verzichtete auf den Friedensvertrag – bis zum Ende der DDR. Im Frühjahr 1962 wandte sich Chruschtschow Kuba zu, indem er versuchte, dort Mittelstreckenraketen zu stationieren; auch in der Kuba-Krise trat die Sowjetunion letztlich den Rückzug an. Das Problem der internationalen Anerkennung der Souveränität der DDR blieb vorerst ungelöst.

Mittelfristig war die Politik der Abschottung und Einmauerung erfolgreich. Das mit den offenen Grenzen verbundene Problem massiver Abwanderung hatte die SED-Führung lösen können, auch wenn es eine verschlechterte internationale Reputation nach sich zog. Die geschlossenen Grenzen blieben Existenzbedingung des SED-Staates. Aber die SED-Führung hatte die Machtverhältnisse in der DDR konsolidieren können. Der Mauerbau festigte – auch wenn einige parteinahe Intellektuelle hofften, es werde zu einer Liberalisierung kommen – die Macht der SED und erlaubte ihr ein intensiveres Durchgreifen in der Gesellschaft der DDR. Der Konformitätsdruck nahm, da die Parteiführung glaubte, auf die Interessen der Bevölkerung weniger Rücksicht nehmen zu müssen, deutlich zu. Die SED-Führung versuchte außerdem, jede Beeinflussung durch den Westen, die sie als Störung der von ihr errichteten Ordnung in der DDR verstand, zu verhindern.

Die fortschreitende innere Konsolidierung der DDR zeigte sich auch daran, dass die Repression bald wieder abnahm. In der Phase direkt nach dem Mauerbau, als die Angst vor Widerstand groß war, demonstrierte sie, getragen von einer Welle der Machteuphorie im Parteiapparat, der Bevölkerung, dass sich die Herrschaftsverhältnisse geändert und der Zugriff des Staates auf „seine“ Bürger intensiviert hatten. Dies war, als man davon ausgehen konnte, dass die Bevölkerung die Lektion gelernt habe, nicht mehr nötig. Deshalb nahm vor allem der polizeiliche und justizielle Terror seit Ende 1962 wieder ab.

Auch außenpolitisch hatte die SED-Führung durch den Mauerbau Erfolge zu verzeichnen, selbst wenn sie ihre eigentlichen Ziele nicht erreicht hatte. Die Regierung der Bundesrepublik sah sich angesichts der Mauer und der Zurückhaltung der Westalliierten in der deutschen Frage gezwungen, ihren außenpolitischen Kurs zu ändern. Dies um so mehr, nachdem

Peter Fechter im August 1962 vor den Kameras der Presse und damit vor den Augen der Weltöffentlichkeit bei einem Fluchtversuch im Grenzstreifen verblutet war. Der Kurswechsel vollzog sich in der Bundesregierung als Wechsel von der CDU zur SPD. Willy Brandt hatte aus seiner ohnmächtigen Position während der Phase des Mauerbaus gelernt, dass die Bundesrepublik einer aktiven Ostpolitik bedürfe, um sich an der Gestaltung der europäischen Politik zu beteiligen. Den Wendepunkt in seinem politischen Denken bildete weniger die Grenzschießung am 13. August als vielmehr die Reaktion der Westmächte darauf. Er verlor, wie er schreibt, Illusionen und gewann Realitätssinn: „Es wurde Ulbricht erlaubt, der Vormacht des Westens einen bösen Tritt vors Schienbein zu versetzen – und die Vereinigten Staaten verzogen nur verstimmt das Gesicht. Meine politischen Überlegungen sind in den folgenden Jahren durch die Erfahrungen dieses Tages wesentlich mitbestimmt worden. Was man meine Ostpolitik genannt hat, wurde vor diesem Hintergrund geformt.“¹

Internationale Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung auf der Basis von freien Wahlen waren schon vor dem Mauerbau von der Agenda der Weltpolitik verschwunden. In Deutschland beendete die Mauer für eine ganze Generation alle Hoffnungen auf eine deutsche Einheit; die nächste Generation wuchs in der DDR und in der Bundesrepublik in ihrem Schatten auf. An die Stelle des ostentativen Beharrens auf der Illegitimität der DDR-Regierung und der Politik der Nichtkommunikation trat eine Politik der Anerkennung und der vertraglichen Regelungen der Beziehungen – auch mit der DDR. Zu diesem Paradigmenwechsel hatte sicherlich auch beigetragen, dass sich die USA unter Kennedy angesichts des atomaren Patts von der offensiven Politik der Befreiung in Osteuropa verabschiedet hatten. Sie waren in ihrer Ostpolitik stärker am Thema der Rüstungsbegrenzung interessiert und setzten auf Entspannung in Europa – und dass auf der Basis des Status quo der Teilung Deutschlands und Europas.

Ulbricht hatte sich vor diesem Hintergrund in der europäischen Politik etabliert, wodurch innerdeutsche Gespräche erst möglich wurden. Das im Zusammenhang mit den Ostverträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, Polen und der CSSR 1971 geschlossene Viermächteabkommen über Berlin, der danach folgende Grundlagenvertrag von 1972 zwischen der DDR und der Bundesrepublik und die gemeinsame Aufnahme in die UNO sind somit in gewisser Weise auch Folgen des

Mauerbaus. Dieser ermöglichte, indem er die Grenzen der Machtsphären in Europa sichtbar festigte, Entspannung und eine gewisse Kooperation zwischen den beiden Lagern, ohne dass damit der Systemgegensatz verschwand.

Für große Teile der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands und insbesondere Berlins bildeten die Grenze und die Mauer und die aus ihnen folgenden Kontakthindernisse eine schmerzhaft Erfahrung. Die Grenze durch Deutschland zerschnitt Familien, menschliche Beziehungen und gewachsene Wirtschaftsbeziehungen. Dennoch blieben die Kontakte zwischen beiden Staaten und der innerdeutsche Handel neben westlichem Rundfunk und Fernsehen wichtige Verbindungsglieder zwischen den Deutschen: „Das eigentliche Fundament des Jahrzehnte überdauernden nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls bildeten die zwischenmenschlichen Beziehungen. Kontakte zu Verwandten oder Bekannten in der Bundesrepublik unterhielten 65 bis 70 Prozent der DDR-Bürger, umgekehrt pflegten 32 bis 35 von hundert Westdeutschen persönliche Kontakte in die DDR. Der hohe Verflechtungsgrad dürfte unter anderem auf die Fluchtbewegung aus der DDR bis 1961 (ca. 2,7 Millionen) und die späteren Ausreisen (bis 1989 ca. 900.000) zurückzuführen sein.“²

Der deutschlandpolitische Handlungsspielraum des West-Berliner Senats und der Bundesregierung war nach 1961 zunächst gering. Ziel der westdeutschen Politik war nicht die Anerkennung der DDR. Sie wurde jedoch in Kauf genommen, um die Teilungsfolgen zu mildern. In einer Politik der kleinen Schritte galt es, die Möglichkeiten auszuloten, mit der östlichen Seite ins Gespräch zu kommen. Ziele waren die Verbesserung der Kontaktmöglichkeiten und Erleichterungen im Hinblick auf die Situation der DDR-Bürger. Diese mussten durch Wirtschaftshilfe, deren Auswirkungen ambivalent waren, erkaufte werden. Einerseits halfen sie der SED-Führung, sich in der DDR, die durch den innerdeutschen Handel ein heimliches Mitglied der EG wurde, an der Macht zu halten. Andererseits wurden mit den Subsidien tatsächliche Erleichterungen erkaufte. Und sie rückten die Gesellschaft der DDR zunehmend in das Interesse der westdeutschen Öffentlichkeit. Gerade um am Ziel der deutschen Einheit festzuhalten und gleichzeitig die Grenze für die Menschen durchlässiger werden zu lassen, war es notwendig, den SED-Staat anzuerkennen.

Der stetig größer werdende Devisenfluss aus der Bundesrepublik schuf in der DDR Begehrlichkeiten und Abhängigkeiten. Einige der Gefahren der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen hatte bereits Ulbricht erkannt: „Das Politbüro des ZK der SED ist der Meinung, daß, wenn es zu einer Minderung der Spannungen zwischen der UdSSR und den USA und Westdeutschland kommen sollte, der ökonomische Kampf zwischen Westdeutschland und der DDR die Hauptform des Kampfes sein wird. Es ist anzunehmen, daß im Falle einer Minderung der Spannungen die Bonner Regierung auf dem Wege der Ausnutzung der wirtschaftlichen Verbindungen mit der DDR und des Vorschlages einer gewissen Kreditgewährung die DDR unter Druck setzen wird.“³ Damit beschrieb Ulbricht ein wichtiges Ergebnis der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik der 1970er und 1980er Jahre. Die Reiseerleichterungen hatten den Nebeneffekt, dass sie durch Anschauung des Westens einen allmählich wachsenden innenpolitischen Druck in der DDR förderten. Die neue Ostpolitik schuf somit eine der langfristigen Bedingungen für den Mauerfall; die andere Bedingung schuf die SED-Wirtschaftspolitik, die auf den Montagsdemonstrationen 1989 in dem Spruch zusammengefasst wurde: „Ruinen schaffen ohne Waffen!“

Eine latente Unzufriedenheit hatte sich bereits in den 1970er Jahren aufgebaut. Dazu trug bei, dass die SED-Führung zunehmend weniger bereit war, sich mit der kritischen Wirtschaftslage auseinanderzusetzen oder diese auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Die ökonomische Misere der DDR wurde Anfang der 1980er Jahre deutlich sichtbar und notdürftig durch Finanzhilfen der Bundesrepublik, durch die sich die wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR vergrößerte, überbrückt. Die SED-Spitze hatte sich jedoch in ein ideologisches Wahrnehmungsmuster geflüchtet, in dem die alltägliche Realität der DDR nur störte. Auf der mittleren Ebene der Partei, vor allem unter den Wirtschaftsfunktionären, breitete sich Ratlosigkeit aus. Die Bürger jedoch mussten mit der Misere leben und waren dazu immer weniger bereit. Die Verdrossenheit schlug sich zunächst in einer zunehmenden Zahl von Ausreiseanträgen nieder und mündete schließlich in einer sich ab Mitte der 1980er Jahre langsam formierenden Oppositionsbewegung.

Mit der Mauer hatte der SED-Staat 28 Jahre Zeit gewonnen. Langfristig hatte die mit dem Mauerbau einsetzende Politik der abgeschlossenen Gesellschaft jedoch keinen Erfolg. Die SED hatte die nach ihren Vorstellungen geformte Ordnung in der DDR und ihre Machtposition darin zu-

nächst einmal stabilisieren können. Sie verstand es aber nicht, die Zustimmung der ostdeutschen Bevölkerung zu erlangen. Sie war nur in Teilbereichen bereit, den Bedürfnissen und den Ordnungsvorstellungen der Bürger entgegenzukommen. Und das Unternehmen, durch Erziehung und Propaganda nachträglich einen gesellschaftlichen Konsens über die soziale Ordnung in der DDR herzustellen, misslang. Ganz im Gegenteil, die Bürger entfremdeten sich in den 1970er und 1980er Jahren zunehmend vom SED-Staat.

In der DDR wuchs der innere Druck. Im Herbst 1989 organisierte sich der Protest, aus dem sich eine breite Bürgerbewegung entwickelte. Nachdem sie ihre Schutzmacht verloren hatte, wurde die SED nahezu ohne Gegenwehr von dieser Protestbewegung mitsamt der von ihr etablierten sozialen Ordnung hinweggespült. Die Bevölkerung der DDR brachte erstmals in der deutschen Geschichte eine demokratische Revolution friedlich zum Erfolg. Für ihren Erfolg bedurfte es jedoch einer entscheidenden Voraussetzung, die durch die Veränderung der weltpolitischen Situation entstand.

Im Februar 1989 zog sich die geschlagene sowjetische Armee aus Afghanistan zurück. Der Rückzug war der Prolog für den Untergang des sowjetischen Imperiums, das von dieser Armee im Zweiten Weltkrieg erobert worden war und das sie 45 Jahre gesichert hatte. Michail S. Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der KPdSU, bemühte sich um eine Reformierung der Sowjetunion, die eine langsame Abkehr vom Machtmonopol der kommunistischen Partei einschloss. Er wollte mit diesem Reformprogramm die Sowjetunion retten, geriet aber immer mehr in die Rolle eines Konkursverwalters. Da er den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Bevölkerung nachkommen wollte, konnte die Sowjetunion bei dem seit Mitte der 1980er Jahre verstärkten Wettrüsten nicht mehr mithalten, was eine Veränderung ihrer weltpolitischen Rolle nach sich zog. In Polen und Ungarn setzten sich seit Beginn des Jahres 1989 demokratische Kräfte durch, die eine Garantie benötigten, dass die bisherige Führungsmacht nicht intervenieren werde. In der Konsequenz gab die Sowjetunion die Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten auf; mit ihr hatte sie das Recht begründet, militärisch zu intervenieren, wie 1968 in Prag, um das Machtmonopol einer kommunistischen Partei zu schützen. Die Nationen in Osteuropa konnten seitdem ihr Schicksal selbst bestimmen.

Nach den politischen Veränderungen in der Sowjetunion fiel diese als Garant staatlicher Macht in der DDR weg – die SED war auf sich allein gestellt. Die beginnende Erosion des Ostblocks führte dazu, dass immer mehr Schlupflöcher für die anschwellende Flucht- und Ausreisewelle entstanden. Schließlich waren es jedoch die zu einer breiten Volksbewegung anwachsenden Proteste, vor denen die SED seit der Massendemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989 zunehmend kapitulierte – unter anderem deshalb, weil ihr nach dem Verlust der äußeren Machtbasis auch die innere abhandenkam. Selbst Mitglieder der SED gingen auf Distanz zu ihrer Führung. Das deutlichste Symbol der Veränderung war die Öffnung der Mauer am 9. November 1989. Der Versuch von Egon Krenz, des kurzzeitigen Nachfolgers von Erich Honecker im Amt des Generalsekretärs der SED, durch eine Wende in der Politik der Partei die Macht der SED zu stabilisieren, misslang. Das angemaßte Machtmonopol war zerbrochen. Am 3. Dezember 1989 traten Zentralkomitee und Politbüro zurück. Zwei Wochen später wandelte sich die SED von einer marxistisch-leninistischen Partei zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“.

Das Ende der Diktatur in der DDR war der Beginn des Prozesses, der in der Vereinigung der beiden deutschen Staaten mündete. 1989 existierte ein gesamtdeutsches Nationalbewusstsein, die entscheidende Grundlage einer Vereinigung, vor allem noch bei der älteren Generation. Dieses Nationalbewusstsein war aufgrund der Abhängigkeit der DDR vom Westen und dem größeren Wert, der den grenzübergreifenden Kontakten dort zugemessen wurde, in der DDR zweifellos stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik. Die jüngere Generation in der DDR orientierte sich ebenfalls nach dem Westen. Sie wollte vordergründig vor allem die Deutsche Mark, das Symbol, das ihnen versprach, ihren Lebensstil schnell an den westlichen Standard anpassen zu können.

Bundeskanzler Helmut Kohl agierte angesichts der Veränderungen in der DDR außerordentlich vorsichtig. Im Sommer wurde beim Staatsbesuch Gorbatschows in der Bundesrepublik ein Freundschaftsabkommen abgeschlossen und beide Politiker waren sich einig, dass der Kalte Krieg vorbei war. Gegenüber der noch regierenden SED vollzog Kohl am 8. November 1989 einen radikalen Kurswechsel. Er beendete die eingeübte Politik, westdeutsche Kredite gegen menschliche Erleichterungen zu tauschen, und schlug Krenz die geforderten Milliarden-Kredite ab. Er verband die prinzipielle Zusage wirtschaftlicher Hilfe mit der Bedingung, die SED

müsse ihr Machtmonopol aufgeben sowie ein Mehrparteiensystem und freie Wahlen zulassen. Damit war angesichts der Stimmung in der DDR das Ende der SED besiegelt. 1990 fanden die ersten freien Volkskammerwahlen statt. Mit überwältigender Mehrheit wurden Politiker gewählt, die das Ende der DDR als Staat und die Vereinigung mit der Bundesrepublik anstrebten.

Mit dem Fall der Mauer musste die SED-Führung eines ihrer Prinzipien aufgeben: Sie musste von ihrem starren Vorhaben, sich die Souveränität über das Staatsvolk der DDR zu sichern, indem sie dessen Freizügigkeit beschnitt, ablassen. Mauerbau und Grenzregime als Ultima Ratio des Machterhalts hatten sich nach drei Dekaden als Sackgasse, als fehlerhaftes Kalkül erwiesen.

- 1/ *Brandt, Willy: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975. – Hamburg: Hoffmann und Campe, 1976. – S. 17.*
- 2/ *Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. – Band 1. – Baden-Baden u.a.: Nomos u.a., 1995. – S. 475.*
- 3/ *Ulbricht an Chruschtschow, Berlin 08.02.1962; BA/SAPMO, DY 30/3510.*

ANHANG

PUBLIKATIONEN DER GEDENKSTÄTTE BERLINER MAUER

- Maurer, Jochen: *Dienst an der Mauer. Der Alltag der Grenztruppen rund um Berlin.* – Berlin: Links, 2011.
- Nooke, Maria / Dollmann, Lydia (Hrsg.): *Fluchtziel Freiheit. Berichte von DDR-Flüchtlingen über die Situation nach dem Mauerbau. Aktionen der Girmann-Gruppe.* – Berlin: Links, 2011.
- Sälter, Gerhard / Schaller, Tina / Kaminsky, Anna (Hrsg.): *Weltende – Die Ostseite der Berliner Mauer. Mit heimlichen Fotos von Detlef Matthes.* – Berlin: Links, 2011.
- Sälter, Gerhard: *Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR (1952-1965).* – Berlin: Links, 2009.
- Stiftung Berliner Mauer / Zentrum für Zeithistorische Forschungen (Hrsg.): *Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch.* – Berlin: Links, 2009.
- Wilke, Manfred: *Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte.* – Berlin: Links, 2011.

VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Ackermann, Volker: *Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961.* – Osnabrück: Rasch, 1995. – (Studien zur historischen Migrationsforschung; 1).
- Brandt, Willy: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975.* – Hamburg: Hoffmann und Campe, 1976.
- Bennewitz, Inge / Potratz, Rainer: *Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente.* – 2. Aufl. – Berlin: Links, 1997.
- Falin, Valentin M.: *Politische Erinnerungen.* – München: Droemer Knaur, 1993.
- Hammer, Manfred u.a. (Hrsg.): *Das Mauerbuch. Texte und Bilder aus Deutschland von 1945 bis heute.* – 2. Aufl. – Berlin: Oberbaumverlag, 1984.
- Harrison, Hope M.: *Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach.* – Berlin: Propyläen, 2011.
- Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): *Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung.* – München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, 2011.
- Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie einholte.* – München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, 2009.
- Hertle, Hans-Herrmann / Jarausch, Konrad H. / Kleßmann, Christoph (Hrsg.): *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen.* – Berlin: Links, 2002.
- Hertle, Hans-Herrmann / Sälter, Gerhard: *Die Todesopfer an Mauer und Grenze. Probleme einer Bilanz des DDR-Grenzregimes.* In: *Deutschland Archiv*, 39 (2006) 4, S. 667-676.

- Hoffmann, Dierk / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann (Hrsg.): *Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre.* – München: Oldenbourg, 2003.
- Just, Gustav: *Deutsch, Jahrgang 1921. Ein Lebensbericht.* – Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 2001. – (Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam; 2).
- Klausmeier, Axel: *Ein Memorialort neuer Prägung. Die Erweiterung der „Gedenkstätte Berliner Mauer“ an der Bernauer Straße.* In: *Deutschland Archiv*, 42 (2009) 5, S. 892-900.
- Koop, Volker: *„Den Gegner vernichten.“ Die Grenzsicherung der DDR.* – Bonn: Bouvier, 1996.
- Lochen, Hans-Hermann / Meyer-Seitz, Christian (Hrsg.): *Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern.* – Köln: Bundesanzeiger, 1992.
- Kwizinskij, Julij A.: *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten.* – Berlin: Siegler, 1993.
- Laufer, Jochen P. / Kynin, Georgy P. (Hrsg.): *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation.* – 3 Bände. – Berlin: Duncker & Humblot, 2004.
- Leffler, Melvyn P. / Westad, Odd Arne (Hrsg.): *The Cambridge History of the Cold War.* – 3 Bände – Cambridge: Cambridge University Press, 2010.
- Lemke, Michael: *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt.* – Berlin: Akademie-Verlag, 1995.
- Major, Patrick: *Behind the Wall. East Germany and the Frontiers of Power.* – Oxford: Oxford University Press, 2010.
- Mählert, Ulrich / Stephan, Gerd-Rüdiger: *Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend.* – Opladen: Leske und Budrich, 1996.

- Petro, Wolfgang: *Die Berliner Mauer. Ihr wahres Gesicht.* – Berlin: Jaron, 2010.
- Petschull, Jürgen: *Die Mauer: August 1961. Zwölf Tage zwischen Krieg und Frieden.* – Hamburg: Gruner und Jahr, 1981.
- Rott, Wilfried: *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990.* – München: Beck, 2009.
- Rudnick, Carola S.: *Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989.* – Bielefeld: Transcript, 2011. – (Histoire; 25).
- Rummel, Toralf: *Die Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze vor Gericht.* – Berlin; Baden-Baden: Berlin-Verlag Spitz u.a., 2000.
- Rühle, Jürgen / Holzweißig, Gunter: *13. August 1961. Die Mauer von Berlin.* – Köln: Edition Deutschland Archiv, 1981.
- Sälter, Gerhard: *Die Prozesse gegen die Mauerschützen und ihre Befehlsgeber.* In: *Horch und Guck*, 71 (2011), S. 46-51.
- Sälter, Gerhard: *Gehorsamsproduktion in einer Totalen Institution. Disziplinierung, Überwachung und Selbstüberwachung von Grenzpolizisten der DDR in den fünfziger Jahren.* In: *Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit*, 8 (2008) 1, S. 102-119.
- Sälter, Gerhard: *Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR (1952-1965).* – Berlin: Links, 2009.
- Sälter, Gerhard: *Loyalität und Denunziation in der ländlichen Gesellschaft der DDR. Die Freiwilligen Helfer der Grenzpolizei im Jahr 1952.* In: *Schröter, Michael (Hrsg.): Der willkommenen Verrat. Beiträge zur Denunziationsforschung.* – Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2007. – S. 159-184.
- Sälter, Gerhard: *The Berlin Wall Explained in Context: Rebuilding the Berlin Wall Memorial.* In: *Fiandra, Emilia (Hrsg.): C'era una volta il muro. A vent'anni dalla „svolta“ tedesca.* – Rom: Artemide, 2011.

- Schwarz, Hans-Peter: *Adenauer. – Band 2: Der Staatsmann: 1952-1967.* – Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1991.
- Steiner, André: *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül.* – Berlin: Akademie-Verlag, 1999.
- Steininger, Rolf: *Berlinkrise und Mauerbau 1958-1963.* – München: Olzog, 2011.
- Uhl, Matthias: *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962.* – München: Oldenbourg, 2008. – (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 73).
- Uhl, Matthias / Wagner, Armin (Hrsg.): *Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation.* – München: Oldenbourg, 2003.
- Vatlin, Alexander J. / Wilke, Manfred: *„Arbeiten Sie einen Plan zur Grenzordnung zwischen beiden Teilen Berlins aus!“ Interview mit Generaloberst Anatolij G. Mereschko.* In: *Deutschland Archiv*, 44 (2011) 1, S. 89-96.
- Weber, Jürgen: *Das Entscheidungsjahr 1948.* – München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 1982.
- Werkentin, Falco: *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression.* – 2., überarb. Aufl. – Berlin: Links, 1997.
- Wettig, Gerhard: *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau.* – München: Oldenbourg, 2006. – (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 67).
- Wettig, Gerhard u.a. (Hrsg.): *Chruschtschows Westpolitik 1955-1964. Kumulation der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962).* – Band 3. – München: Oldenbourg, 2011. – (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 88).

- Wilke, Manfred: *Erinnern für die Zukunft. Die Gedenkstätte Berliner Mauer im Kontext des Gedenkstättenkonzepts des Bundes.* In: *Deutschland Archiv*, 44 (2011) 1, S. 122-128.
- Wyden, Peter: *Die Mauer war unser Schicksal.* – Berlin: Rowohlt, 1995.

BILDNACHWEIS

akg-images: S. 18, 21, 22, 23, 37, 65.

bpk – Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz: S. 15, 16, 42.

BStU: S. 54.

Bundesarchiv Koblenz: S. 51.

Bundesarchiv Militärarchiv: S. 48, 97, 98, 99.

Bundesregierung: S. 74.

Gedenkstätte Berliner Mauer: S. 8, 46, 52, 56, 57, 59, 60, 100, 101.

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: S. 12.

Landesarchiv Berlin: S. 13, 78, 85.

picture-alliance / dpa: S. 38, 40.

Polizeiliche Sammlung Berlin: S. 24.

ullstein bild: S. 14, 58, 75, 76.

Versöhnungsgemeinde Bernauer Straße, Berlin: Umschlagbild

Trotz sorgfältiger Recherche konnten nicht alle Rechteinhaber ermittelt werden. Sofern Sie eine Inhaberschaft nachweisen, erhalten Sie ein angemessenes Honorar.

DIE AUTOREN

Dr. Gerhard Sälter

Historiker, Leiter des Arbeitsbereichs Forschung und Dokumentation an der Gedenkstätte Berliner Mauer und Kurator der entstehenden Außen- ausstellung. Forschungsschwerpunkte: Praxis von Herrschaft und die Genese gesellschaftlicher Ordnungen, Geschichte von Herrschafts- und Machtbeziehungen in ihrem sozialen Kontext. Publikationen zur Geschichte von Devianz, Polizei, Denunziation, Justiz und Inhaftierung, zum Ministerium für Staatssicherheit, zum Grenzregime der DDR und zur Berliner Mauer.

Zuletzt erschienen: „Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR (1952-1965)“, Berlin 2009; zusammen mit Silke Klewin und Herbert Reinke hrsg.: „Hinter Gittern. Zur Geschichte der Inhaftierung zwischen Bestrafung, Besserung und politischem Ausschluss vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“, Leipzig 2010; zusammen mit Karl Härter und Eva Wiebel hrsg.: „Repräsentationen von Kriminalität und öffentlicher Sicherheit. Bilder, Vorstellungen und Diskurse vom 16. bis zum 20. Jahrhundert“, Frankfurt 2010; zusammen mit Tina Schaller und Anna Kaminsky hrsg.: „Weltende – Die Ostseite der Berliner Mauer. Mit heimlichen Fotos von Detlef Matthes“, Berlin 2011; zusammen mit Christian Dirks und Axel Klausmeier: „Verschüttet. Leben, Bombentod und Erinnerung an die Berliner Familie Jaschkowitz“, Berlin 2011.

Professor Dr. Manfred Wilke

Soziologe und Zeithistoriker. Mitbegründer des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

Ausgewählte Publikationen: „Die Funktionäre. Apparat und Demokratie im DGB“, München u.a. 1979; „Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis“, Melle 1985; zusammen mit Hans-Peter Müller und Marion Brabant: „Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik“, Köln 1990; zusammen mit Hans-Peter Müller: „Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozeß“, Melle 1991; zusammen mit Hans-Hermann Hertle: „Das Genossen-Kartell. Die SED

und die IG Druck und Papier/IG Medien“, Frankfurt am Main u.a. 1992; zusammen mit anderen hrsg.: „Nach Hitler kommen wir.‘ Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung im Nachkriegsdeutschland“, Berlin 1994; zusammen mit Michael Kubina: „Hart und kompromißlos durchgreifen.‘ Die SED kontra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung“, Berlin 1995; hrsg.: „Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht“, Berlin 1998; „Die Streikbrecherzentrale FDGB und der 17. Juni 1953“, Münster 2004; „Der SED-Staat“, Köln u.a. 2006; zusammen mit anderen hrsg.: „Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968“, Köln u.a. 2008; zuletzt erschienen ist „Der Weg zur Mauer“, Berlin 2011.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Ralf Thomas Baus
 Leiter Team Innenpolitik
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Telefon: +49(0)-30-2 69 96-35 03
 E-Mail: ralf.baus@kas.de

Tobias Montag M.A.
 Koordinator Innenpolitik
 Team Innenpolitik
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Telefon: +49(0)-30-2 69 96-33 77
 E-Mail: tobias.montag@kas.de

PUBLIKATIONSREIHE „WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT“

In der Publikationsreihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiches Material zu den Themen „60 Jahre Bundesrepublik“ und „20 Jahre Wiedervereinigung“ an. Bisher sind in dieser Reihe erschienen:

- Michael F. Feldkamp:
Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1949. Optionen für die Europäische Integration und die Deutsche Einheit
 Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
 ISBN 978-3-940955-09-8

- Bernd Sprenger | Bodo Herzog:
Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft
 Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
 ISBN 978-3-940955-10-4

- Berndt Seite:
Weißer Rauch. Eine Erzählung aus den Tagen des Mauerfalls 1989
Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe 2004.
 Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
 ISBN 978-3-940955-08-1

- Uwe Backes | Ralf Thomas Baus | Herfried Münkler:
Der Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR
 Sankt Augustin/Berlin, Januar 2009
 ISBN 978-3-940955-46-3

- Beate Neuss | Stanislaw Tillich | Richard Schröder:
Wege zu einer Kultur des Erinnerns
Dokumentation der Eröffnungsveranstaltung zur Ringvorlesung 2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen
 Sankt Augustin/Berlin, April 2009
 ISBN 978-3-940955-64-7

- *Ehrhart Neubert:*
Die Friedliche Revolution. Vom Herbst 1989 bis zur Deutschen Einheit
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2009
ISBN 978-3-940955-82-1

- *Heiner Timmermann:*
Adenauers Westbindung und die Anfänge der Europäischen Einigung
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2009
ISBN 978-3-940955-87-6

- *Wolfgang Schuller | Klaus Schroeder*
Mythen und Unwissen
Dokumentation von Veranstaltungen zur Ringvorlesung 2008/2009
„Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden der Konrad-
Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Uni-
versität Dresden und dem Freistaat Sachsen
Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2009
ISBN 978-3-941904-12-5

- *Joachim Gauck:*
Die Flucht der Insassen. Freiheit als Risiko
Sankt Augustin/Berlin, November 2009
ISBN 978-3-941904-20-0

- *Ehrhart Neubert | Florian Havemann | Karl-Siegbert Rehberg:*
Identität und Leben in der Diktatur
Dokumentation von Veranstaltungen zur Ringvorlesung 2008/2009
„Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden der Konrad-
Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Uni-
versität Dresden und dem Freistaat Sachsen
Sankt Augustin/Berlin, November 2009
ISBN 978-3-941904-21-7

- *Udo Scheer | Joachim Ragnitz:*
Die sozialistische Planwirtschaft der DDR. Vom Scheitern einer
wirtschaftspolitischen Ideologie
Sankt Augustin/Berlin, Januar 2010
ISBN 978-3-941904-30-9

- *Joachim-Rüdiger Groth:*
Die Literatur und der Untergang der DDR. Beispiele aus vierzig Jahren
Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2010
ISBN 978-3-941904-74-3

INTERNETPORTALE

Mit einer Wissensplattform reagiert die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die zunehmende Verklärung eines Systems. *DDR – Mythos und Wirklichkeit* heißt das Internetportal und klärt auf über Alltag, Kultur, Wissenschaft und Ideologie in der DDR. Didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht, Interviews mit Zeitzeugen und Veranstaltungshinweise sowie ein Kalendarium führen über die Jahrestage der DDR durch die Geschichte des Unrechtssystems – vom Scheitern der gemeinsamen Besatzungspolitik während der Potsdamer Konferenz im Mai 1945 bis zum Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED im Dezember 1989.

Siehe unter www.ddr-mythen.de

Außerdem hat die Konrad-Adenauer-Stiftung für weitere Informationen zu den Jubiläen ein Internetportal unter www.kas.de/weichenstellungen eingerichtet.